

Universität Konstanz
Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft

**Verschuldung der deutschen Bundesländer
im Zeitraum 1995-2004**

Erstgutachter: Prof. Dr. Adrian Vatter
Zweitgutachter: Prof. Dr. Markus Freitag

Diplomarbeit eingereicht von:

Ralph R.F. Wenzl

Matrikelnummer: 501502

Juli 2007

**Meinen Eltern.
Ihnen verdanke ich alles.**

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	IV
Zusammenfassung/ Abstract	VI
1. Einleitung	1
2. Grundlagen	3
2.1. Allgemeine Grundlagen.....	3
2.1.1. Definition und Messung der Staatsverschuldung.....	3
2.1.2. Normative Theorien der Verschuldung.....	5
2.2. Einnahmen, Ausgaben und Verschuldungskennziffern der Bundesländer... 7	
2.2.1. Einnahmen und Ausgaben der Bundesländer.....	7
2.2.2. Verschuldungskennziffern der Bundesländer 1995-2004.....	12
3. Theorien und abgeleitete Hypothesen	19
3.1. Ökonomische Theorien.....	19
3.1.1. Tax- Smoothing.....	19
3.1.2. Makroökonomisches Domar- Modell.....	21
3.1.3. Fly- Paper- Effekt.....	22
3.1.4. Ost-West- Unterschied.....	24
3.2. Sozio- ökonomische Theorien.....	25
3.2.1. Demographie.....	26
3.2.2. Urbanisierung.....	27
3.2.3. Religion.....	28
3.3. Politisch- institutionelle Theorien.....	29
3.3.1. Parteebene.....	30
3.3.2. Regierungsebene.....	31
3.3.3. Machtressourcenansatz.....	38
3.3.4. Politik- Erbe.....	42
4. Forschungsdesign	43
4.1. Modell.....	43
4.2. Grenzen des Modells.....	47
4.3. Operationalisierung der Variablen.....	49
5. Empirische Befunde	52

Inhalt	II
6. Schlussfolgerungen	62
Literaturverzeichnis.....	65
Anhang 1: Variablen, Operationalisierungen und Datenquellen.....	76
Anhang 2: Verteilungseigenschaften Variablen / FEVD-Regression Modellvarianten.....	80

Abbildungsverzeichnis

Abbildungen

Abbildung 1: Ausgaben der Länder nach Arten 2001	12
Abbildung 2: Pro-Kopf-Verschuldung der Bundesländer 1995-2004	13
Abbildung 3: Zinsausgaben pro Kopf der Bundesländer im Durchschnitt 1995-2004	14
Abbildung 4: Nettoneuverschuldung pro Kopf der Bundesländer im Durchschnitt 1995-2004.....	14
Abbildung 5: Kreditfinanzierungsquote der Bundesländer im Durchschnitt 1995-2004	15
Abbildung 6: Finanzierungssaldo pro Kopf der Bundesländer im Durchschnitt 1995-2004.....	15
Abbildung 7: Graphische Korrelationsmatrix der Verschuldungskennziffern	18
Abbildung 8: Der politische Konjunkturzyklus	37
Abbildung 9: OVF- Plots der drei Modelle Fixed- Effects/ Random- Effects/ FEVD- Modell	44
Abbildung 10: P-P-Plots der Variablen zur Konstruktion des Indexes Stärke der Regierung.....	51
Abbildung 11: Graphische Korrelationsmatrix der im Modell verwendeten Variablen	53
Abbildung 12: Partielle Regressionsplots einer linearen Regression.....	54
Abbildung 13: Screeplot der Faktorenanalyse	55
Abbildung 14: L-R- Plot für lineare Regression.....	58
Abbildung 15: Plot Schulden pro Kopf - Verschuldung Vorjahr.....	61
Abbildung 16: Histogramme der Variablen	80

Tabellen

Tabelle 1: Indikatoren der Staatsverschuldung.....	4
Tabelle 2: Kreditnehmer und Schuldenarten 2005	17
Tabelle 3: Korrelationsmatrix der Verschuldungskennziffern.....	17
Tabelle 4: Faktorenanalyse (Varimax-Rotation/ drei vorgegebene Faktoren).....	55

Tabelle 5: FEVD-Regression 1995-2004/ 1998-2004/ 1995-2001	56
Tabelle 6: FEVD-Regression Jackknife Modell 1	57
Tabelle 7: Übersicht empirische Ergebnisse.....	64
Tabelle 8: Variablen und Operationalisierungen.....	76
Tabelle 9: Datenquellen.....	78
Tabelle 10: Vorgehen bei Imputation.....	79
Tabelle 11: Verteilungseigenschaften der Variablen	82
Tabelle 12: FEVD-Regression Modellvarianten.....	83

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen im Text

Abs.	Absatz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Bund	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSTS	Cross- Sectional- Time- Series
GG	Grundgesetz
GLS	Generalized Least Squares
L-R	Leverage vs. Squared Residual
Min	Minimum
Max	Maximum
Mio. €	In Millionen Euro
Obs	Beobachtungen
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OLS	Ordinary Least Squares
OVF	Observed- versus- Fitted
SBgE	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Std.Dev.	Standartabweichung
z.B.	zum Beispiel

Länderabkürzungen

BB	Brandenburg
BE	Berlin
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
HB	Bremen
HE	Hessen
HH	Hamburg
MV	Mecklenburg- Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein- Westfalen
RP	Rheinland- Pfalz
SH	Schleswig- Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen- Anhalt
TH	Thüringen

Zusammenfassung

Die deutschen Bundesländer unterscheiden sich ganz erheblich in ihrer Verschuldung. Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich im Rahmen eines makro-quantitativen Vergleichs der Bundesländerverschuldung im Zeitraum von 1995-2004 mit der Frage, welche Faktoren für diese Variation verantwortlich gemacht werden können. Zuerst werden dazu grundlegende Konzepte der Staatsverschuldungsmessung erörtert sowie ein komprimierter Überblick über normative Positionen zur Staatsverschuldung gegeben. Danach wird konkreter auf den Untersuchungsgegenstand eingegangen, indem der bundesdeutsche Finanzföderalismus dargestellt werden soll und deskriptive Verschuldungskennziffern der Bundesländer präsentiert werden. Anschließend werden die maßgeblichen theoretischen Ansätze zur Erklärung der Staatsverschuldung vorgestellt um daraus empirisch testbare Hypothesen zu generieren. Die so gewonnenen Hypothesen werden anhand eines Fixed- Effects- Vector- Decomposition- Modells für den Zeitraum von 1991-2005 getestet. Dazu werden die bivariat signifikanten Variablen in das Modell aufgenommen. Die Stabilität der Ergebnisse wird mittels des Jackknife-Verfahrens und zeitlichen Re-Schätzungen überprüft. Es zeigt sich, dass sozio-ökonomische Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss ausüben. Ökonomische und politisch-institutionelle Faktoren weisen dagegen im Verhältnis einen relativ schwachen Einfluss auf.

Stichwörter: deutsche Bundesländer, Verschuldung, Politische Ökonomie

Abstract

The German Länder differ in respect to their financial debt significantly. This master thesis concentrates on the question which factors are able to explain this variation during the time period 1995-2004. First of all there will be given a general overview of different concepts of debt measurement as well as normative positions according to national debt. In order to go into more detail the German fiscal system will be discussed subsequently and descriptive debt measures for the German Länder will be given. Then in the next chapter debt theories to develop empirical testable hypotheses will be represented. These hypotheses will be tested with a fixed effects vector decomposition model for the period 1995-2004. Therefore bivariately significant variables will be included. Furthermore a jackknife procedure and time splits will be executed to test the stability of the results.

It becomes evident that socio-economic factors show a statistically significant influence. In contrast economic and political-institutional factors seem to have little influence.

Key words: German Länder, debt, public choice

1. Einleitung

„Die Staatsverschuldung ist eine der schrecklichsten Geißeln, die jemals zur Plage einer Nation erfunden wurden.“ (Ricardo 1951:197)

Seit der Antike ist die Staatsverschuldung ein Gegenstand von öffentlichem bzw. wissenschaftlichem Interesse. Schon Aristoteles (1966) und Cicero (1956:87) beschäftigten sich kritisch mit dem Thema. Die negative Bewertung der Aufnahme von Schulden durch Staaten bei den klassischen Denkern verwundert nicht, sind doch überbordende Staatsschulden in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder für den Zusammenbruch von Staaten, Regimewechsel und gesellschaftliches Chaos verantwortlich gewesen (Lingelbach 2000). In neuerer Zeit beschäftigen sich neben Vertretern der Finanzökonomie auch Politikwissenschaftler (z.B. Alesina/Tabellini 1990, Roubini/Sachs 1988, Wagschal 1996a/b,1998) mit der Staatsverschuldung. Dabei rücken neben ökonomischen verstärkt politikwissenschaftliche und sozio-ökonomische Variablen als Erklärung der Verschuldung in den Mittelpunkt. Nicht nur Größen wie dem Wirtschaftswachstum und der Arbeitslosenquote sondern z.B. auch der Zusammensetzung der Regierung und institutionellen Arrangements wird ein Einfluss auf die staatliche Verschuldung zugeschrieben.

Die meisten der dabei im Rahmen der Policy-Analyse unternommenen Forschungen beziehen sich auf Nationalstaaten als Untersuchungseinheiten. Beiträge, die den internationalen Policy-Vergleich auf die Ebene des nationalen Policy-Vergleiches übertragen sind bisher rar geblieben (Schmidt 1988:11).

Gerade in Staaten mit föderalem Aufbau ist es aber sinnvoll, sich mit den Gliedstaaten zu beschäftigen, da diese typischerweise über finanzpolitische Kompetenzen verfügen und deshalb auch in eigener Regie Schulden aufnehmen können. Studien hierzu wurden bisher für die Schweiz (Freitag/Vatter 2004), die Vereinigten Staaten von Amerika (z.B. Bohn/Inman 1996) und Deutschland vorgelegt. Für die deutschen Bundesländer liegen eine Analyse von Wagschal (1996a/b) und Rodden (2005) sowie eher ökonomisch angelegte Untersuchungen von Seitz (2000) und Jochimsen/Nuscheler (2005) vor. Bisher wurde jedoch keine Untersuchung unternommen, die mit einem politikwissenschaftlich adäquaten Forschungsdesign in bezug auf die Auswahl institutionell-politischer Variablen

arbeitet. Diese Forschungslücke will die vorliegende Diplomarbeit schließen. Ziel dieser Arbeit ist es mittels einer empirischen Analyse die Faktoren herauszufiltern, die für die Varianz in der Länderverschuldung im Zeitraum 1995-2004 verantwortlich sind.

Aus methodischer Sicht spricht für eine Untersuchung der subnationalen Einheiten Bundesländer die ähnliche Wirkungsweise von Kontextfaktoren (Vatter 1998:667). Die vorliegende Varianz der zu erklärenden Variable Verschuldung spricht ebenfalls für die Anwendung der Methode eines makro-quantitativen Vergleichs.

Zusammenfassend sprechen also drei Gründe für die Relevanz der unternommenen Untersuchung: eine Forschungslücke im Hinblick auf die Einbeziehung politikwissenschaftlicher Variablen und die Analyse subnationaler Einheiten sowie die Varianz der Bundesländerverschuldung.

Die Arbeit gliedert sich in drei Abschnitte. Im ersten Teil sollen grundlegende Sachverhalte dargestellt werden. Einführend soll die Problematik einer Definition des Begriffes Staatsverschuldung diskutiert werden und ein komprimierter ideengeschichtlicher Abriss im Hinblick auf die Bewertung von Staatsschulden gegeben werden. Danach folgen die Darstellung des deutschen Fiskalföderalismus und die Präsentation deskriptiver Verschuldungskennziffern. Im zweiten Teil werden mögliche Erklärungen der Verschuldung aufgezeigt um daraus empirisch testbare Hypothesen zu generieren. Kapitel 4 bis 6 beinhalten als dritte Einheit die Operationalisierungen abstrakter Konstrukte, die Vorstellung des Modells sowie die Präsentation und Diskussion der Ergebnisse.

2. Grundlagen

Im Folgenden sollen zuerst allgemeine Grundlagen des Themas dargestellt werden. Darunter fallen die Definition des Begriffes der Staatsverschuldung sowie eine stark komprimierte Darstellung unterschiedlicher wissenschaftlicher Positionen zur Staatsverschuldung. Danach wird konkreter auf den Untersuchungsgegenstand eingegangen, indem auf die deutschen Spezifika des Fiskalföderalismus und die Struktur der Länderhaushalte eingegangen wird. Als Abschluss des Kapitels werden verschiedene deskriptive Kennziffern der Bundesländerverschuldung präsentiert.

2.1. Allgemeine Grundlagen

2.1.1. Definition und Messung der Staatsverschuldung

Staatsverschuldung bezeichnet allgemein die Kreditaufnahme des Staates bei dem privaten Sektor der eigenen oder einer fremden Volkswirtschaft (Wellisch 2000:27).

Aussagen über die Höhe und die Entwicklung der Staatsschulden beziehen sich in der Regel auf den Schuldenstand, der alle expliziten Verbindlichkeiten eines Gemeinwesens zu einem bestimmten Zeitpunkt, üblicherweise zum Ende eines Jahres, umfasst.

Neben dem Schuldenstand als Bestandsgröße gibt es indes aussagekräftigere Kennziffern, die die Verschuldungssituation belegen. Die intuitiv wohl naheliegendste Messung besteht in der Differenz zwischen Staatseinnahmen und Staatsausgaben, das so genannte Finanz- oder Finanzierungssaldo.

Sinnvoll erscheint auch die Messung über den zu leistenden Schuldendienst, da Zinsausgaben einen nicht zu unterschätzenden Anteil an den Gesamtausgaben eines Landes darstellen (siehe Kapitel 2.2.1). Auch wenn unterschiedliche Zinsniveaus die jährlichen Zinsbelastungen der Haushalte nicht exakt parallel zum Schuldenwachstum ansteigen lassen, so ist doch die Bindung von Haushaltsmitteln ein wichtiger Indikator, vor allem da sie als Richtschnur politischen Handelns dient.

Neben diesen absoluten Messungen haben Verhältniszahlen eine große Bedeutung erlangt, da diese einen Vergleich zwischen verschiedenen Gebietseinheiten zulassen. Dabei werden die oben genannten Verschuldungsindikatoren auf sinnvolle Bezugsgrößen wie Bevölkerung, den Gesamtetat oder das Bruttosozialprodukt

bezogen (Gantner 1979:26). Denn logischerweise bedeutet es nicht dasselbe, ob sich ein bevölkerungsreiches Bundesland wie Nordrhein-Westfalen um eine Milliarde Euro verschuldet oder aber ein kleiner Stadtstaat wie Bremen.

Die am meisten verwendete Vergleichszahl stellt dabei die sogenannte Nettokreditaufnahme/ Nettoneuverschuldung dar, die anschaulich darstellt in welchem Maße der Etat von der Kreditaufnahme getragen wird. In der politischen Diskussion wird meist diese Stromgröße thematisiert, da von ihr im Gegensatz zur bereits bestehenden Staatsschuld die entscheidenden wirtschaftlichen Wirkungen ausgehen (Grewe 1990:5).

Die praktische Relevanz solch vergleichender Maßzahlen belegt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Jahr 1992, indem es um die Beurteilung der Haushalte des Saarlands und Bremens ging. Das Gericht verwendete dabei als Verschuldungsmessung die Nettokreditaufnahme in Prozent der Gesamtausgaben.

Die aussagekräftigsten Indikatoren¹ berechnen sich also wie folgt:

Tabelle 1: Indikatoren der Staatsverschuldung

Indikator	Operationalisierung
Schuldenstand	Verschuldung zum Zeitpunkt t
Schuldenquote	Verschuldung / Bruttosozialprodukt x 100
Schulden pro Kopf	Verschuldung / Bevölkerung
Nettoneuverschuldung	Schuldenaufnahme – Schuldentilgung
Zinsausgaben	Schuldendienst zum Zeitpunkt t
Zinssteuerquote	Zinsausgaben / Steueraufkommen x 100
Zinsausgabenquote	Zinsausgaben / Gesamtetat x 100

Quelle: Eigene Darstellung

Neben der unterschiedlichen Messung des Defizits wird in der Volkswirtschaftslehre zwischen verschiedenen Defizitarten unterschieden. Eine gängige Unterscheidung differenziert zwischen dem Primärdefizit (Staatseinnahmen – Staatsausgaben) und dem Sekundärdefizit, das definiert ist als „rechnerischer Teil der ungedeckten Aufwendungen, der sich aus der Verzinsung der Staatsschuld ergibt“ (Schlesinger et al. 1993:23). Eine zweite Trennung unterscheidet zwischen dem strukturellen und dem konjunkturbedingten Defizit. Als strukturelles Defizit wird derjenige Teil des Defizits bezeichnet, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist.

¹ Eine abschließende Darstellung der Verschuldungskennziffern kann angesichts der Vielzahl der Indikatoren an dieser Stelle nicht gegeben werden. Wagschal (1996b:24-32) bietet eine umfassende Darstellung der Indikatoren.

Von einem konjunkturellen Defizit spricht man dann, wenn aufgrund rezessionsbedingter Steuermindereinnahmen und Sozialmehrausgaben kreditfinanzierte Ausgaben getätigt werden. Eine dritte Unterscheidung trägt der Tatsache Rechnung, dass Regierungen über sogenannte Schatten- und Nebenhaushalte² das wahre Ausmaß der Verschuldung verschleiern. Der offiziellen expliziten Verschuldung wird deshalb die implizite gegenübergestellt. Will diese Unterscheidung die wahre Verschuldung ermitteln, so ist das Ausmaß der impliziten Verschuldung selbst nicht eindeutig. Denn während der explizite Teil der Schulden bedient werden muss, so kann der implizite Anteil durch gesetzliche Maßnahmen wie z.B. Leistungskürzungen des Staates jederzeit vermindert werden. Die Wirkung bleibt jedoch die gleiche. Die Bevölkerung trägt entweder direkt durch Steuern oder indirekt über Leistungseinschränkungen die Schuldenlast.

2.1.2. Normative Theorien der Verschuldung

Kennziffern allein lassen noch keine Beurteilung zu, ob Staatsverschuldung im normativen Sinne gut oder schlecht ist. Während in der Politik eine weitgehend – wenn auch wohl nur theoretisch- ablehnende Haltung eingenommen wird, lassen sich von wissenschaftlicher Seite sowohl Argumente für und gegen die Aufnahme von Krediten finden. Im Folgenden sollen deshalb die großen Linien dieser Diskussion nachgezeichnet werden.³

Die klassischen Denker Aristoteles und Cicero sind sich in der ablehnenden Haltung gegenüber Schulden einig, da eine überbordende Verschuldung den Staatsbankrott nach sich ziehen wird (Aristoteles 1966/ Cicero 1956). Die Theoretiker des Merkantilismus wie Colbert, Melon und Steuart sind ideengeschichtlich wohl die ersten Denker, die der politisch gewollten Verschuldung positiv gegenüberstehen.

Steuart begründet diese Haltung mit dem Argument, dass alle eingegangenen Schulden in der Zukunft wieder zurückgezahlt würden und eine Verschuldung eine Anlagemöglichkeit für Privatpersonen darstelle (Ernst- Pörsken 1983:13).

Der englische Philosoph Hume befürchtet als Konsequenz der Verschuldung für Privatpersonen eine Verteuerung von Arbeit und Lebenshaltungskosten. Für das

² Eine Analyse der Schattenhaushalte findet sich in Hering (1998).

³ Für eine detaillierte Darstellung zur Debatte über Staatsverschuldung empfiehlt sich Ernst-Pörsken (1983) sowie Andel (1986).

Gemeinwesen befürchtet er, dass eine steigende Staatsschuld die Vernichtung der Nation bedeutet.

Der Nationalökonom Smith (1993) knüpft an Humes ablehnende Haltung an, indem er die Staatsschuld als „Selbstläufer“ ansieht. Einmal aufgenommen gewinnt sie an Eigendynamik und kann nicht mehr zurückgeführt werden. Das Resultat ist eine Schwächung des Staates, begleitet von einer Verringerung des nationalen Kapitals und einer Erhöhung der Steuerlast (Ernst- Pörsken 1983:33).

Ricardo als weiterer Vertreter der bürgerlichen Klassik der Nationalökonomie führt die Tradition der negativen Bewertung fort. Wie Smith sieht er als Folge der Verschuldung eine Belastung des nationalen Kapitals und somit eine Einschränkung der Produktivität der Volkswirtschaft. Konträr zu der negativen Einschätzung stehen zwei weitere Vertreter der Klassik: Mill und Malthus. Für beide Theoretiker induziert Verschuldung eine höhere Beschäftigung. Von Stein und Wagner als deutsche Vertreter der Finanzklassik schließen sich der positiven Sicht an. Für den Staat sei Verschuldung ein Mittel zur positiven Gestaltung der Gesellschaft.

Die wohl prominenteste positive Bewertung von Staatsschulden in der Neuzeit stammt von dem Ökonomen Keynes, die oftmals als ideologische Richtschnur für das starke Ansteigen der Verschuldung in europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht wird (Stadler 1997:133). Die Staatsverschuldung ist danach das Hilfsmittel, um in Rezessionsphasen die Nachfrageseite zu beleben. Durch dieses antizyklische Verhalten übernimmt der Staat durch die Verschuldung eine Stabilisierungsfunktion (Kyrer 2005:108). Die aufgenommenen Schulden können bei einer Konjunkturbelebung durch vermehrte Steuereinnahmen wieder getilgt werden. Eine weitere bekannte Bejahung eines staatlichen Defizits stellt das von Musgrave (1959) aufgestellte „Pay-As-You-Use“- Prinzip dar, das oft auch als goldene Regel der öffentlichen Finanzen bezeichnet wird. Der Gedanke ist, dass staatliche Ausgaben, die über einen längeren Zeitraum einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen generieren und somit auch zukünftige Generationen daran partizipieren lassen, nicht nur über Steuern sondern auch über Kredite zu finanzieren sind (Stadler 1997:60). Deshalb ist es intergenerationell gesehen gerecht, wenn diese durch zukünftige Steuern zur Finanzierung beitragen.

Die neoklassische Schule der Monetaristen, prominent vertreten durch Friedman, interessiert sich vor allem für die Folgen der Verschuldung. Unter dem Schlagwort „crowding out“ werden kreditfinanzierte Ausgaben negativ bewertet. Zusätzliche

staatliche Verschuldung erhöht zwar die Nachfrage des Staates, führt aber nicht in jedem Fall zu einer Erhöhung der Gesamtnachfrage, da private Investitionsausgaben seitens staatlicher Kreditaufnahme verdrängt werden. Dies geschieht zum einen über tatsächliche oder erwartete Zinssteigerungen für private Kreditnachfrager (Grewe 1990:23ff/ Barth 1979:67), zum anderen über die Ausgabenseite, indem der Staat dem privaten Sektor Ressourcen entzieht. Der Ressourcenentzug kommt dadurch zustande, dass eine Erhöhung der Nachfrage staatlicherseits mit einer Erhöhung der Inflation Hand in Hand geht (Ernst- Pörksen 1983:125). Neuere politikwissenschaftliche und ökonomische Arbeiten auf dem Gebiet der Staatsverschuldung konzentrieren sich wie die monetaristische Sichtweise nicht auf die positive oder negative Bewertung von Staatsschulden. Vielmehr werden die Folgen z. B. auf das Einkommensniveau oder das Sozialprodukt thematisiert (Grewe 1990:141ff.). Daneben nimmt die Diskussion um die Grenzen der Staatsverschuldung breiten Raum ein. Dabei werden politische, ökonomische und psychologische Faktoren thematisiert (Wagschal 1996b:138).

2.2. Einnahmen, Ausgaben und Verschuldungskennziffern der Bundesländer

Im Folgenden soll die Einnahmeseite der Länder mit besonderem Augenmerk auf das System des Länderfinanzausgleichs dargestellt werden, um kurz auf die Ausgabenstruktur der Länderhaushalte einzugehen. Anschließend werden die wichtigsten Verschuldungskennziffern der Bundesländer für 1994-2005 präsentiert.

2.2.1. Einnahmen und Ausgaben der Bundesländer

Das deutsche Grundgesetz weist den drei Regierungsebenen Bund, Länder und Gemeinden unterschiedliche Verantwortlichkeiten zu. Die Aufgabenfelder der Bundesländer bilden Kultur, Bildung, Justiz und Polizei. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, bedarf es auf der staatlichen Ebene Einnahmen, deren Großteil aus der Erhebung von Steuern herrührt.

Die deutschen Bundesländer gewinnen den Großteil der Einnahmen aus Gemeinschaftssteuern wie die Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer und vor allem aus der Umsatzsteuer. Eine Autonomie der Besteuerung besitzen die

Länderregierungen nicht. Lediglich die ertragsschwachen örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuern liegen in der Hand der Länder (Art. 105 GG Abs. 2a), da der Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung und unter Hinweis auf die Rechts- und Wirtschaftseinheit seine Kompetenz auf dem Gebiet der Besteuerung umfassend wahrgenommen hat (Bundesministerium der Finanzen 2006b:8). Die Bundesländer sind also nur in ihrer Gesamtheit über die konkurrierende Gesetzgebung an der Steuergesetzgebung beteiligt. Eine eigenständige Steuergesetzgebung ist ihnen nicht möglich (Wagschal 1996a:13, Bajohr 2006:65).

Neben Steuern erlangt ein Großteil der Länder (außer den klassischen Geberländern Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen) Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Das Ziel, das damit verfolgt wird, ist die Schaffung bundesweit einheitlicher Lebensverhältnisse. Die unterschiedliche Finanzkraft der Länder soll dahingehend angeglichen werden, dass alle Länder die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Konkret ausgestaltet bedeutet dies, dass Geld von den finanzstarken Ländern oder dem Bund an die finanzschwachen Länder fließt. Die rechtlichen Grundlagen finden sich in Artikel 107 GG Abs. 2:

„Durch das Gesetz ist sicherzustellen, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird; hierbei sind die Finanzkraft und der Finanzbedarf der Gemeinden (Gemeindeverbände) zu berücksichtigen. Die Voraussetzungen für die Ausgleichsansprüche der ausgleichsberechtigten Länder und für die Ausgleichsverbindlichkeiten der ausgleichspflichtigen Länder sowie die Maßstäbe für die Höhe der Ausgleichsleistungen sind in dem Gesetz zu bestimmen. Es kann auch bestimmen, dass der Bund aus seinen Mitteln leistungsschwachen Ländern Zuweisungen zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs (Ergänzungszuweisungen) gewährt.“

Der Finanzausgleich regelt also die Verteilung öffentlicher Einnahmen (Steueraufkommen) zwischen Bund, Ländern und Kommunen entsprechend deren Aufgaben. Zu unterscheiden ist zwischen dem vertikalem Finanzausgleich, der insbesondere zwischen Bund und Ländern zur Erfüllung verschiedener Aufgaben eingerichtet ist (Art. 106 GG), dem horizontalen Finanzausgleich, der zwischen finanzschwachen und - starken Bundesländern stattfindet (Art. 107 GG) und dem kommunalen Finanzausgleich zwischen den Bundesländern und den Gemeinden bzw. Kreisen und kreiszugehörigen Gemeinden.

Bei der folgenden Darstellung des Ausgleichs sollen neuere Entwicklungen nicht näher Erwähnung finden. Zum einen im Hinblick auf den empirischen Untersuchungszeitraum, zum anderen aber vor allem da diese Korrekturen keine grundlegenden Veränderungen hervorgebracht haben und bis zum jetzigen Zeitpunkt Stückwerk bleiben, die überwiegend „auf Besitzstandswahrung oder die Erlangung finanzieller Vorteile ausgerichtet“ sind (SBgE 2002:212).

Der vertikale Finanzausgleich regelt die Zahlungen des Bundes an die Länder. Im Rahmen dieses Ausgleiches zahlt der Bund aus seinem Anteil an der Umsatzsteuer sogenannte Bundesergänzungszuweisungen. Begründet werden diese Zahlungen unter anderem dadurch, die Finanzkraft schwächerer Länder zu erhöhen oder um die Kosten der politischen Führung kleinerer Bundesländer mitzutragen. Unter Bundesergänzungszuweisungen fallen auch die Zahlungen an ostdeutsche Bundesländer im Rahmen des sogenannten Solidarpaktes I bzw. II, die mit der Überwindung vereinigungsbedingter Lasten begründet wird.

Der horizontale Finanzausgleich betrifft das Verhältnis der Bundesländer untereinander. Die Berechnung der Ausgleichszahlungen, die reiche Länder an arme Länder leisten müssen erfolgt mittels zweier Rechengrößen, der Finanzkraft und dem Finanzbedarf. Die Finanzkraft wird über die Finanzkraftmesszahl abgebildet, definiert als Summe der Einnahmen aus Steuern sowie ca. 60% der von den jeweiligen Gemeinden erhobenen Steuern. Der Finanzbedarf wird über die Ausgleichsmesszahl gemessen. Die Definition erfolgt in mehreren Schritten: Als erstes werden die durchschnittlichen Einnahmen je Einwohner mit der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes multipliziert, wobei für Stadtstaaten die Einwohnerzahl mit dem Faktor 1,35 gewichtet wird. Im nächsten Schritt werden die Steuereinnahmen der Gemeinden aller Länder durch die Bevölkerung geteilt und mit dem Faktor 0,64 der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes multipliziert. Dabei wird die Bevölkerung für die Stadtstaaten und den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt künstlich erhöht. Addiert man die beiden Rechenergebnisse gelangt man zur Ausgleichsmesszahl. Überwiegt die Ausgleichsmesszahl die Finanzkraftmesszahl, so ist ein Bundesland ausgleichsberechtigt.

Neben der horizontalen und vertikalen Umverteilung existiert der kommunale Finanzausgleich nach Art. 106 Abs. 7 des Grundgesetzes. Die Länder sind demnach verpflichtet einen von ihnen per Gesetz zu bestimmenden Anteil an ihren Einnahmen aus den Gemeinschaftssteuern den Gemeinden zufließen zu lassen.

Die Ausgestaltung variiert dabei je nach Bundesland. Die Berechnung richtet sich nach der Gegenüberstellung von Finanzkraft und Finanzbedarf.

Die Bundesrepublik Deutschland kennt eine rechtlich vorgeschriebene Begrenzung der Verschuldung des Bundes in Artikel 115 Abs. 1 GG. Da für die Haushalte der Länder in den jeweiligen Länderverfassungen vergleichbare Bestimmungen gelten (SBgE 2006: 300), soll kurz auf diese Gesetzesvorschrift eingegangen werden.

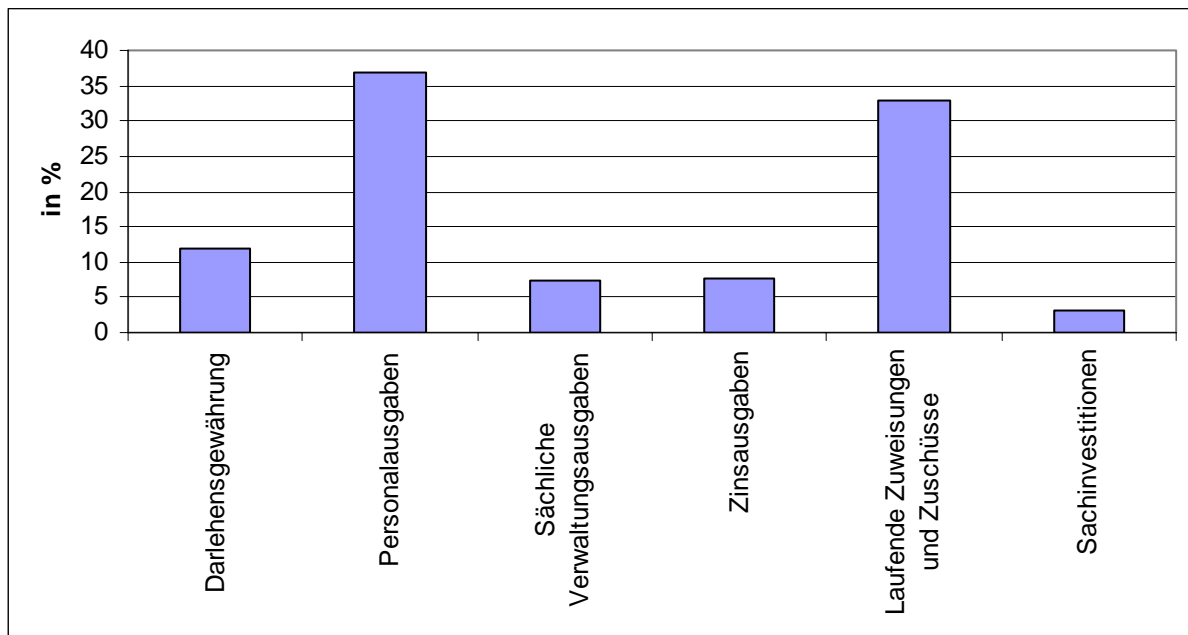
Artikel 115 Abs. 1 GG bestimmt, dass die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen nicht überschreiten dürfen. Der ökonomische Hintergrund dieser Regel ist das intertemporale Äquivalenzprinzip, welches auch als „goldene Regel der Finanzpolitik“ bezeichnet wird. Vereinfacht besagt dieses Prinzip, dass eine Verschuldung dann unproblematisch ist, wenn gleichzeitig staatliches Vermögen geschaffen wird, aus dem in Zukunft Erträge erwachsen, aus denen die Schulden bedient werden können. Einem höheren Schuldenstand steht dann auch ein höheres staatliches Vermögen gegenüber. Oder anders interpretiert: Da die Erträge staatlicher Investition in der Zukunft anfallen, ist es sinnvoll diejenigen an der Finanzierung dieser Investitionen zu beteiligen, die Nutzen aus diesem zusätzlichen öffentlichen Kapitalstock ziehen. Zu dieser Beteiligung kommt es bei einer Kreditfinanzierung, da bei dieser Finanzierungsart nicht nur die heutigen Steuerzahler, sondern über den Schuldendienst auch zukünftige Steuerzahler belastet werden.

Ausnahmen von dieser Vorschrift sind nur zulässig zur Abwehr der Störung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom 18. April 1989 die Definition dieses Ungleichgewichts präzisiert. Danach besteht diese wirtschaftliche Störung, wenn die vier wirtschaftspolitischen Teilziele Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum nicht erreicht werden. Das hohe Gericht hat der öffentlichen Hand zwar angesichts der nur qualitativ definierten Teilziele einen Interpretationsspielraum eingeräumt, gleichzeitig aber eine Darlegungslast eingeführt. Das Ausrufen der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts muss argumentativ durch die gesetzlich verankerten Organe der finanz- und wirtschaftspolitischen Willensbildung wie etwa die Deutsche Bundesbank abgestützt sein (SBgE 2004:521).

De facto ist es aber so, dass sowohl der Bund seit 2002 sowie eine Vielzahl von Ländern durch das Überdehnen des Ermessensspielraums und die weite Interpretation des Begriffes „Investitionen“ die Bindungskraft des Artikel 115 GG Abs. 1 ohne Konsequenzen unterlaufen, da keine gesetzlich implementierten Sanktionsmechanismen im Falle des Verstoßes gegen Artikel 115 bestehen (SBgE 2006: 308).

Tendenziell sind dem föderalen System in Deutschland Verschuldungsanreize immanent, die mit dem vom Bundesverfassungsgericht präzisierten bündischen Prinzip zusammenhängen. Dieses Prinzip verpflichtet Bund und Länder ungeachtet ihrer Eigenstaatlichkeit und finanziellen Selbständigkeit unter bestimmten Umständen zu Hilfeleistungen an andere, leistungsschwache Länder. Letztlich bedeutet dies, dass die Bundesländer konkursunfähig sind, weil im äußersten Fall der Bund und die anderen Länder für ihre Verbindlichkeiten einstehen müssen. In der Literatur wird diese Problematik mit „bail out“ oder Haftungsschuldnerschaft umschrieben. Von dieser Regelung gehen falsche Anreize, insbesondere für Länder mit einer hohen Defizit- oder Schuldenstandsquote, aus. Sollten nämlich diese Länder zusätzlich für andere aufkommen müssen, könnten sie es für vorteilhafter erachten, die Verschuldung noch weiter auszudehnen und auf den Beistand der bundesstaatlichen Solidargemeinschaft zu setzen. Bislang sind deshalb auch alle Bemühungen mehr oder weniger gescheitert, die Bundesländer in eine Strategie zur Vermeidung übermäßiger Defizite im Sinne des europäischen Maastricht- Vertrages einzubinden. So hat sich der Bundesrat auf die Wahrung der Haushaltsautonomie der Länder nach Artikel 109 Abs. 1 Grundgesetz berufen und betont, dass die gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik aus dem EG-Vertrag keine weitergehenden Eingriffe in die eigenverantwortliche Haushaltswirtschaft der Länder rechtfertigen könnten (SBgE 2004:542).

Nachdem die Einnahmeseite beleuchtet wurde, soll kurz auf die Ausgabenseite eingegangen werden, auf die in Kapitel 3 bezug genommen wird.

Abbildung 1: Ausgaben der Länder nach Arten 2001

Quelle: Bajohr (2003:200)

Die Haushalte der Länder weisen einen großen Anteil an Personalausgaben auf. Das liegt nicht so sehr an einer überdimensionalen Bürokratschar, sondern daran, dass den Ländern nach Artikel 85 GG der Vollzug der meisten Bundesgesetze obliegt und ihre originären Aufgabenfelder, wie z.B. die weitgehende Kompetenz im Bildungsbereich, der aus den Artikeln 70-75 GG resultiert, einen hohen Personalstand mit sich bringen. Der hohe Anteil der Zinsausgaben von fast 8 Prozent deutet auf einen Grad der Verschuldung hin, der handlungseinschränkend wirkt.

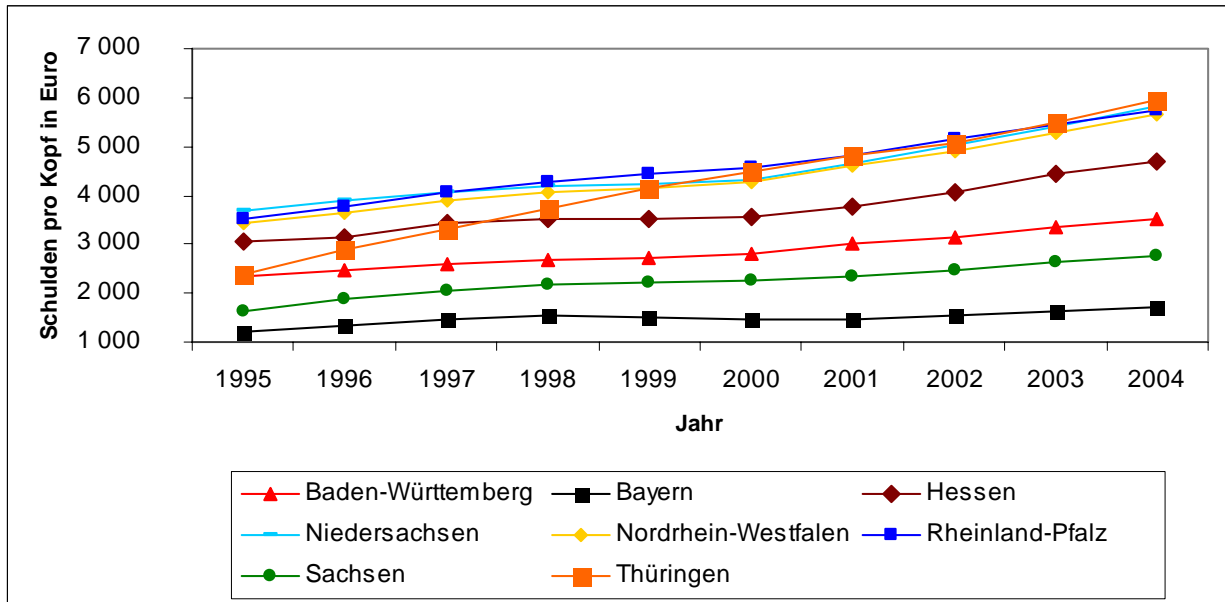
2.2.2. Verschuldungskennziffern der Bundesländer 1995-2004

Wie in Punkt 2.1.1 dargestellt, ist es sinnvoll sich einen Überblick über die Länderverschuldung mittels mehrerer Indikatoren zu verschaffen.

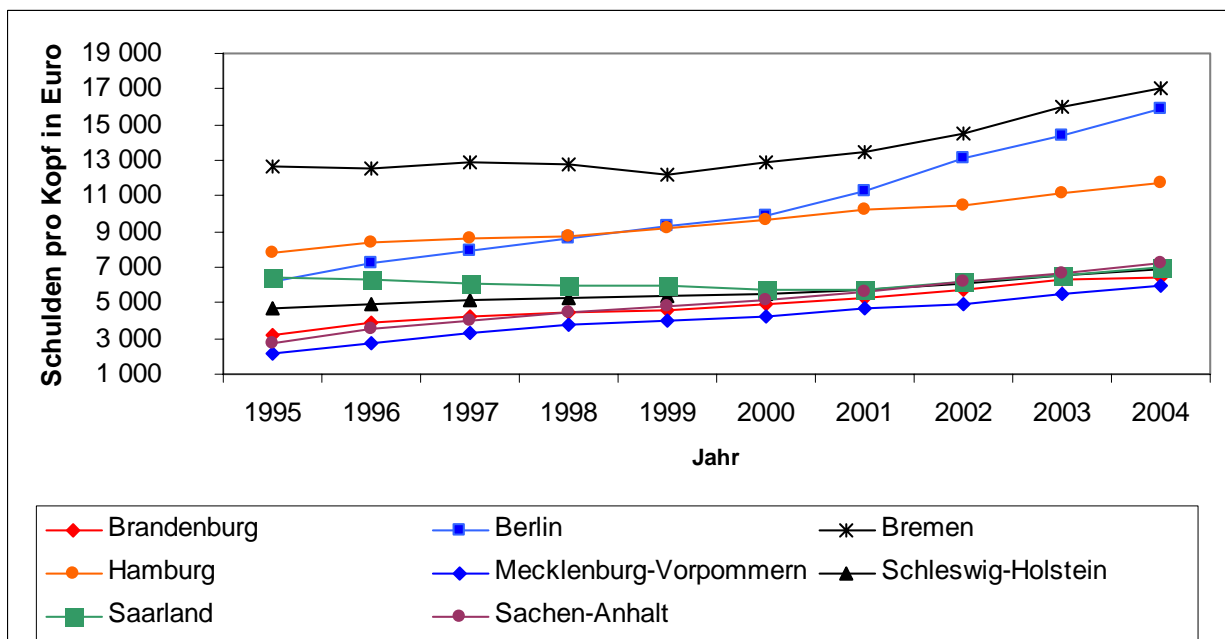
Bei den vorgestellten Indikatoren der Verschuldung ist jedoch zu beachten, dass die Messungen invalide sein können. Grund hierfür ist wie bereits oben angesprochen, dass die Schulden von sogenannten "Schatten- und Nebenhaushalten" sowie kommunaler Eigenbetriebe kaum vollständig zu erfassen sind und es darüber hinaus nicht möglich ist, Risiken resultierend aus Bürgschaften und Gewährleistungen einzuschätzen (Seitz et al. 2006:27). Die abhängige Variable des Modells ist der

Übersichtlichkeit halber in zwei Graphiken geteilt, die anderen Indikatoren werden aus demselben Grund in Durchschnitten wiedergegeben.

Abbildung 2: Pro-Kopf-Verschuldung der Bundesländer 1995-2004

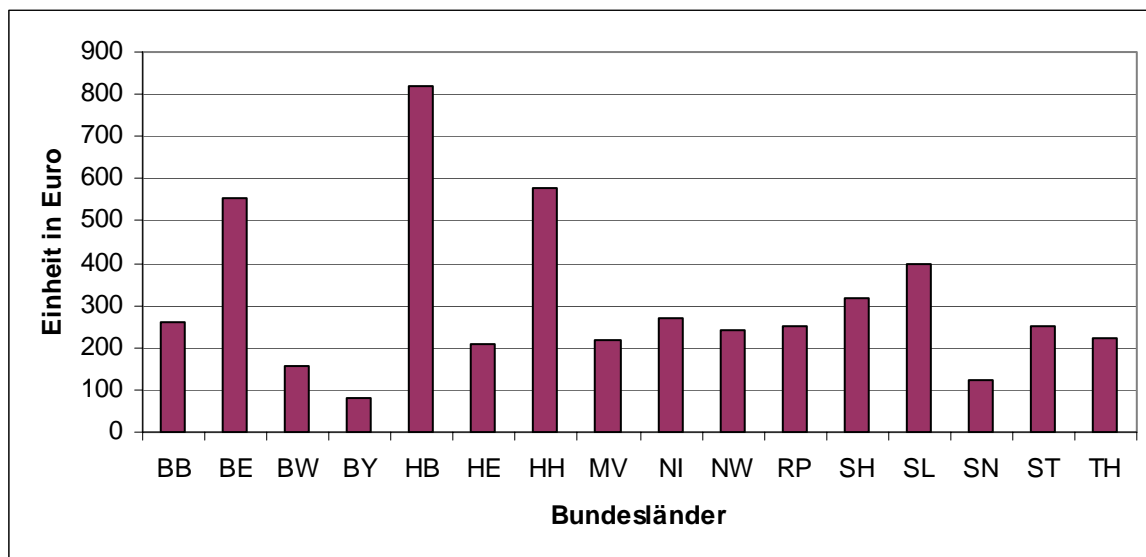


Quelle: SBgE (2007)



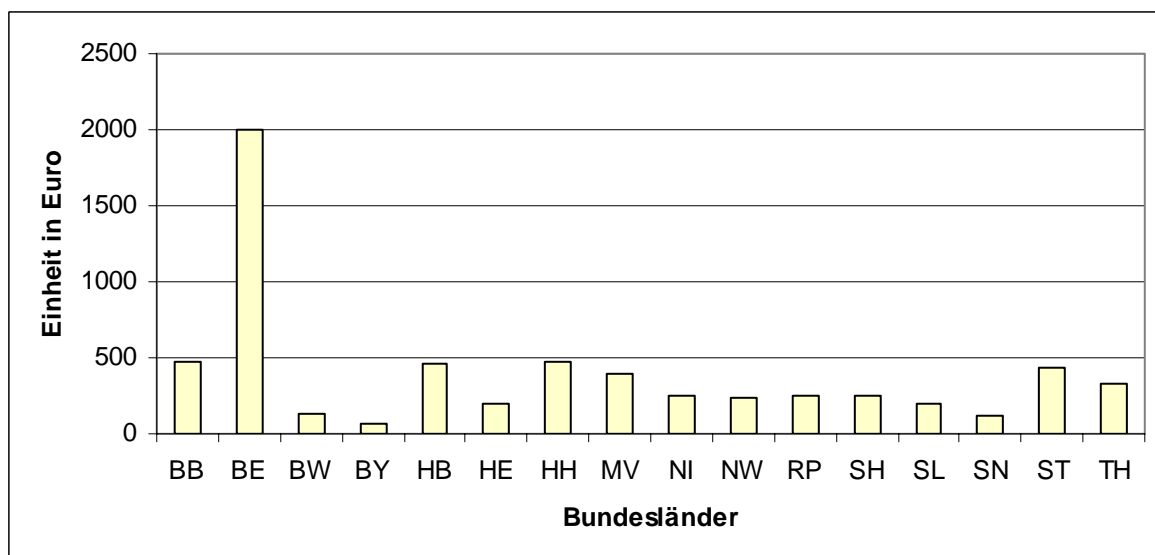
Quelle: SBgE (2007)

Abbildung 3: Zinsausgaben pro Kopf der Bundesländer im Durchschnitt 1995-2004



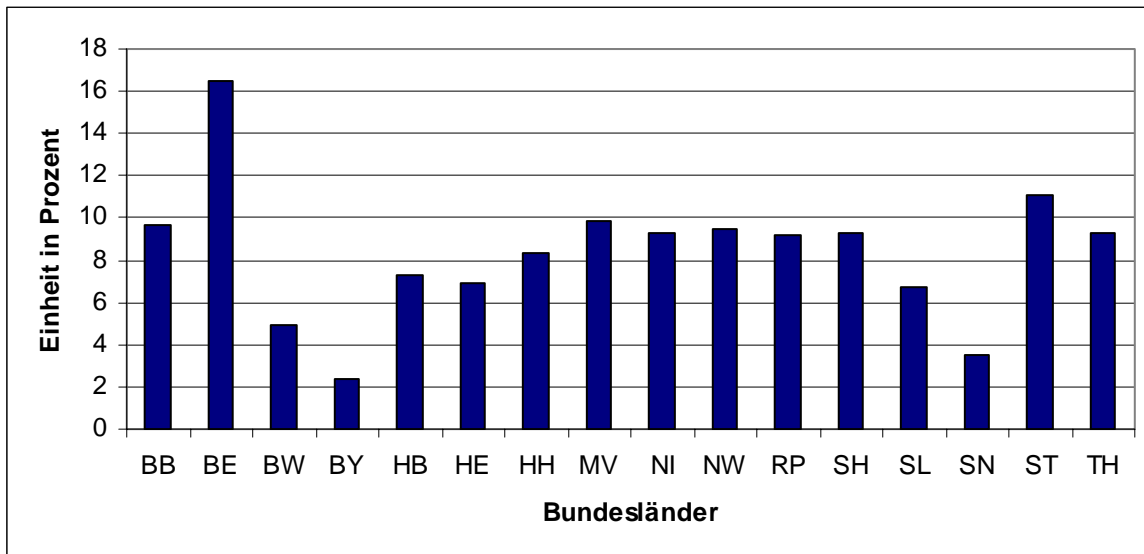
Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2006b), Durchschnitte eigene Berechnung

Abbildung 4: Nettoneuverschuldung pro Kopf der Bundesländer im Durchschnitt 1995-2004



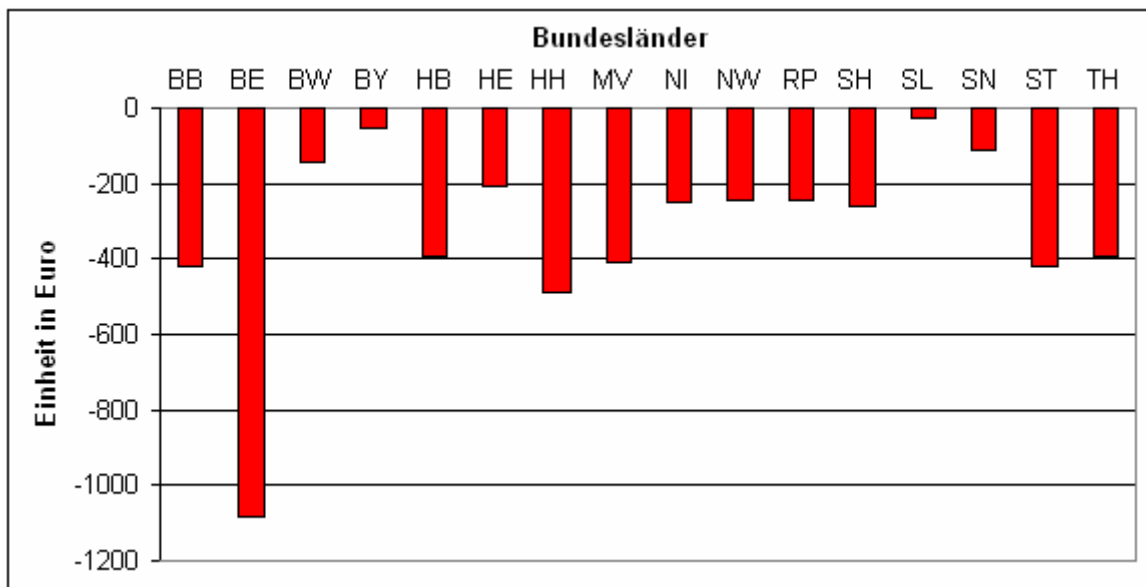
Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2006b), Durchschnitte eigene Berechnung

Abbildung 5: Kreditfinanzierungsquote der Bundesländer im Durchschnitt 1995-2004



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2006b), Durchschnitte eigene Berechnung

Abbildung 6: Finanzierungssaldo pro Kopf der Bundesländer im Durchschnitt 1995-2004



Quelle: SBgE (2007), Durchschnitte eigene Berechnung

Anhand der Abbildungen lässt sich die Länderverschuldung vergleichend beschreiben. Bei allen betrachteten Indikatoren fällt eine große Varianz auf. So liegt der Unterschied bei der Pro-Kopf-Verschuldung zwischen dem am geringsten verschuldeten Bundesland Bayern gegenüber dem am stärksten verschuldeten Bremen bei ca. 15000 Euro. Bis auf Bayern lässt sich bei allen Bundesländern ein klarer Trend hin zu einer höheren Pro-Kopf-Verschuldung konstatieren. Weiterhin ist anhand dieser Kennziffer ersichtlich, dass die Gruppe der westdeutschen Flächenländer- ausgenommen das Saarland- am geringsten verschuldet ist.

Berlin stellt sich bei allen Indikatoren mit Ausnahme der Zinsausgaben als das am stärksten verschuldete Land heraus. Auffallend ist, dass die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg im Vergleich eine sehr hohe Nettoneuverschuldung pro Kopf aufweisen und demzufolge eine hohe Zinslast zu tragen haben. Im Ost-West Vergleich nehmen die Neuen Bundesländer mit Ausnahme Sachsens bei den Indikatoren vordere Plätze ein.

Am gesamtstaatlichen Schuldenstand sind die Bundesländer im Vergleich zu den beiden anderen Gebietseinheiten Bund und Gemeinden ca. zu einem Drittel beteiligt. Der hohe Anteil des Bundes dürfte dabei zu einem Teil vereinigungsbedingter Sonderlasten geschuldet sei. Das Sondervermögen setzt sich aus der Hinterlassenschaft des Marshall-Planes für Deutschland und dem Entschädigungsfond für ehemalige Zwangsarbeiter zusammen.

Für die Struktur der Schuldenarten sind anhand der Daten keine länderspezifischen Rückschlüsse möglich. Insgesamt dominieren die klassischen Anleihen. Der Käufer eines verzinslichen Wertpapiers erhält dabei als Gegenleistung für die Überlassung des Geldes während der Laufzeit den in der Urkunde verbrieften Zins. Die Tilgung erfolgt nach Ablauf der Laufzeit durch die Zahlung des Nennwerts.

Tabelle 2: Kreditnehmer und Schuldenarten 2005

Kreditnehmer	Mio.€	Anteil
Bund	886.254	59,5
Länder	471.375	31,7
Gemeinden	116.033	7,8
Sondervermögen	15.367	1,0
Schuldenarten	Mio.€	Anteil
Unverzinsliche Schatzanweisungen	36.945	2,5
Obligationen, Schatzanweisungen	310.044	20,8
Bundobligationen, Bundesschatzbriefe	174.423	11,7
Anleihen	521.801	35,0
Direktausleihungen der Kreditinstitute	367.056	24,7
Sonstige	78.760	5,3

Quelle: Deutsche Bundesbank. Monatsbericht 2/2007

In der vorliegenden Literatur wird der empirische Zusammenhang zwischen den verschiedenen Verschuldungskennziffern nicht behandelt, bzw. als gegeben betrachtet. Dabei ist es interessant, in welchem Maße diese Messungen zusammenhängen, da ein enger Zusammenhang für eine adäquate Messung des Konstruktes spricht. Für den Zeitraum 1995 bis 2004 ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 3: Korrelationsmatrix der Verschuldungskennziffern

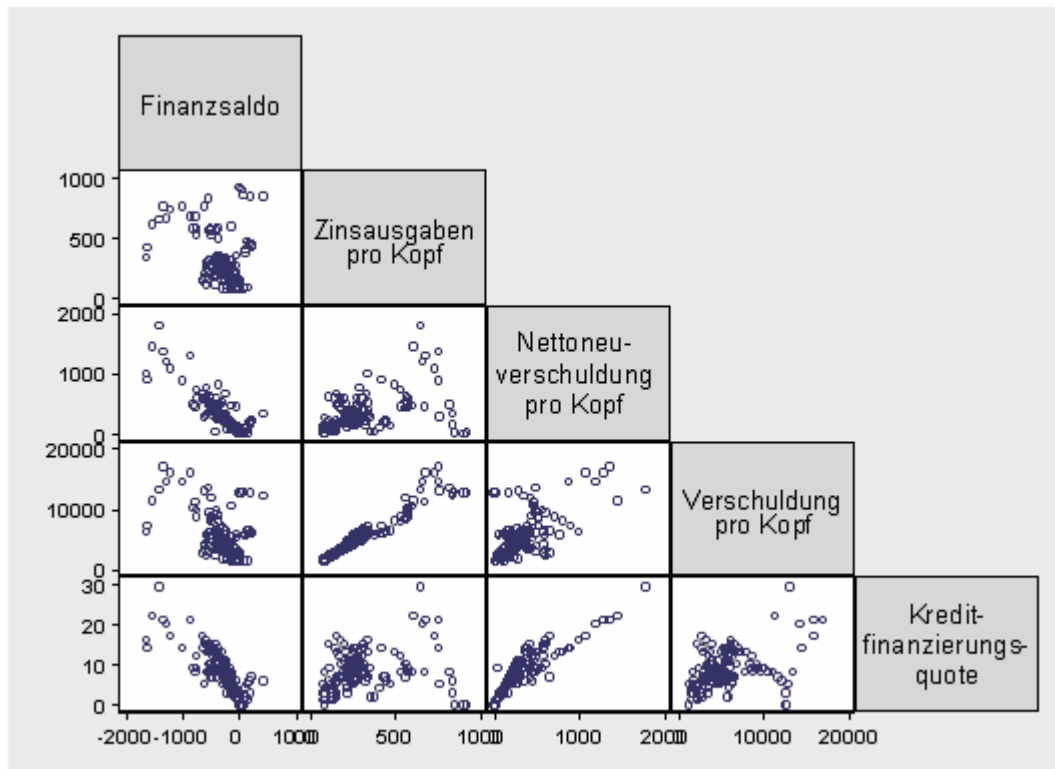
	Finanz-saldo	Zinsausgaben pro Kopf	Nettoneuverschuldung pro Kopf	Verschuldung pro Kopf	Kreditfinanzierungsquote
Finanz-saldo	1	-.306*	-.862*	-.460*	-.786*
Zinsausgaben pro Kopf		1	.457*	.959*	.228*
Nettoneuverschuldung pro Kopf			1	.611*	.874*
Verschuldung pro Kopf				1	.394*
Kreditfinanzierungsquote					1

* = Korrelation auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.⁴

Quelle: eigene Berechnungen

⁴ Signifikanzniveaus sind statistisch gesehen nur bei einer Zufallsauswahl der Untersuchungseinheiten sinnvoll. In diesem Fall liegt eine Vollerhebung vor. Im Folgenden wird trotzdem der politikwissenschaftlichen Forschungsstradition gefolgt und Signifikanzniveaus verwendet. Zu weiteren Kritikpunkten an Signifikanztest siehe Schnell (1994:338ff.)

Abbildung 7: Graphische Korrelationsmatrix der Verschuldungskennziffern



Quelle: Eigene Berechnungen

Länder, die eine hohe Verschuldung pro Kopf aufweisen, haben naturgemäß auch hohe Zinsausgaben pro Kopf ($r = .959$) zu schultern, da aufgenommene Kredite bedient werden müssen. Logischerweise lässt eine höhere Netto neuverschuldung auf eine erhöhte Kreditfinanzierungsquote ($r = .874$) schließen. Die signifikanten und meist starken Zusammenhänge belegen, dass die üblich verwendeten Messungen das Konstrukt „Verschuldung“ adäquat abbilden.

3. Theorien und abgeleitete Hypothesen

Empirisch überprüfbare Theorien zur Staatsverschuldung können vor allem aus der Neuen Politischen Ökonomie gewonnen werden. Diese Denkrichtung integriert ökonomische, sozio-ökonomische und politisch-institutionelle Faktoren.

Im vorliegenden Fall stammen die ökonomischen Theorieansätze aus der neoklassischen Schule der Volkswirtschaft. Sozio-ökonomische und politisch-institutionelle Theorien werden aus der Theriefamilie der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung gewonnen. Dabei lassen sich sechs Theoriestränge unterscheiden, die aufgrund ihrer jeweiligen Stärken und Schwächen und des oftmals ergänzenden Charakters, zunehmend parallel und miteinander verknüpft werden (Schmidt 1993:382), da selten ein einziger Faktor für Policy- Outputs/ - Outcomes verantwortlich gemacht werden kann (Castles 1998): die Theorie der sozioökonomischen Determination, die Parteienherrschaftstheorie, die Theorie der Machtressourcen organisierter Interessen, die politisch- institutionelle Theorie, die Theorie des Politikerbes und die Internationale Hypothese. Dabei sollen diese Theorien zur Unterstützung der Argumentation mit benachbarten Policy- Theorien, wie z.B. der Wissenspolitologie kombiniert werden. Aus dem Kreis dieser Ansätze wird die Internationale Hypothese nicht weiter behandelt. Der theoretische Rahmen externer, inter- oder transnationaler Konstellationen lässt sich im Rahmen eines Bundesländervergleiches nur schwer hypothesengenerierend verwenden.

Im Folgenden soll in einem ersten Schritt die Kernaussagen und Hauptvertreter der Theorien dargestellt werden. Aus den beschriebenen Theorien werden dann in einem zweiten Schritt die empirisch zu testenden Hypothesen formuliert.

3.1.Ökonomische Theorien

3.1.1. Tax- Smoothing

Das grundlegende ökonomische Modell der Staatsverschuldung stellt im Rahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Neoklassik das „Tax-Smoothing“ von Barro (1979) und Lucas/Stokey (1983) dar. Für die im Weiteren vorgestellten Modelle dient der auch als Steuerglättungsmodell bezeichnete Ansatz als normatives Referenzmodell (Alesina/Perotti 1995:4). Weitere ökonomische, sozio-ökonomische und politisch-

institutionelle Theorien versuchen eine Erklärung für das Abweichen von der Steuerglättungstheorie zu liefern.

Barro rekurriert im Rahmen der Debatte unter Ökonomen über Staatsverschuldung auf das sogenannte „Ricardianische Äquivalenztheorem“. Ricardo setzt in seinem Theorem die Wirkungen von Steuern und Verschuldung auf die Vermögensverhältnisse gleich. Insofern ergibt es für den Staat keinen Sinn sich zu verschulden, da gegeben ein einheitlicher Zinssatz „der Kapitalwert der abgeführten Steuern die aufgrund der Zinszahlungen anfallen, gleich dem Kapitalwert der Schuldenaufnahme ist“ (Wagschal 1996b:79). Formal geschrieben:

$$Z = \mathop{\text{Lim}}_{t \rightarrow \infty} \frac{iT}{(1+i)^n} \frac{(1+i)^n - 1}{i} = T,$$

wobei Z gleich dem Barwert zukünftiger Zinszahlungen, iT die Zinssteuer, also die Verzinsung der Anleihe in jeder zukünftigen Periode, und T die einmalige Steuer darstellt.

Der einfachen mathematischen Modellierung unterliegen dabei Annahmen, die vielfach Kritik auf sich gezogen haben. Besonders die Annahmen perfekter Kapitalmärkte und die Antizipierbarkeit zukünftiger Steuern und Einkommen werden als illusorisch kritisiert (Van Velthoven et al. 1993:9). Ricardo selbst liefert einen weiteren Hauptkritikpunkt. Danach unterliegen Wirtschaftssubjekte bei Kreditfinanzierungen der Schuldenillusion. Sie verkennen, dass die aufgenommenen Schulden von ihnen mit höheren Steuern in der Zukunft beglichen werden müssen.

Wagschal (1996b:79) veranschaulicht die etwas abstrakte Annahme an einem wirklichkeitsnahen Beispiel. Dieses soll kurz dargestellt werden:

Angenommen ein Staat will ein Großprojekt realisieren. Zur Finanzierung kann er entweder Steuern erheben oder Schulden in Kauf nehmen. Auf erhöhte Steuern innerhalb einer Periode wird der Bürger als Reaktion weniger konsumieren, da er die Steuerlast für sich dadurch kompensiert. Erfolgt die Finanzierung über Schulden, so müssen in jeder Periode die Zinsen finanziert werden. Unterstellt man den Bürgern rationale Erwartungen, so werden sie die erhöhte zukünftige Steuerlast voraussehen

und in sämtlichen Zeitperioden ihren Konsum einschränken. Dies führt zu einer Ersparnis der Haushalte die gleich der Verschuldung des Staates ist. Der Gegenwartswert beider Finanzierungsmöglichkeiten ist also gleich.

Barro plädiert trotzdem für eine Verschuldung anstatt Steuern, da niedrige Steuern positive Effekte auf die Wirtschaft haben. Die Theorie erklärt die Schuldenaufnahme einer Regierung durch deren Intention, einen im Zeitverlauf möglichst glatten Steuersatz zu erheben. Ein glatter Steuersatz gewährleistet die Minimierung des Wohlfahrtsverlustes, welcher durch die Erhebung von verzerrenden Steuern entsteht. Der Verlust, den Steuern erzeugen, ergibt sich dabei durch den Steuerkeil, der zwischen dem Marktpreis eines Produktionsfaktors und dem eigentlich dafür zu entrichtenden Preis getrieben wird. Diese Ineffizienz würde durch schwankende Steuersätze noch erhöht werden. Verschuldung kann demnach als „Puffer“ angesehen werden, der eingesetzt wird um steuerliche Einnahmeausfälle auszugleichen. Nach dieser Theorie stellt die Regierung einen allwissenden wohlwollenden Diktator dar. Die Staatsverschuldung wird dieser Diktator einsetzen, um zum Wohle der Stimmbürger und der Volkswirtschaft die Optimierung einer gesamtgesellschaftlichen Nutzenfunktion zu erreichen (Perschau 1999/ Wagschal 1996b:95).

Die daraus abgeleitete Hypothese lautet:

Je höher die Steuereinnahmen, desto geringer die Verschuldung.

3.1.2. Makroökonomisches Domar- Modell

Die von dem Ökonomen Domar (1944) eingeführte Modellierung schuldenarithmetischer Zusammenhänge ist zentral in der volkswirtschaftlichen Analyse der Verschuldung. Dieses Modell erlaubt die Beurteilung des Einflusses zentraler ökonomischer Größen auf die Höhe der Verschuldung. Eine einfache mathematische Formulierung sieht wie folgt aus⁵:

⁵ Domar skizziert in seinem Aufsatz vier Verschuldungsszenarien. Die hier präsentierte Gleichung erweitert die ursprüngliche mathematische Darstellung um die Inflationsrate, sprich die Annahme eines gleichbleibenden Preisniveaus wird aufgegeben.

$$\lim_{t \rightarrow \infty} \frac{D}{Y} = \frac{a}{w + p},$$

wobei D die Staatsschulden, Y das Volkseinkommen, a den Anteil der Kreditaufnahme des Volkseinkommens, w das Wachstum des Volkseinkommens und p die jährliche Inflationsrate bezeichnet.

Abgeleitet aus der Formel ergeben sich mehrere Aussagen (Wagschal 1996b:138):

- 1) Ein permanentes Defizit unter der Bedingung eines ausreichenden Wirtschaftswachstums verhält sich unproblematisch.
- 2) Die Schuldenquote erhöht sich nicht, wenn das Volkseinkommen und das Haushaltsdefizit mit der gleichen Rate wachsen.
- 3) Je größer die Wachstums- und Inflationsrate, desto geringer der Anteil der Kreditaufnahme am Volkseinkommen.

Das formale Modell Domars „erkauft“ sich die Anschaulichkeit mit offensichtlichen Schwächen. So werden die Einflussgrößen als exogen angenommen, und Rückwirkungen der Verschuldung ignoriert. Genauso schwer wiegt aus politikwissenschaftlicher Sicht die Tatsache, dass es sich um einen rein mechanistischen Ansatz handelt, dem eine handlungstheoretische Fundierung fehlt.

Die daraus abgeleiteten Hypothesen lauten:

Je höher das Wirtschaftswachstum, desto geringer die Verschuldung.

Je höher die Inflationsrate, desto geringer die Verschuldung.

3.1.3. Fly- Paper- Effekt

Eine weitere hypothesengenerierende Theorie ergibt sich aus der Struktur der Landeshaushalte. Betrachtet man die komplizierte finanzielle Umverteilung wie in Kapitel 2.2.1 beschrieben, kann man vermuten, dass Bundesländer mit einem hohen Transfereinkommen sich stärker verschulden als Bundesländer mit relativ geringen Einkommen aus Transferzahlungen. Diese Vermutung wird in der Literatur als

sogenannter „Fly- Paper-Effekt“ bezeichnet. Hines/Thaler (1995:5) fassen diesen Effekt folgendermaßen zusammen: „Dabei handelt es sich um eine Verhaltensanomalie: Transfers vom Zentralstaat führen zu einer höheren Ausgabenneigung im betreffenden Gliedstaat, als wenn er seine Ausgaben durch eigene Steuererhebungen finanzieren muss.“ Bezogen auf die Bundesländer sprechen zwei Sachverhalte für die Theorie:

Die OECD hat 1998 darauf hingewiesen, dass Länder einen Anteil von 70-90 Prozent an zusätzlich erwirtschafteten Steuereinnahmen wegen der Besserstellung im horizontalen und vertikalen Länderfinanzausgleich verlieren (Sturm 1993). Zum anderen besteht durch den Länderfinanzausgleich eine gewisse Solidaritätspflicht der Länder untereinander. Es gibt deshalb kaum Anreize, sich um bessere Standortbedingungen für Unternehmen zu bemühen und die Wirtschaftskraft in einem Bundesland zu erhöhen. Die Wähler könnten eine starke Verschuldung nicht so sehr als regionales Problem sehen, sondern als ein Problem, das auch die anderen Bundesländer und in letzter Konsequenz den Zentralstaat betrifft (Rodden 2004). In der Literatur spricht man in diesem Fall auch von dem „Samariter Dilemma“ (Coate 1995). Übertragen bedeutet dies, dass ein Bundesland keinen Anreiz haben dürfte, die Verschuldung zu begrenzen, wenn es sich im Notfall auf die Hilfe anderer Gebietseinheiten durch einen de facto „bail out“ verlassen kann. Der Grund liegt darin, dass ein Konkurs eines Bundeslandes mit unübersehbaren Kosten im Vergleich zur Rückführung der Verschuldung führe würde. Ökonomisch wird davon gesprochen, dass ein Bundesland „too big to fail“ ist. Diese Auffassung spiegelt sich auch in den Finanzratings wieder. Trotz der überbordenden Verschuldung Berlins wird das Bundesland durch die Ratingagentur Fitch mit der höchsten Kreditqualität AAA bewertet (Rodden 2004:21). Das Resultat besteht also darin, dass die Kosten der Verschuldung nicht vollständig internalisiert werden, während der Nutzen aus der Verschuldung allein dem jeweiligen Bundesland zugute kommt.

Die daraus abgeleitete Hypothese lautet:

Je höher die Transferzahlungen, desto höher die Verschuldung.

3.1.4. Ost-West- Unterschied

Aufgrund der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 werden die neuen Bundesländer unter vielfältigen Gesichtspunkten gesondert von den alten Bundesländern betrachtet. Der Niveauunterschied zwischen Ost und West im Hinblick auf die Verschuldung lässt sich allgemein mit dem problembehafteten Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft erklären. Zwei relevante Punkte sollen an dieser Stelle herausgriffen werden, um diesen Übergang zu verdeutlichen.

Ostdeutschland liegt bis heute in bezug auf das Sozialprodukt, den Beschäftigungsstand und der Produktivitätsentwicklung weit hinter den alten Bundesländern. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der unzureichenden Qualifikation der Arbeitnehmer, zum anderen in der mangelnden Infrastruktur (Smolny 2003:239). Trotz der nach der Wiedervereinigung vorgenommenen Investitionen in die Infrastruktur besteht bis heute ein Nachholbedarf, z.B. bei dem wirtschaftspolitisch wichtigen Straßennetz (Seidel/Vesper 2000). Dieser Nachholbedarf kann angesichts der schlechten wirtschaftlichen Basisdaten nicht aus den laufenden Einnahmen und Zuweisungen finanziert werden. Es bleibt der Ausweg des kreditfinanzierten Aufbaus von Anlagevermögen. Aufgrund der Folgekosten der einmal getroffenen Investitionsentscheidungen, wie z.B. der Unterhaltung der Infrastruktur (Henke 1979), kann auch die Politik nur mit großem Zeitabstand auf das Ausbleiben des wirtschaftlichen Aufschwungs, also praktisch der Rendite auf die geleisteten Investitionen, reagieren. Somit bleibt die verschuldungstreibende Wirkung auch bei einer Anpassung der Ausgaben an die ökonomische Realität erhalten.

Die Übertragung des westdeutschen Politik- und Verwaltungsapparates mitsamt seinen Problemlösungsroutinen kommt verstärkend hinzu. Unter den übertragenen Routinen befindet sich die Verschuldungsneigung der Bundesländer (siehe Kapitel 2.2.2) zur Finanzierung neuer Aufgaben.

Eine weitere Begründung der hohen Verschuldung der neuen Bundesländer findet sich in der demographischen Situation. Die stetige Abwanderung aus Ostdeutschland aufgrund wirtschaftlicher Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland bedingt sinkende Steuererträge der betroffenen Länder. Gleichzeitig sind diese mit einer hohen Personaldichte der öffentlichen Hand konfrontiert, die nur schleppend abgebaut werden kann (Fester/Seitz 2005).

Dies wiegt umso schwerer, da Personalausgaben einen Großteil der Länderausgaben ausmachen (siehe Kapitel 2.2.1)

Die daraus abgeleitete Hypothese lautet:

Ostdeutsche Bundesländer verschulden sich höher als westdeutsche Bundesländer.

3.2. Sozio- ökonomische Theorien

Aus der Sicht der sozio- ökonomischen Schule der vergleichenden Staatsforschung ist die Staatstätigkeit als eine Antwort auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Problemstellungen zu sehen. Regierungen reagieren mit ihren Handlungen auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Wähler bzw. der Bevölkerung. Dieser sozio- ökonomische Druck überlagert „politische Faktoren, wie z.B. die ideologische Ausrichtung der Regierung oder Macht- und Einflussgrößen“ (Schmid/ Blancke 2001:21). Der Staat ist also, wie Schmidt (1993:373) bemerkt, „Objekt und nicht Subjekt“, er handelt nicht aus sich heraus, sondern die Handlungsweise wird von äußeren Umständen vorgegeben.

Zwei Vorwürfe werden der Theorie der sozio- ökonomischen Determination oft gemacht: Zum einen übersehe sie, dass die Politik durchaus mit verschiedenen Lösungen auf Problemlagen reagieren kann, zum anderen thematisiere sie die Autonomie bzw. das Existieren einer politischen Sphäre nur sehr unzureichend (Schmidt 1993:374).

Quantitative Studien unter Einbezug sozio- ökonomischer Faktoren sind oft mit dem Problem der Variablenauswahl konfrontiert. Im Folgenden soll sich die Argumentation in Anlehnung an die Untersuchung der Verschuldung der OECD-Staaten von Wagschal (1996b) anhand von sozio-demographischen Variablen ausrichten. Darunter fallen die Unterscheidung der Bevölkerung anhand des Alters, anhand des Arbeitsmarktes (Arbeitskräfte-reservoir und Arbeitslosenrate), des Verstädterungsgrades und des religiösen Bekenntnisses. Die Arbeitslosenrate kann als ökonomische Variable aufgefasst werden. Hier wird diese Variable deswegen als

sozio- ökonomische Variable aufgefasst, da von ihr ein nicht unbedeutender Problemdruck auf den Staat ausgeht.

3.2.1. Demographie

Der Einfluss demographischer Faktoren auf die öffentliche Verschuldung wird von Seiten der Finanzwissenschaft seit längerem thematisiert (z.B. Van Velthoven et al. 1990). Solche Einflussfaktoren können z.B. die Alterstruktur oder der Verstärterungsgrad sein (Wagschal 1996b:185).

Die Bundesrepublik Deutschland ist wie fast alle industrialisierten Länder mit einem rasanten demographischen Wandel der Bevölkerung konfrontiert. Die Bevölkerung nimmt ab, altert zusehends, die Geburtenraten sinken und das Arbeitskräftepotential nimmt stetig ab (Wellisch 2000:140ff.). Diese Entwicklungen bleiben nicht ohne Wirkung auf die öffentlichen Haushalte und demzufolge auch nicht auf die Verschuldungssituation (Seitz/Kempes 2005:2). Eine älter werdende Bevölkerung kann auf verschiedenen Wegen die Verschuldung ansteigen lassen. Die staatliche Altersversorgung und die Pflege älterer Menschen kann zu vermehrten Ausgaben führen (Seitz et al. 2006:18). Dies umso mehr, da Demokratien die Tendenz teilen Wohlfahrtstransfers von Jung zu Alt vorzunehmen (Breyer 1994:892). Der Grund dafür liegt zum einen in der Herstellung einer Generationengerechtigkeit, zum anderen in der Sicherung des sozialen Friedens (Musgrave et al. 1994:153).

Senioren stellen darüber hinaus eine bedeutende Wählergruppe und können so indirekt Einfluss auf finanz- und haushaltspolitische Entscheidungen nehmen. Wenn es ihnen gelingt Ansprüche durchzusetzen und diese Ausgaben nicht eingespart werden, so steigt das Defizit (Wagschal 1996b:185, Franzese 2002:137, Shughart/Tollison 1987). Vergegenwärtigt man sich darüber hinaus den hohen Anteil der Personalausgaben an den Länderhaushalten und die daraus resultierenden Pensionsverpflichtungen der Länder, so lässt sich daraus ebenfalls eine steigende Verschuldung antizipieren.

Ein weiterer wichtiger demographischer Faktor stellt die Potential Workforce dar. Wagschal (1996:187) bezeichnet sie als eine der „wichtigsten Strukturvariablen auf dem Arbeitsmarkt“. Sie gibt den Anteil der 15-64 jährigen an der Bevölkerung an, und

misst somit das Arbeitskräftepotential einer Volkswirtschaft. Eine Vergrößerung der Potential Workforce hätte ceter paribus eine höhere Erwerbsquote zur Folge, und damit höhere Steuereinnahmen und weniger Sozialausgaben. Dies führt tendenziell zu einer geringeren Verschuldung.

Für die Arbeitslosenrate trifft dieselbe Argumentation zu. Eine hohe Arbeitslosigkeit vermindert die staatlichen Einnahmen aus Arbeitseinkommen und zwingt gleichzeitig zu höherer Verschuldung, um das Existenzminimum der Betroffenen abzusichern.

Für die Situation der Bundesländer ergibt sich in dem untersuchten Zeitraum⁶ folgendes Bild: Die Arbeitslosenhilfe wird durch die Bundesagentur für Arbeit, die Sozialhilfe durch Landkreise bzw. kreisfreie Städte finanziert. Durch den kommunalen Finanzausgleich (siehe 2.2.1) können die Länder gezwungen sein, die Gemeindezuweisungen zu erhöhen und damit ceter paribus auch ihre Verschuldung.

Die daraus abgeleiteten Hypothesen lauten:

Je höher die Seniorenquote, desto höher die Verschuldung

Je höher die Potential Workforce, desto geringer die Verschuldung.

Je höher der Anteil der Arbeitslosen, desto höher die Verschuldung.

3.2.2. Urbanisierung

Der Ökonom Frey (1990) stellt in seiner Untersuchung zu schweizerischen Agglomerationen fest, dass sich dort urbane Segregationsprozesse vollziehen: Bevölkerungsteile ziehen aus den Kernstädten in Vorstädte bzw. ländliche Gebiete. Im Zentrum ballen sich tendenzielle Problemgruppen wie Alleinerziehende, alte Menschen, Ausländer, Asylbewerber sowie Auszubildende. Als Folge davon verdichten sich ökonomische, soziale und politische Probleme. Als Resultat ergeben sich höhere Ausgaben, z.B. im Sozialsektor (Frey 1990: 293).

⁶ Für den Zeitraum ab 2005 ergibt sich durch die Hartz IV Gesetzgebung und die damit verbundene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein anderes Bild.

Wagners klassische Hypothese vom Wandel des Rechtsstaats hin zum Kultur- und Wohlfahrtsstaat (Musgrave et al. 1994) unterstützt die Kausalkette zwischen Urbanisierung und höherer Verschuldung. Eine Verstädterung führt demnach zu vermehrten öffentlichen Bedürfnissen in den Bereichen Recht, Wirtschaft und Soziales, die durch die Expansion des Staates gestillt werden. Die deskriptiven Kennzahlen aus Kapitel 2.2.2 unterstützten ebenfalls die theoretische Argumentation. Wie aus den einzelnen Indikatoren ablesbar sind Stadtstaaten, die naturgemäß einen hohen Urbanisierungsgrad aufweisen, im Vergleich sehr stark verschuldet.

Die daraus abgeleitete Hypothese lautet:

Je höher der Urbanisierungsgrad, desto höher die Verschuldung.

3.2.3. Religion

Die religiöse Orientierung der Bevölkerung als eine erklärungskräftige Variable auf die Verschuldung mag auf den ersten Blick ungewöhnlich sein. Die theoretische Begründung für diesen Zusammenhang findet sich in den calvinistisch-protestantischen Glaubensvorstellungen. Leistungsbereitschaft, Sparsamkeit und Gewinnstreben sind zentrale Anforderungen des Protestantismus. Davon kann logisch die Ablehnung individueller Verschuldung abgeleitet werden. Denkt man sich den Staat als eine aus Individuen zusammengesetzte Organisationsform, so wird nicht nur dem Einzelnen sondern auch dem Kollektiv ein normatives Schuldenverbot auferlegt.

Warum sollte aber die Konfession trotz der weitgehenden Säkularisierung der Lebensbereiche in westlichen Industrienationen noch eine Erklärungskraft besitzen? Man kann argumentieren, dass die zugrundeliegenden Werte einer christlichen Konfession trotzdem immer noch eine gesellschaftlich relevante Prägekraft in bezug auf Verhaltensnormen besitzt. Kulturalistische Ansätze in der Policy- Forschung sehen neben rationalen Aushandlungsmechanismen individuelles und kollektives Handeln durch „das Verfolgen programmatischer Grundorientierungen, dem Rückbezug auf moralische Wertvorstellungen und der Durchsetzung normativer Zielvorstellung von einem guten Leben, einer wohlgeordneten Gesellschaft“

(Schneider/Janning 2007:92) bestimmt. In sozialwissenschaftlichen Forschungen wird deshalb weiterhin Religion als eine wichtige Determinante gesellschaftlicher Phänomene angesehen (Wagschal 1996b:38/188).

Wagschal (1996b:77) liefert für den Zusammenhang zwischen Religion und den Haushaltsdefiziten in westlichen Ländern einen Beleg. Die Korrelation zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und der Staatsverschuldung des Zentralstaates für 19 westliche Industrienationen beträgt $r = 0,67$. Größere Defizite finden sich also tatsächlich in Ländern mit hohem katholischem Bevölkerungsanteil. Die stark vereinfachte Kausalkette läuft dabei folgendermaßen: Ein hoher Anteil Katholiken repräsentiert sich in katholisch geprägten Parteien. Die Umsetzung in Macht in Form einer Regierungsbeteiligung zeitigt dann eine erhöhte Verschuldung als Ergebnis der Regierungstätigkeit (Wagschal 1996b:188ff.).

Nebenbei mag ein historischer Beleg diese Theorie aus deutscher Sicht unterstützen. Das Deutsche Reich unter der Führung des protestantisch geprägten Preußen hatte eine im internationalen Vergleich sehr niedrige Staatsverschuldung (Brandenburg-Preußen- Museum Wustrau 2007).

Die daraus abgeleitete Hypothese lautet:

Je höher der Katholikenanteil, desto höher die Verschuldung.

3.3. Politisch- institutionelle Theorien

Alle politisch- institutionellen Theorien teilen die Grundannahme, dass Parteien ökonomische Outcomes zumindest beeinflussen können. Institutionen werden hierbei definiert als politische Ideen, Ideologien oder formale Regeln bzw. Normen eines politischen Systems (Schneider/Janning 2007:15).

Die Staatstätigkeit wird als prinzipiell parteipolitisch gestaltbar angesehen. Damit steht die Theoriefamilie der politisch- institutionellen Bedingungen im Gegensatz zu der Referenztheorie des Tax- Smoothing. Die Annahme eines wohlmeinenden Regierungshegemons wird aufgegeben. Stattdessen werden die einzelnen Präferenzen von staatlichen Akteuren thematisiert, die sich nicht mit dem Gemeinwohl decken.

In Anlehnung an Wagschal (1996b:39) soll bei der Darstellung der politisch-institutionellen Theorien zwischen den Polity- Ebenen Partei und Regierung unterschieden werden. Unter der Parteebene wird die Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems dargestellt. Die Regierungsebene beinhaltet die Parteidifferenzhypothese, die Theorie der Regierungsstärke sowie die Theorie des politischen Konjunkturzyklus. Die für mein Policy- Feld als relevant identifizierten Interessensgruppen Gewerkschaften und Bürokratie werden als dritte Polity- Ebene unter dem Machtressourcenansatz subsumiert.

3.3.1. Parteebene

Die Theorie der Fragmentierung eines Parteiensystems richtet den Blick auf die im Parlament vertretenen Parteien. Erklärungskraft besitzen danach die Anzahl der Parlamentsparteien und die ideologische Differenz der im Parlament vertretenen Parteien. Die dahinterstehende Idee ist einfach: Je mehr parteipolitische Akteure in einer Volksvertretung vorhanden sind und je ideologisch unterschiedlicher positioniert diese sind, umso schwieriger wird die Entscheidungsfindung- auch in bezug auf finanzpolitische Fragen sein, da mehrere konträr verlaufende Interessen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssen. Hinzukommend verschärft sich durch eine hohe Anzahl von Landtagsparteien die Konkurrenz der Parteien um öffentliche Güter, die der jeweiligen Anhängerschaft der Parteien anschließend zur Verfügung gestellt werden. Diese Konstellation führt zu der Notwendigkeit von Paketlösungen, die die Verschuldung signifikant erhöhen (Wagschal 2003:301).

Die daraus abgeleiteten Hypothesen lauten:

Je fragmentierter das Parteiensystem, desto höher die Verschuldung.

Je polarisierter das Parteiensystem, desto höher die Verschuldung.

3.3.2. Regierungsebene

Gemäß der Parteiendifferenzhypothese ist eine maßgebliche Determinante der Variation von politischen Präferenzen (policy preference), der Politikproduktion (policy output) und den Resultaten der Staatstätigkeit (policy outcome) in demokratisch verfassten Staaten die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung.

Schmidt (1980:8ff.,1996:156) arbeitet deutlich die impliziten Annahmen der Parteiendifferenzhypothese heraus. Die zentralen Axiome sollen kurz beschrieben werden. Die grundlegende Annahme ist die Vorstellung eines politischen Marktes. Er unterscheidet sich von den ökonomisch definierten Märkten, da er auch von institutionellen und kulturellen Gegebenheiten eines Landes abhängt.

Auf diesem politischen Markt agiert eine Partei als ein Anbieter, der bei seinem Angebot zur Erlangung von Wählerstimmen die Präferenzen ihrer Kernwählerschaft berücksichtigt. Der Stimmenanteil wird benutzt um die beiden Ziele der Ämtergewinnung (office seeking) und der Umsetzung der politischen Agenda (policy seeking) zu verwirklichen. Parteien fungieren also als Transmissionsriemen zwischen den Interessen gesellschaftlicher Gruppen und dem Staat.

Christdemokratische, konservative und liberale Parteien auf der einen Seite und sozialdemokratische Parteien auf der anderen Seite werden sich der Theorie zufolge in den vier Punkten Programmatik, soziale Zusammensetzung, Verhältnis zu Kapital bzw. Arbeit und der Regierungspolitik unterscheiden.

Innerhalb der Parteiendifferenzhypothese können drei verschiedene Stränge identifiziert werden. Den ersten Strang bilden die klassischen Arbeiten von Hibbs (1977,1987). In seiner Untersuchung der Outcomes Arbeitslosenquote und Inflationsrate erklärt er die Variation mit der sogenannten partisan theory. Danach richten sich die Regierungsparteien nach den politischen Präferenzen ihrer Wählerschaft. Die Präferenzen der Wähler ergeben sich aus ihrer unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung.

Tufte (1978) entwickelt die Theorie von Hibbs weiter. Danach zeigt sich nicht in allen Politikfeldern eine parteipolitische Differenz im Handeln der Regierung. Sie ist nur dort zu erwarten, wo es kein dringendes wirtschaftliches Problem gibt, das die Parteien unabhängig von ihrer ideologischen Prägung bzw. ihrer Programmatik lösen

können. Diese Differenz wiederum hängt entscheidend von dem Grad der politischen Kontrolle über die Wirtschaft ab.

Neuere Arbeiten auf dem Gebiet der Parteiendifferenzhypothese kann man als dritten Strang der Lehre von der Parteiendifferenz ansehen. Sie thematisieren im Anschluss an Tufte weitere Rahmenbedingungen, unter denen Parteeffekte erwartbar sind. Scharpf (1988) benennt die Integration der Wirtschaft in internationale Märkte, Esping-Andersen (1990) die Machtverteilung zwischen sozialen Klassen als Faktoren. Durch diesen Ausbau der Theorie wird auf den oft genannten Vorwurf, dass der Handlungs- und Gestaltungsspielraum von Regierungsparteien überschätzt, und institutionelle politische und ökonomische Restriktionen unterschätzt werden (Schmidt 1993: 375), eingegangen.

Hicks/Swank (1992) liefern zwei Erweiterungen der Theorie. Zum einen postulieren sie sogenannte „Ansteckungseffekte“. Linke und rechte Parteien beeinflussen sich demnach in ihrer Programmatik und Politik gegenseitig. Zum anderen weisen sie auf die Bedeutung politischer Institutionen und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse in Staaten hin, und machen so die Parteiendifferenzhypothese an die sozioökonomische Schule anschlussfähig. Schmidt (2001) weist auf die Schranken des Handlungsspielraums der Regierung hin, die durch die Anzahl der Vetospieler, konkordanzdemokratische Elemente und institutionelle Beschränkungen der Mehrheitsherrschaft gebildet werden. Am meisten Spielraum und damit eine erhöhte Wahrscheinlichkeit Parteeffekte zu beobachten besteht demnach in der Manchester-Demokratie.

Innerhalb der Theorien vergleichender Staatstätigkeit ist die These der Parteiendifferenz fest etabliert und gehört zu den prominentesten Theorien um die Varianz makroökonomischer Outcomes zu erklären. Dafür sprechen wissenschaftliche Gründe und die Übereinstimmung mit Alltagsbeobachtungen. Die Theorie ist zum einen - sieht man von komplexen neueren Erweiterungen ab - im wissenschaftlichen Sinne sparsam und kann empirisch sehr leicht auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden. Zum anderen erscheint es aus der Erfahrung der politischen Realität offensichtlich, dass sich Parteien hinsichtlich ihrer Wahlprogrammatik und ihrem Regierungshandeln unterscheiden.

Zur konkreten Hypothesengenerierung soll die Erklärungskraft dieser prominenten Theorie näher beleuchtet und diese Erklärungskraft an die Situation der

Bundesländer angepasst werden. Bezogen auf makroökonomische Stellgrößen postuliert die Theorie wie oben dargelegt einen Unterschied zwischen linken und rechten Parteien. Genauer gesagt wird linken Parteien ein Fokus auf Wachstum und Arbeitslosigkeit unter Vernachlässigung der Inflation unterstellt. Rechte Parteien besitzen genau umgekehrte Präferenzen.

Im Hinblick auf die Staatsverschuldung wird deshalb allgemein angenommen, dass sich linke Regierungsparteien höher verschulden werden als rechte (Buchanan/Wagner 1977). Dieser allgemein angenommene Zusammenhang findet jedoch empirisch gesehen keine Bestätigung (Wagschal 2003). Eine mögliche Erklärung liefert Wagschals (1996a) „modifizierte Steuerglättungshypothese“. Danach stehen rechte Regierungen vor der Abwägung zwischen den widersprüchlichen Zielen der Haushaltskonsolidierung und der Senkung der Steuern. Bei diesem Zielkonflikt entscheiden sie sich für die Senkung der Steuern und nehmen somit eine höhere Verschuldung in Kauf. Linke Regierungen verschulden sich vergleichsweise zwar in höherem Umfang, sorgen aber gleichzeitig für eine Kompensation durch höhere Steuern. Die Gründe für dieses Verhalten liegen nach dieser Hypothese in der Kernwählerschaft der Parteien. Die linken Kernwähler sind einerseits relativ gesehen weniger als die rechten Kernwähler von höheren Steuern betroffen, andererseits erhöht sich für sie durch ein höheres Ausgabenniveau- mit dem Ziel der Umverteilung- ihr Nettonutzen. Für rechte Regierungen ist es außerdem in Hinblick auf eine Wiederwahl taktisch klüger, sich stärker zu verschulden. Der Effekt eines ausgeglichenen Haushaltes stellt sich erst später ein als die Erhöhung der Einkommen, die direkt auf die Popularität einer Regierung wirkt (Wagschal 1998:225). Da die deutschen Bundesländer eine sehr geringe Steuerhoheit besitzen (siehe Kapitel 2.2.1) bleibt es aber mehr als fraglich ob sich rechte Landesregierungen für geringe Steuersenkungen einsetzen oder ob ein öffentlich kommunizierter Abbau der Schuldenlast präferiert wird, der ihre Kernwählerschaft positiv anspricht.

Um die Parteiendifferenzhypothese für einen Bundesländervergleich fruchtbar zu machen, ist es sinnvoll zu überprüfen, ob sich die deutschen Parteien wie von der Theorie verlangt in den oben bereits genannten Punkten Programmatik, soziale Zusammensetzung, Verhältnis zu Kapital bzw. Arbeit und der Regierungspolitik unterscheiden. Dabei werde ich mich an der Aufstellung von Schmidt (1980:8ff.) orientieren und mich auf die beiden Volksparteien CDU und SPD konzentrieren.

Die CDU soll hierbei als Beispiel für die christdemokratisch-konservative und liberale Parteienfamilie angeführt werden, die SPD als Vertreterin sozialdemokratischer Parteien.

In der Programmatik weisen beide Parteien einen Grundkonsens auf. CDU und SPD sprechen sich für eine demokratische Gesellschaftsordnung aus. Beide Parteien bejahen eine privat organisierte Wirtschaft deren Prozesse sozialstaatlich flankiert werden sollen. Jedoch unterscheiden sich beide Volksparteien auch erheblich. Während die SPD für weitgreifendere staatliche Eingriffe in die Gesellschaft und einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat steht, ist die CDU grundsätzlich wesentlich stärker marktwirtschaftlich orientiert. Trotz der Veränderungsprozesse der letzten Jahre, man denke an die Agenda 2010, bleiben diese grundsätzlichen Unterscheide trotzdem weiter bestehen. In der Sozialstruktur unterscheiden sich beide Volksparteien trotz sich abzeichnender Änderung in immer noch erheblichem Masse. Während bei der SPD ein hoher Arbeiteranteil feststellbar ist (Heimann 1993:173), setzt sich die CDU überwiegend aus Angestellten und Beamten zusammen.

Deutlich unterscheiden sich die beiden Volksparteien in ihrem Verhältnis zu Kapital und Arbeit. Die SPD ist traditionell mit den Gewerkschaften verbunden, die CDU hält enge Verbindungen zu Arbeitgeberverbänden und Landwirten.

Im Hinblick auf die Regierungspolitik lässt sich ein deutlicher Unterschied in der Einstellung zu Staatsverschuldung konstatieren. Anhand von Elitenbefragungen weist Schmidt (1992:58) nach, dass die SPD eine sehr geringe Präferenz zum Schuldenabbau aufweist, währenddessen für die CDU die Verminderung der Staatsschulden eine hohe Priorität genießt. Dabei ist die Differenz im Vergleich zu allen anderen von Schmidt betrachteten Politikfeldern am größten. Wagschal (1998:222) kommt deshalb zum Schluss, dass linke Regierungen einen „ideologischen Motor, der sie zur Verschuldung antreibt“ besitzen.

Mit der Bestätigung der Parteiendifferenz wird gleichzeitig eine ältere politikwissenschaftliche Theorie widerlegt. Nach Kirchheimers These der „Catch- All- Parties“ (Kirchheimer 1965) wandeln sich die Parteien der meisten hochindustrialisierten Länder von Mitgliederparteien zu Allerweltparteien. Der Grund liegt nach der These in dem Verschwinden der klassischen Trennlinien Religion und Klasse bedingt durch wirtschaftlichen Aufschwung und dem Entstehen einer neuen Mittelschicht.

Die daraus abgeleitete Hypothese lautet:

Je rechter die Position der Regierung, desto niedriger die Verschuldung.

Von Roubini/Sachs (1988,1989) stammt ein Erklärungsansatz, der sich auf die Größe und Schwäche einer Regierung bezieht. Schwache Regierungen, definiert über eine hohe Anzahl von Koalitionspartner und in der parlamentarischen Minderheit, verschulden sich demnach höher als stabile Mehrheitsregierungen.

Der Grund liegt zum einen in der geringeren Handlungsfähigkeit von schwachen Regierungen, da Kompromisse geschlossen werden müssen. Zum anderen haben die Koalitionspartner unterschiedliche Präferenzen. Diese Präferenzen werden konsequent verfolgt, da die Dauer einer Koalitionsregierung typischerweise im Vergleich mit einer Mehrheitsregierung kürzer ausfällt, und somit die Kosten für die Verschuldung nicht vollständig in der Koalition internalisiert werden. Roubini und Sachs applizieren mit ihrem Ansatz die Principal- Agent- Theorie auf Regierungen. Die Aussage, dass sich mit zunehmender Heterogenität der Kollektivmitglieder und der Komplexität der Entscheidungsgegenstände die Kosten der Entscheidungsvorbereitung und –findung erhöhen, wird auf Regierungen übertragen. Eine weitere Erklärung liefert eine spieltheoretische Modellierung. Die Koalitionspartner werden Budgetkürzungen einer Fortführung großer Haushaltsdefizite vorziehen. Jeder Koalitionspartner will aber seinen Budgetanteil, also z.B. die beherrschten Ministerien, vor Kürzungen bewahren. Fehlen nun Anreize und Mechanismen, die eine kooperative Lösung dieses fundamentalen Gefangenendilemmas bewirken können, dann wird die nicht-kooperative Lösung, die darin besteht das Budget an keiner Stelle zu kürzen, realisiert.

Zwei weitere Theorien unterstützen Roubini/Sachs. Alesina/Draizen (1991) argumentieren mit ihrem „war-of-attrition“- Ansatz, dass fragmentierte Regierungen eine Konsolidierung des Haushaltes hinauszögern. Der Grund dafür ist, dass sich die Regierungsparteien nur sehr schwer über die Lastenverteilung einer Konsolidierungspolitik einigen können.

Velasco (1995) bezieht sich in seinem Modell auf die sogenannte „Tragik der Allmende“. Die getroffene Annahme ist eine Gesellschaft mit vielen Interessensgruppen. Jede Gruppe will über die Regierung Einfluss nehmen, um von

einem Budgetposten zu profitieren. Eine fragmentierte Regierung wird diese verschiedenen Einflussnahmen nur sehr schwer in ein konsistentes Ausgabenprogramm umsetzen. Jede Partei verfolgt die Präferenzen der auf sie einwirkenden Einflussgruppen. Das Resultat besteht in einem erhöhten Defizit, da jeder versucht das Allmendegut Staatshaushalt auszubeuten. Das „tragische“ in diesem Ansatz ist, dass eine Gruppe von Staatsausgaben profitiert, die Finanzierung aber von der gesamten Gesellschaft getragen wird.

Aus theoretischer Sicht lässt sich gegen diesen Ansatz argumentieren: Gerade das Fehlen einer starken Opposition oder die Dominanz einer Regierung kann zu einer hohen Verschuldung führen, da ein wichtiges Kontrollinstrument des parlamentarischen Systems nur eingeschränkt funktioniert.

Die daraus abgeleitete Hypothese lautet:

Je stärker eine Regierung, desto niedriger die Verschuldung.

Im Gegensatz zu Hibbs unterstellt die Theorie des politischen Konjunkturzyklus den Regierungen gleiche Motive unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung. Gemeinsam ist der Parteiendifferenzhypothese und der Theorie des politischen Konjunkturzyklus die Annahme eines politischen Konjunkturzyklus, der durch die Politik bestimmt wird. Die Unterscheidung ergibt sich danach, ob ideologisches oder wiederwahltaktisches Verhalten von Regierungen unterstellt wird.⁷

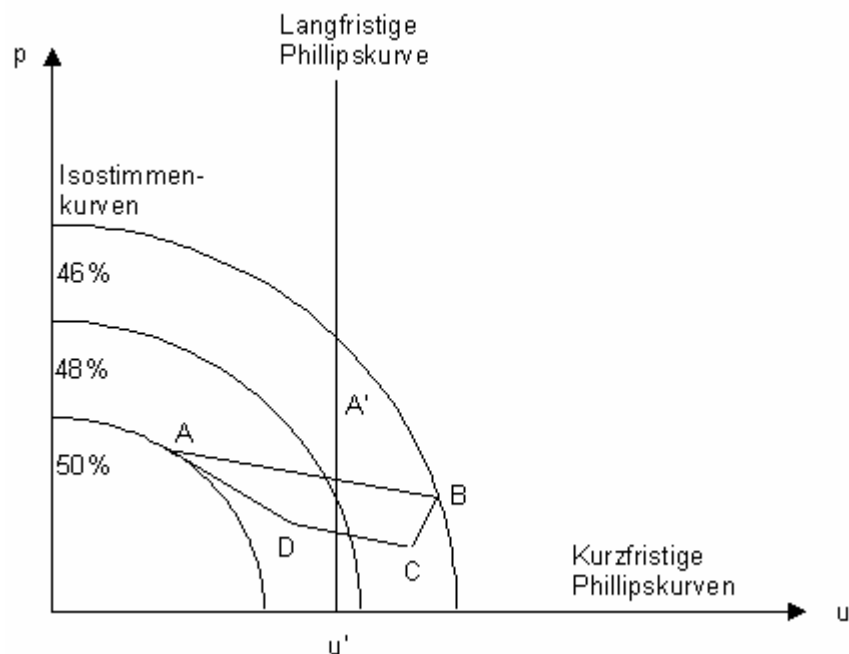
Der politische Konjunkturzyklus postuliert eine Regierung, die nur an ihrer Wiederwahl und der damit verbundenen Ämter interessiert ist (Nordhaus 1975, ähnlich Tufte 1978). Deshalb gestaltet sie durch ihre Eingriffe in den Konjunkturzyklus eine Interaktion zwischen politischen und ökonomischen Abläufen. Der Theorie unterliegen drei Annahmen:

Zum einen wird angenommen, dass sich Regierungen als Stimmenmaximierer verhalten, die nur an ihrer Wiederwahl orientiert sind. Zu diesem Zweck kann die Regierung - so die zweite Annahme - eine nichtsenkrechte Phillipskurve ausbeuten.

⁷ Eine weitere Zerteilung zwischen diesen beiden Theorien kann dahingehend getroffen werden, ob man adaptive oder rationale Erwartungen zugrunde legt. Vgl. Stadler (1997:176ff.)

Sie kann also kurzfristig den trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation ausbeuten. Graphisch dargestellt⁸:

Abbildung 8: Der politische Konjunkturzyklus



Quelle: Übernommen aus Wagschal (1996b:97).

Wobei p die Inflationsrate, u die Arbeitslosenrate und u' die natürliche Arbeitslosenrate bezeichnet. Isostimmenkurven sind definiert als Kurven gleichen Stimmenanteils, Jeder Punkt auf dieser Kurve entspricht also dem gleichen Anteil der Stimmen. 50% der Stimmen sollen dabei als Garant der Wiederwahl gelten. Die Punkte A-D seien definiert als Jahrespositionen der Regierung bei einem vierjährigen Wahlzyklus. Bei A als Ausgangspunkt erreicht die Regierung 50% und damit ihre Wiederwahl. Die Regierung muss nun im weiteren Zeitverlauf verhindern, dass sich die natürliche Arbeitslosenrate bei A' einpendelt, da bei diesem Punkt der Stimmenprozentsatz nicht für eine Wiederwahl ausreicht. Es wird also eine höhere Arbeitslosigkeit in Kauf genommen (B). Danach wird die Regierung die Inflation weiter senken (C). Im darauffolgenden dritten Jahr wird der Punkt D erreicht, der wieder nicht die Wiederwahl sichern kann. Die Inflation steigt wieder und die Arbeitslosigkeit wird weiter gesenkt. Der optimale Punkt für die Regierung liegt nun bei dem Schnittpunkt der kurzfristigen Phillipskurve mit der Isostimmenkurve bei 50%. Daraus folgt, dass im vierten Jahr und damit dem Datum der Wahl die

⁸ Die langfristige Phillipskurve wird als Senkrechte dargestellt.

Inflationsrate vergleichsweise am höchsten und die Arbeitslosigkeit am geringsten ist (Wagschal 1996b:98/99). Die Staatsverschuldung wird dabei als Instrument eingesetzt, um durch expansive Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zu senken.

Die dritte Annahme sieht den Wähler als „naiv“ an. Konkret bedeutet dies, dass er gute und schlechte Leistungen der Regierung mit der Zeit vergisst. Man spricht in diesem Fall von einer adaptiven Erwartungsbildung. Auf diesen Mangel an Rationalität weist auch die Theorie der fiskalischen Illusion hin. In Wahljahren wird die Regierung das Defizit erhöhen, da Wähler systematisch den Nutzen aus den Staatsausgaben überschätzen und die zukünftigen Steuerlasten unterschätzen (Neck 2005:107).

Die daraus abgeleitet Hypothese lautet:

Landesregierungen⁹ verschulden sich in Wahljahren höher als in Nichtwahljahren.

3.3.3. Machtressourcenansatz

Wie bei der oben vorgestellten Parteidifferenztheorie beschäftigt sich auch die Machtressourcentheorie mit unterschiedlichen Interessen und der Machtverteilung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik (Ostheim/Schmidt 2007).

Die Machtressourcentheorie begreift dabei die Staatstätigkeit und deren Ergebnisse anders als die sozio- ökonomische Schule nicht als direkte Funktion gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedürfnisse. Machtressourcenbasierte Analysen gehen davon aus, dass die Inhalte der Politik durch die wirtschaftliche und politische Machtverteilung zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder Klassen mit gegensätzlichen Interessen geprägt werden. Deshalb wird die Aufmerksamkeit vor allem auf die Organisations- und Konfliktfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen bzw. Klassen sowie die Kräfteverhältnisse zwischen ihnen gelenkt. Oder im Rahmen der Politischen Ökonomie anders formuliert: Interessengruppen versuchen durch die Ausnutzung von ungerechtfertigten Vorteilen- wie z.B. strategischen

⁹ Sofern im Weiteren von Landesregierungen die Rede ist, sind damit die Regierungen der Bundesländer unabhängig von ihrer Eigenbezeichnung (wie z.B. Senat in Hamburg, Bremen und Berlin) gemeint.

Organisationsvorteilen oder Informationsvorsprung- Einkommensströme zu generieren, die über dem Niveau bei vollständiger Konkurrenz liegen.

Ideengeschichtlich kann der Theorie der Machtressourcen eine von Karl Marx und Max Weber beeinflusste starke klassensoziologische und machttheoretische Fundierung zugeschrieben werden. Musgrave et al. (1994:155) betonen die Bedeutung dieses Ansatz, da es besonders bei Finanzentscheidungen wichtig ist, die Auswirkungen von Interessensgruppen zu berücksichtigen. Bezüglich der Verschuldung sind zwei Interessengruppen von besonderer Bedeutung: Gewerkschaften und Bürokratie (Nowotny 1979:9/ Van Velthoven et al. 1990:132).

Niskanen (1971) präsentiert im Rahmen der Neuen Politischen Ökonomie eine Theorie, die Bürokratie mit dem Ausgabenwachstum von staatlichen Haushalten kombiniert. Bürokratien werden danach als budgetmaximierende Organisationen angesehen. Der Grund für die Ausweitung des Budgets liegt in der Ausweitung ihrer Macht, des Einflusses und ihres Ansehens (Mueller 1997:433). Das Budget kann nach Niskanen relativ problemlos maximiert werden, da die Bürokratie als ein Monopolist angesehen werden kann, dessen Produktionskosten von der Legislative nicht eingeschätzt werden können. Schon die Klassiker Mill und Rousseau weisen gleichlautend darauf hin, dass eine Bürokratie nicht nur ein Instrument in der Hand der Politik darstellt sondern eigene Interessen verfolgt (Mueller 2003:359). Durch ein größeres Budget für die Bürokratie lassen sich diese Ziele erreichen.

Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt bestehen in der Notwendigkeit die Privilegien und ein wachsendes Heer an Staatsbeamten zu finanzieren, da es für Bürokraten einen direkten Zusammenhang zwischen der Zahl der bürokratisch Beschäftigten und dem Prestige bzw. der Macht gibt (Bernholz/Breyer 1994:147). Deshalb ist es plausibel anzunehmen, dass sich die Anzahl der öffentlichen Beschäftigten auf die Verschuldung auswirkt, vor allem wenn man sich den Anteil der Personalausgaben an den Länderhaushalten, wie in Kapitel 2.2.1 dargestellt, vor Augen hält.

Die von Mayntz (1997) entwickelte Typologie der Bürokratien kann die Argumentation des Einflusses der Bürokratie unterstützen. Die politische Kontrolle und Steuerung wird durch die Komplexität der zu regelnden Materien, den Umfang der Verwaltung, das Expertenwissen der Bürokraten (gleichlautend Dahl/Lindblom

1953: 234) und den politischen Wechsel an der Regierung stark erschwert, und ermöglicht es einer im Eigeninteresse handelnden Verwaltung ihre Präferenzen durchzusetzen.

Die Durchsetzung der eigenen Ziele wird zusätzlich dadurch erleichtert, dass die Verwaltung als solche selbst in dem Budgetprozess als Informationsquelle und ausführender Apparat einen großen Einflussfaktor darstellt. Zusätzliche Unterstützung dürften die bürokratischen Interessen durch die Vielzahl anderer öffentlich Beschäftigter z.B. im Bildungssektor erfahren, die ebenfalls eine Aufblähung des Budgets anstreben (Borcherding 1977). Bei gleichbleibenden Einnahmen resultiert daraus eine höhere Verschuldung.

Gewerkschaften zählen in westlichen Industrieländern zu den wichtigsten kollektiven Akteuren. Zum einen besitzen sie großen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch Tarifverhandlungen und den daraus folgenden Lohnniveaus. Zum anderen nehmen sie im politischen System Deutschlands durch Aushandlungsprozesse mit beiden großen Volksparteien ihre Interessen wahr (Dahl/Lindblom 1953: 475). Oft wird ein Zusammenhang zwischen einer linken Regierung und der Stärke bzw. dem Einfluss der Gewerkschaften angenommen. Die Einflüsse können aber auch bei rechtsorientierten Regierungen über Tauschprozesse realisiert werden. Durch einen Informationsvorsprung oder durch eine Vetoposition (z.B. über Streiks) kann auf Gesetzesprozesse Einfluss genommen werden (Lehmbruch 1985). Um die Primärziele Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Löhne (Scharpf 1987) zu erreichen, können diese beiden Mittel eingesetzt werden. Ceter paribus wird dies dann zu einer Erhöhung der Verschuldung führen. Die Möglichkeiten auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen, speist sich dabei aus mehreren Quellen (Bernholz/Breyer1994:166ff.):

Regierungen handeln immer unter einer gewissen Unsicherheit. Auswirkungen von politischen Programmen und Wähleransichten sind oftmals schwer einzuschätzen. Verbände verfügen über relevante Informationen um diese Unsicherheit zu vermindern. Dieser Informationsvorsprung kann aber auch genutzt werden, um über die Medien die Interessenvertretung wahrzunehmen. Des Weiteren können Verbände ihre Marktmacht ausnutzen. Im Falle der Gewerkschaften kann durch Streiks ein erheblicher Einfluss auf marktwirtschaftliche Märkte generiert werden, der politischen Druck erzeugt. Auch die Finanzierung von Parteien durch Verbände trägt

zur Einflussnahme bei. Verbände tauschen dabei finanzielle Ressourcen gegen eine Veränderung der Politik, die ihre Präferenzen berücksichtigt (Plümper 2003:26).

Neben dem kooperativen Akteur der Gewerkschaft ver.di, in der öffentlich Beschäftigte organisiert sind, kann der Öffentliche Dienst als kollektiver Akteur wahrgenommen werden.

Der Steuerungsmechanismus erfolgt dann nicht über die Zusammenlegung von Ressourcen, sondern über ein gemeinsames Arbeitsumfeld, indem sich ein Gruppenbewusstsein mit gemeinsamen Zielen und Werten herauskristallisiert (Tannenbaum 1951). Wie diese Ziele und Werte umgesetzt werden kann dabei durch Nullmeiers Beitrag zur Wissenspolitologie (Nullmeier 1993) erklärt werden. Die Bürokratie als Durchführungsinstrument der Politik hat eine herausgehobene Stellung im Wissensmarkt des Budgetprozess und kann somit ihre Deutungsmuster - die notwendige Erhöhung der Personalausgaben- die sich aus der gemeinsamen kollektiven sozialen Identität herausbilden, durchsetzen.

Bernholz/Breyer (1994:72) weisen darauf hin, dass nur dann von einem Einfluss von Interessensgruppen ausgegangen werden kann, wenn keine relevanten Gegenspieler in Form von anderen Interessensgruppen bestehen. Sowohl für die Bürokratie wie auch für die Gewerkschaften lässt sich argumentieren, dass beide in ihrem Kontext Teilhaber eines bilateralen Monopols sind.

Nach Niskanens Modell sieht sich die Bürokratie keinem Rivalen gegenüber, da sie mit der Regierung ein bilaterales Monopol bildet. Die Bürokratie fungiert als Anbieter staatlicher Leistungen dem ausschließlich die Regierung als Nachfrager gegenübersteht. Im Fall der Gewerkschaften lässt sich ebenfalls ein bilaterales Monopol aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei Lohnverhandlungen konstatieren, dass Einfluss auf die Politikgestaltung nimmt (Zohlnhöfer 2003).

Die daraus abgeleiteten Hypothesen lauten:

Je höher der Anteil gewerkschaftlich organisierter Beschäftigter, desto höher die Verschuldung.

Je höher der Anteil öffentlicher Beschäftigter, desto höher die Verschuldung.

3.3.4. Politik- Erbe

Die Theorie des Politikerbes greift die Erkenntnis der Geschichtswissenschaft auf, wonach die Gegenwart maßgeblich von der Vergangenheit abhängt (Ostheim/Schmidt 2007). Auf die politische Sphäre übertragen bedeutet dies, dass eine Pfadabhängigkeit in der Regierungstätigkeit besteht. Der Handlungsspielraum einer neuen Regierung wird maßgeblich von den Weichenstellungen der Vorgängerregierung bestimmt werden.

Dazu sind verschiedene Argumente vorgebracht worden. Nach Zohlnhöfer (2006) verzichten neue Regierungen auf einschneidende Änderungen, da größere Reformen wahlpolitisch riskant sind, Interessensgruppen eine bereits implementierte Politik verteidigen werden und weil die Reformfolgen meist nicht abschätzbar sind. Pierson (2000) führt ins Feld, dass ein Abweichen von einem einmal eingeschlagenen Pfad höhere Kosten verursacht als die Befolgung des vorgegebenen Pfades, der durch die Verfestigung steigende Erträge produziert. Rose/Davis (1994) sehen in der Trägheit des politischen Systems eine weitere Erklärung der relativen Unabänderlichkeit einmal eingeschlagener Wege.

Appliziert man die Theorie des Politik- Erbes auf die deutschen Bundesländer, verleiht die Diagnose der Politikverflechtung im kooperativen Föderalismus (Scharpf et al. 1976) der Argumentation weiteres Gewicht. Bedingt durch die wechselseitige Verknüpfung der staatlichen Ebenen und dem eingegengten Spielraum der Regierungsparteien durch Vetospieler und institutionelle Beschränkungen (Schmidt 2001:29ff.) wird das Verlassen des Schuldenpfades erschwert. Die folgende Hypothese steht dabei in Einklang mit der oft in ökonomischen Modellen aufgenommenen zeitlichen Endogenen.

Damit steht dieser Ansatz im Gegensatz zu der Parteiendifferenzhypothese. Entgegen dieser Hypothese wird von einer Änderung der Regierungszusammensetzung keine Änderung der verfolgten Politik prognostiziert. Allenfalls inkrementale Veränderungen sind zu erwarten.

Die daraus abgeleitete Hypothese lautet:

Je höher die Verschuldung des Vorjahres, desto höher die Verschuldung.

4. Forschungsdesign

4.1. Modell

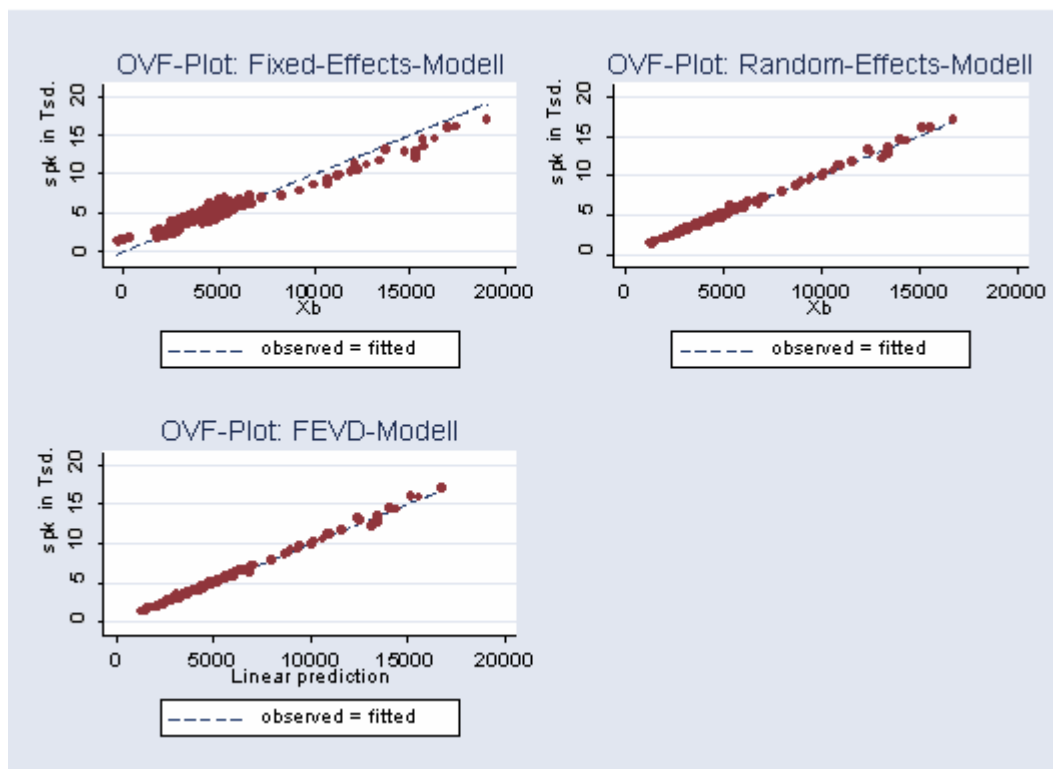
Die oben aufgestellten Hypothesen sollen nun in einem empirischen Modell auf ihre Aussagekraft in bezug auf die Variation der Verschuldung für die Untersuchungseinheit deutsche Bundesländer im Zeitraum von 1995 bis 2004 getestet werden.

Der Zeitraum der Analyse erstreckt sich über die Jahre 1995 bis 2004. 1995 liegt als Ausgangsjahr nahe, da die neuen Länder einschließlich Berlins zu diesem Datum erstmals vollständig und gleichberechtigt in einen gesamtdeutschen Länderfinanzausgleich einbezogen wurden. Im Jahr 2004 wurde eine Änderung des Länderfinanzausgleiches vorgenommen, der eine Vergleichbarkeit mit den nachfolgenden Jahren nicht zulässt. Da sich die Einheiten in einem gemeinsamen politischen System befinden und somit viele Gemeinsamkeiten aufweisen, bewegt sich die Analyse in einem „most similar systems design“ (Prezeworski/ Teune 1970), da historische, kulturelle und institutionelle Kontextfaktoren in ähnlicher Weise wirken (Vatter 1998:667). Gleichzeitig ist die Varianz auf der abhängigen Variablen Verschuldung pro Kopf wie in Kapitel 2.2.2 gezeigt hinreichend groß, um von erklärungsbedürftigen Unterschieden ausgehen zu können.

Das angewendete Verfahren stellt ein gepooltes Zeitreihen-Querschnittsdesign dar. Die Vorteile dieses Verfahrens im Vergleich zu reinen Querschnittsdesigns liegen zum einen in der Erhöhung der Untersuchungseinheiten und der Freiheitsgrade. Zum anderen kann für Zeiteffekte, die auf alle Untersuchungseinheiten gleichermaßen wirken, kontrolliert werden. Weiterhin erlaubt dieses Modell für Verzerrungen durch nicht im Modell spezifizierte Variablen zu kontrollieren (Plümper/Tröger 2006). Dies geschieht dadurch, dass für jede Untersuchungseinheit die unbeobachteten Effekte modelliert werden.

Je nachdem ob man diese Effekte als zufällig verteilt ansieht oder schätzen möchte, wird ein Random- Effects- oder Fixed- Effects- Modell geschätzt (Wooldridge 2003). Den Fixed- Effects- Modellen liegt die Annahme zugrunde, dass sich diese unbeobachteten Effekte zufällig verteilen, also nicht mit der unabhängigen Variable korreliert sind. Theoretisch wird man aber im Falle eines Bundesländervergleiches davon ausgehen, dass diese Effekte in Beziehung zu den Charakteristiken der Bundesländer stehen. Die nichtzufällige Auswahl der Fälle spricht ebenfalls für ein Fixed- Effects- Modell (Wooldridge 2003:473). Empirisch kann gezeigt werden, dass aufgrund der Datenstruktur ein Fixed- Effects- Modell angebracht ist. Die berechneten Vergleichstests (Hausman- Spezifikationstest und Breusch/Pagan-Test) legen die Verwendung eines solchen Modells nahe. Einen graphischen Hinweis auf die Überlegenheit des Fixed- Effects Modells liefert darüber hinaus ein Observed vs. Fitted- Plot, der eine verbesserte Schätzung anzeigt.

Abbildung 9: OVF- Plots der drei Modelle Fixed- Effects/ Random- Effects/ FEVD- Modell



Quelle: eigene Berechnungen

Beck (2001: 285) weist aber darauf hin, dass die Verwendung eines Fixed- Effects- Modells unter Einschluss zeitinvarianter Variablen diese kaum substantiell oder statistisch signifikant schätzen wird. Bei konstanten Variablen liegt dies daran, dass

ihr Einfluss nicht identifiziert werden kann, weil er sich nicht von den Fixed Effects unterscheiden lässt. Da wie in den meisten politikwissenschaftlichen Datensätzen auch in diesem Fall zeitinvariante Variablen vorliegen, würde eine verzerrte Schätzung erfolgen.

Plümper/ Tröger (2006) schlagen deshalb ein Drei-Stufen-Modell des Fixed- Effects-Modell vor, mithilfe dessen man eine angemessene Schätzung vornehmen kann.

In der ersten Stufe erfolgt die Schätzung der Unit- Fixed- Effects anhand des zugrundeliegenden Fixed- Effects- Modells unter Ausschluss der invarianten Variablen. Die zweite Stufe führt eine Regression der Unit- Effects auf die invarianten Variablen durch. In der dritten Stufe wird die Schätzung aus Stufe 1 durch eine gepoolte OLS- Schätzung wiederholt. Diese beinhaltet die zeitvarianten und zeitinvarianten Variablen und den unerklärten Teil des Fixed- Effects- Vektors, der die Residuen von Stufe 2 darstellt.

Die Überlegenheit des Modells bei zeitinvarianten Variablen zeigen Plümper/Tröger (2006) mittels einer Monte-Carlo- Simulation. Aufgrund der Vielzahl zeitinvarianter Variablen, und den oben angeführten theoretischen und empirischen Argumenten soll im Folgenden dieses sogenannte Fixed- Effects- Vector- Decomposition Modell Verwendung finden. Die invarianten Variablen werden dabei wie von Plümper/Tröger (2006:22) vorgeschlagen durch das Verhältnis der Variation im Querschnitt zu der Variation im Längsschnitt (b/w ratio) identifiziert. Diejenigen Variablen, die den Schwellenwert von 2.8 übersteigen werden als zeitinvariant im Modell deklariert, inklusive dem absolut zeitinvarianten Ost-West- Dummy. Um eine realitätsnahe Schätzung der invarianten Variablen zu erzielen wird auf die häufig angewendete Logarithmierung abhängiger Variablen verzichtet (z.B. die vergleichbare Studie von Freitag/Vatter 2004), da diese Transformation eine Auswirkung auf die b/w ratio zeigt. Schätzungen des Modells mit logarithmierten Werten der Variablen Steuereinnahmen pro Kopf, Seniorenquote und Transferquote pro Kopf bestätigen mit Ausnahme der Seniorenquote jedoch die stabile Richtung der Effekte des endgültig spezifizierten Modells. Weitere alternativ berechnete Modelle wie eine nach Bundesländern geclusterte Regression, ein lineares CSTS- GLS Modell mit Korrektur der Autokorrelation, sowie ein Population- Averaged Panel- Data Modell untermauern die hier berichteten Ergebnisse.

Ökonometrische Modelle logarithmieren oftmals erklärende Finanzkennzahlen, da so technisch ein Einfluss der Inflation korrigiert werden kann. Der Grund liegt darin, dass

sie sich dann nur auf die jeweilige Regressionskonstante auswirkt. Ein alternativ kalkuliertes Modell mit den logarithmierten Finanzkennzahlen untermauert ebenfalls die getroffenen Aussagen.

Im Rahmen eines gepoolten Zeitreihen-Querschnittsdesigns gilt es für zwei Fehlerquellen zu korrigieren. Die erste Quelle ist die Verletzung der Annahme, dass die Fehler unkorreliert sind, also keine Autokorrelation vorliegt. Die Verletzung dieser Bedingung wird meist im Längsschnitt auftreten. Um die Abhängigkeit der Variablenausprägung zum Zeitpunkt t von der Variablenausprägung zum Zeitpunkt $t-1$ zu korrigieren kann eine um eine Periode versetzte Variable in die Schätzung aufgenommen werden. Da jedoch dies zur Konsequenz hat, dass der Einfluss anderer Variablen verdeckt wird, wird stattdessen die Prais- Winsten- Korrektur verwendet.¹⁰ Diese besteht darin, dass von der Schätzung des Modells die durch den Autokorrelationskoeffizienten gewichteten Werte der Vorperiode subtrahiert werden. Da von dem ersten Jahr nicht subtrahiert werden kann verringert sich dadurch die Fallzahl (Kittel/Winner 2005). Die Verwendung der Korrektur wird durch das Vorliegen serieller Korrelation (identifiziert durch den Wooldridge-Test) gestützt. Die zweite Fehlerquelle liegt im Vorliegen von Heteroskedastizität. Die Schätzwerte der Regressionskoeffizienten sind dann zwar weiterhin unverzerrt, aber die Schätzwerte der Standardfehler sind verzerrt. Als weitere Folge ist das Schätzverfahren nicht mehr effizient und die verwendeten Formeln für die Standardfehler sind nicht mehr verwendbar. Deshalb wird nach der Methode der Panel Corrected Standard Errors (Beck/ Katz 1995) versucht für eine Überschätzung der Signifikanz zu korrigieren. Die gruppenweise Heteroskedastizität bei einem Fixed- Effects- Modell (identifiziert durch einen modifizierten Wald-Test) unterstützt die verwendete Korrektur. Im Anhang 2 Tabelle 8 sind die verbesserten Schätzungen dokumentiert.

Um die Robustheit der Ergebnisse einschätzen zu können wird das gleiche Modell analog zu Kittel/ Winner (2005) mittels des Jackknife- Verfahrens durch das jeweilige

¹⁰ Zwar geht der Vorjahreswert der Verschuldung pro Kopf als theoretisch abgeleitete Variable in das Modell ein. Doch aufgrund des anderen Schätzverfahrens bei FEVD im Gegensatz zum ursprünglichen Fixed- Effects- Modell stellt diese als zeitinvariant deklarierte Variable aber im technischen Sinne keine Korrektur der Autokorrelation dar. Für die Interpretation der Effekte spielt dies keine Rolle, da die Richtung und Signifikanz der Variablen- bis auf das Signifikanzniveau der Variable Steuereinnahmen pro Kopf- auch bei einer Neuschätzung des Modells ohne Prais- Winsten- Korrektur (siehe Anhang 2) gleichbleibend sind.

Entfernen eines Bundeslandes neu geschätzt. Ergänzend wird das Modell durch das Entfernen der ersten bzw. letzten drei Jahre neu geschätzt.

Bezüglich des verwendeten Datensatzes sind zwei Bemerkungen angebracht.

Um die Robustheitsanalysen durchführen zu können, werden bei einigen Variablen fehlende Werte imputiert. Dabei wird vor allem für die Variablen „Polarisation Wirtschaft- bzw. Sozialpolitik“ und „Position Regierung Wirtschaft- bzw. Sozialpolitik“ ergänzt. Die imputierten Werte sind in Anhang 1 dokumentiert. Da aufgrund der Veränderung von Regierungszusammensetzungen nicht alle fehlenden Werte geschätzt werden können, handelt es sich bei dem vorliegenden Datensatz um ein Unbalanced Panel.

Da der Datensatz selbst erstellt wurde, empfiehlt es sich die Qualität der Daten zu überprüfen. Dies wurde mittels Histogrammen und der Lagebeschreibung der Variablen durchgeführt. Die Ergebnisse sind in Anhang 2 dokumentiert und zeigen keine Auffälligkeiten, die auf manuelle Eingabefehler schließen lassen.

4.2. Grenzen des Modells

Jedes statistische Modell abstrahiert die Wirklichkeit, wird aber gleichzeitig dazu verwendet Aussagen über die Wirklichkeit zu machen. Im Folgenden werden deshalb die theoretischen Grenzen des Modells aufgezeigt.

Bezogen auf die abhängige Variable sind zwei finanzpolitische Sachverhalte zu nennen, die einen Bundesländervergleich einschränken können. Schatten- und Nebenhaushalte erfreuen sich wie in anderen Staaten auch einer großen Beliebtheit und schränken die Transparenz der Haushalte erheblich ein (Seitz et al. 2006:10). Typischerweise wird in der BRD dazu das Instrument der Sondervermögen verwendet. Diese werden durch Gesetz eingerichtet um begrenzte Funktionen der Staates bzw. des Landes wahrzunehmen. Im Rahmen dieser Untersuchung sind vor allem diejenigen Sondervermögen problematisch, die selbst Kredite aufnehmen können. Je nachdem wie „populär“ diese Flucht aus dem Budget nach Bundesland angewendet wird kann sich dadurch de facto die unabhängige Variable absolut und in Relation ändern, kann aber gleichzeitig nicht gemessen werden, „weil diese als abgesonderter Teil des Landesvermögens aus dem jeweiligen Etat ausgegliedert

sind“ (Bajohr 2006:211). Zusätzlich muss bei einer Bewertung der Finanzdaten berücksichtigt werden, dass in den Ländern in unterschiedlichem Umfang Aufgaben durch freie Träger bzw. Gemeinden wahrgenommen werden (Bundesministerium der Finanzen 2006a:23/25).

Auf Seiten der abhängigen Variablen wird in der ökonomischen Fachliteratur oftmals eine Wechselwirkung zwischen Variablen angenommen.

So sieht Grewe (1990:52) einen Zusammenhang zwischen ökonomischen Variablen und dem Haushaltsbudget respektive der Verschuldung. Fehr/Halder (2005:13/17) nehmen eine Wechselwirkung zwischen dem Anteil der Rentner und dem Wirtschaftswachstum an. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht einen Zusammenhang zwischen kreditfinanzierten öffentlichen Ausgaben und einem langsameren zukünftigen Wachstum (SBgE 2004:517/ SBgE 2006:309).

Diese Zusammenhänge sind in vergleichbaren politikwissenschaftlichen Modellen nicht modelliert worden. Aus zwei Gründen wird auch an dieser Stelle von einer Modellierung abgesehen. Zum einen aufgrund der sich teilweise widersprechenden theoretischen Annahmen, zum Beispiel über den Zusammenhang zwischen politischen und wirtschaftlichen Faktoren (Kittel 2003:394). Zum anderen liegen bei dem verwendeten Modell keine eindeutigen Variablenbeziehungen vor, die das Verwenden von Interaktionstermen rechtfertigen.

Schlussendlich können intervenierende Variablen einen Einfluss auf die Ergebnisse ausüben. Im Vergleich zu einer Analyse nationaler Einheiten dürfte dieser Effekt bei einem Vergleich subnationaler Einheiten aufgrund der größeren Homogenität und der dadurch möglichen Konstanzhaltung zahlreicher Variablen aber deutlich geringer ausfallen. Die Entdeckung tatsächlicher Gesetzmäßigkeiten wird somit erleichtert (Lijphart 1975).

Die aus dem Modell abgeleiteten Aussagen sollten nicht auf andere Zeiträume übertragen werden, da quantitative Staatstätigkeitsforschung nur kontextabhängige und stark beschränkte Gesetzaussagen zulässt (Schneider/Janning 2007:107). Ein Effekt, der in der Phase von 1995 bis 2004 festgestellt wird, kann in einer späteren bzw. früheren Phase verschwinden, da die Ergebnisse aus quantitativer Analyse häufig zu Instabilität neigen (Schmidt 1993:382/ Kittel 2003:408).

4.3. Operationalisierung der Variablen

Die zu erklärende Variable Verschuldung kann, wie in Kapitel 2.1.1 beschrieben, unterschiedlich operationalisiert werden. Der vergleichbaren Studie von Freitag/Vatter (2004) folgend wird die Operationalisierung Schuldenstand je Einwohner gewählt. Von einer Logarithmierung der abhängigen Variable wird abgesehen, da lineare Beziehungen zwischen den unabhängigen und abhängigen Variablen vorliegen (siehe Abbildung 12).

Auf die Operationalisierung der abstrakten Konstrukte Fragmentierung des Parteiensystems, Polarisierung bzw. Position der Regierung sowie Stärke der Regierung auf Seiten der abhängigen Variablen soll im Folgenden kurz eingegangen werden. Die Operationalisierungen der übrigen unabhängigen Variablen ist selbsterklärend und finden sich im Anhang 1 dokumentiert.

Die Variable „Fragmentierung des Parteiensystems“ wird durch den Index der effektiven Parteienzahl (EPZ) von Laakso/Taagepera (1979) gemessen. Die Formel lautet:

$$EPZ = \frac{1}{\sum p_i^2} ,$$

wobei p den Stimmenanteil der Partei i bezeichnet. Diese Messung ist im Rahmen der internationalen Parteienforschung zum gebräuchlichen Maß der Fraktionalisierung aufgestiegen und bietet im Vergleich zu ähnlichen Indizes eine höhere Aussagekraft, da unter anderem auf die tatsächliche Parteienzahl geschlossen werden kann (Flick 2005:41).

Bisherige Verortungen der Parteiensysteme und der Regierungsposition auf Bundesländerebene folgten stark vereinfachten Schemata. Die häufig verwendete Einteilung von Schmidt (1996) zwischen Links, Mitte/ Mitterrechts, Konservativ und Liberal vernachlässigt einerseits, dass regionale politische Kulturen und verschiedene Konkurrenzsituationen zu einer Änderung der Muster des Parteienwettbewerbs auf Länderebene führen (Wehling 2004). Andererseits wird diese einfache parteipolitische Verortung nicht der Feststellung gerecht, dass sich innerhalb des hier untersuchten Zeitraumes die Bindungskraft der Landesparteien an

die Bundespartei nachgelassen hat und vermehrt länderspezifische Problemlösungen entwickelt werden (Lehmbruch 2000/ Sturm 1999). Die Wiedervereinigung Deutschlands kann ebenfalls einen Beitrag dazu geleistet haben, indem bisherige gesellschaftliche Strukturen diversifiziert wurden, auf die Parteien mit einer stärkeren Regionalisierung reagieren (Jeffery 1999, Detterbeck/Renzsch 2003).

Die Berechnung des Polarisierungsgrades der Landtagsparteien und der Regierungspositionen erfolgt deshalb mittels des Datensatzes von Bräuninger/Debus (2007). Das angewendete Verfahren „Wordscore“ ermöglicht dabei länderspezifische Eigenheiten des Parteiensystems zu berücksichtigen. Das von Laver et al. (2003) vorgestellte inhaltsanalytische Wordscore-Verfahren basiert dabei auf der Annahme, dass Wörter in Parteiprogrammen nicht zufällig auftauchen sondern ideologische Signale senden (Pappi/Shikano 2004). Das Vorgehen wird anschaulich von Pappi/Shikano (2006) geschildert: „Um die Positionen von Parteien mit dieser Technik zu ermitteln, benötigt man außer den zu analysierenden Wahlprogrammen (*Virgintexte*) auch andere Wahlprogramme (Referenztexte), deren Positionen (Referenzpositionen) auf einer a priori angenommenen ideologischen Dimension bekannt sind. Anhand der Referenztexte und der Referenzpositionen wird zunächst allen dort verwendeten Wörtern jeweils ein Positionswert (*Wordscore*) zugeordnet. Diese Werte werden dann auf die Wörter im *Virgintext* übertragen, damit die Verteilung der Positionswerte für die einzelnen *Virgintexte* ermittelt werden kann.“

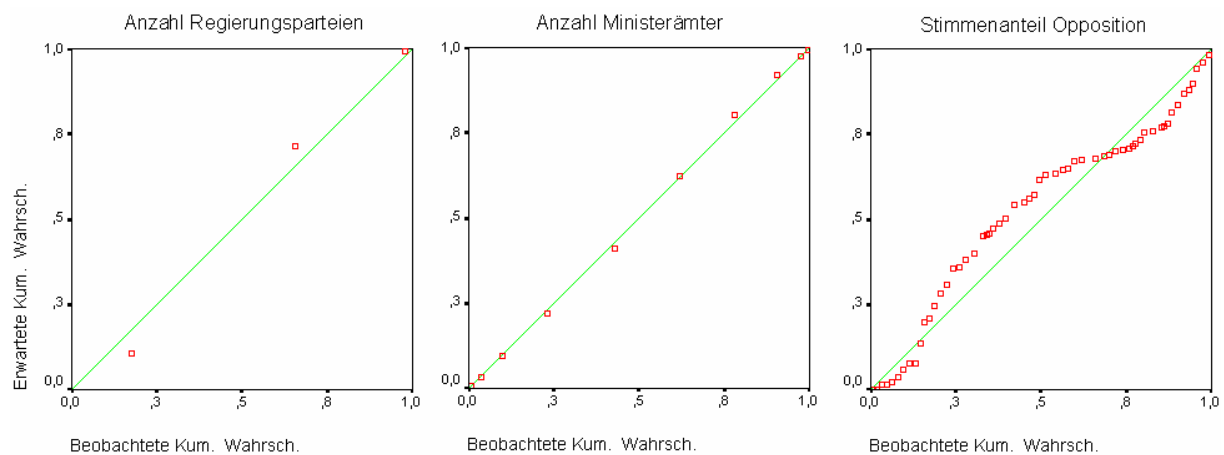
Die Position wird aus der Expertenbefragung von Benoit/Laver (2006) entnommen. Die Partei- bzw. Regierungspositionen werden auf den beiden für Deutschland maßgeblichen Dimensionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gemessen (Debus 2007). Die Darstellung der ideologischen Distanzen innerhalb eines Parteiensystems erfolgt vereinfacht durch die Subtraktion Position am weitesten links positionierte Partei - Position der am weitesten rechts positionierten Partei in diesen beiden Politikfeldern. Niedrige Werte bedeuten bei der Messung der Regierungspositionen eine linke Position, hohe Werte eine rechte Position. Zu beachten gilt, dass Sozialpolitik in diesem Zusammenhang aus Sicht der amerikanischen Politikwissenschaft zu verstehen ist. Es bezeichnet die Haltung der Parteien zu gesellschaftspolitischen Fragen wie beispielsweise Abtreibung oder Migration.

Die Stärke der Regierung wird durch einen kombinierten additiven Index, bestehend aus der Anzahl der Regierungsparteien, der Anzahl der Ministerämter und dem Stimmenanteil der Opposition gemessen (jeweils z-transformiert). Die Annahme die getroffen werden muss, ist das die Einzelindikatoren unabhängig voneinander auf die Zieldimension einwirken. Die berechneten Werte sagen folgendes aus: je höher der Indexwert, desto schwächer ist eine Regierung.

Damit richtet sich die Operationalisierung nach der Theorie von Roubini/Sachs (1988, 1989), ergänzt durch den von Wagschal (1996b:214) vorgeschlagenen Indikators Anzahl der Ministerämter. Die Aufnahme dieses Indikators soll dazu beitragen die Inhaltsvalidität zu erhöhen.

Die dafür notwendige Voraussetzung der Normalverteilung ist nach den Ergebnissen des durchgeführten Kolmogorov- Smirnov- Anpassungstests und der P-P- Plots in ausreichendem Masse gegeben. Die Bedingung der positiven Korrelationen bei den verwendeten Indikatoren ist erfüllt.

**Abbildung 10:P-P-Plots der Variablen zur Konstruktion des Indexes
Stärke der Regierung**



Quelle: Eigene Berechnungen

5. Empirische Befunde

Da ein Modell mit 20 Variablen als deutlich überspezifiziert gelten kann, und sich darüber hinaus die Ergebnisse als nicht robust erweisen, soll zweistufig vorgegangen werden, um zu einem Modell zu gelangen, dass die Variation der abhängigen Variable Schulden pro Kopf auf sparsame Weise zu erklären vermag.

Im ersten Schritt sollen die hochsignifikanten (1% Niveau) Variablen durch bivariate Korrelationen identifiziert werden. Diese sollen dann in die FEVD- Regression einfließen. Dieses zweistufige Vorgehen deckt sich mit anderen vergleichbaren Studien, und ist vor allem in Hinblick auf stabile und robuste Ergebnisse erfolgversprechend (Freitag 2006:148).

Nach diesem Kriterium reduziert sich die Anzahl der Variablen erheblich. Von den anfänglich 20 Variablen bleiben zehn Variablen übrig. Bei den ökonomischen Variablen entfällt nur die Variable Inflationsrate. Steuereinnahmen pro Kopf, Wirtschaftswachstum und Transferzahlungen pro Kopf fließen in das Modell ein. Darüber hinaus wird der interessierende Ost-West- Dummy aufgenommen.

Bei den sozio- ökonomischen Variablen erweisen sich drei von fünf als signifikant. Die Variablen Potential Workforce und Arbeitslosenquote entfallen- Seniorenquote, Urbanisierungsgrad und Katholikenanteil fließen in das Modell ein.

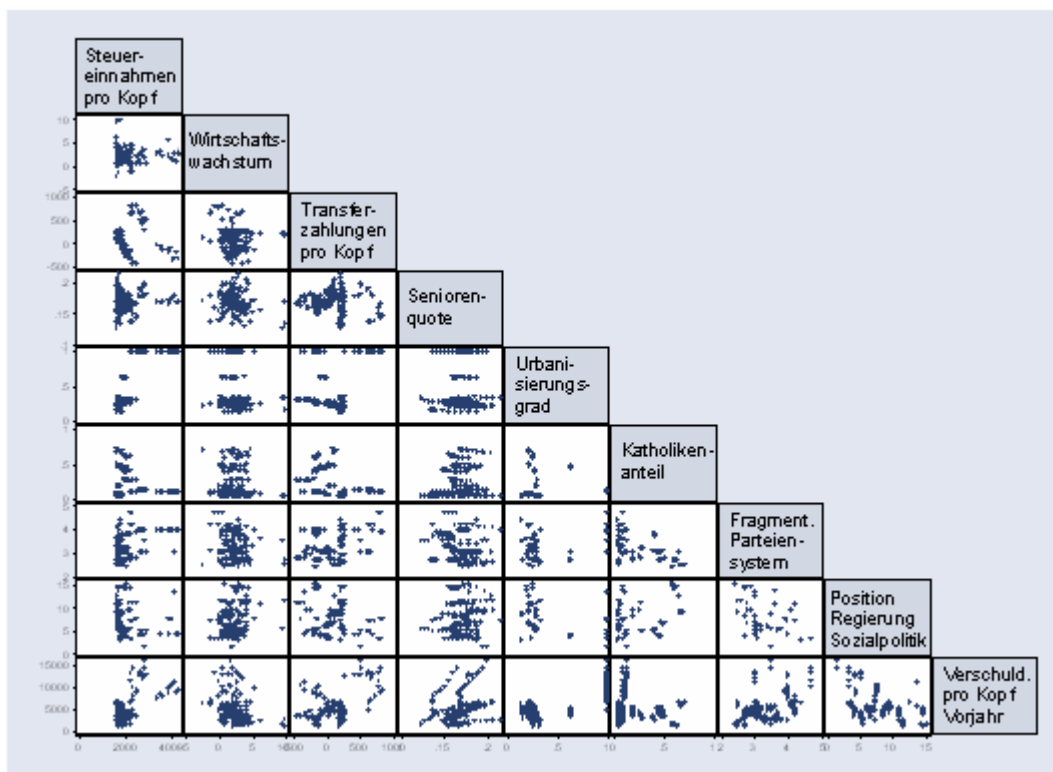
Für die politisch- institutionellen Faktoren werden nur die Variablen Fragmentierung Parteiensystem, Position der Regierung Sozialpolitik und die Verschuldung pro Kopf Vorjahr aufgenommen. Die überwiegende Zahl wird aber ausgeschlossen. Eine Polarisierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik scheint keinen Einfluss auf die Pro-Kopf- Verschuldung zu haben. Ebenso das Wahljahr, die Stärke der Regierung und die Position der Regierung im Bereich Wirtschaft. Die beiden Variablen der Machtressourcentheorie (Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer und Anteil öffentlicher Beschäftigter) entfallen ebenfalls.

Die folgende Darstellung der Befunde soll, wie von Shalev (2007) vorgeschlagen, durch graphische Verfahren und einer Faktorenanalyse begleitet werden.

Die graphische Überprüfung mittels einer Matrix der im Modell aufgenommenen Variablen (ohne Ost-West Dummy) deutet nicht auf enge Beziehungen zwischen den Variablen hin. Die berechneten Varianzinflator- Werte einer linearen Regression befinden sich ebenfalls bei einem üblich angelegten Schwellenwert von zehn im

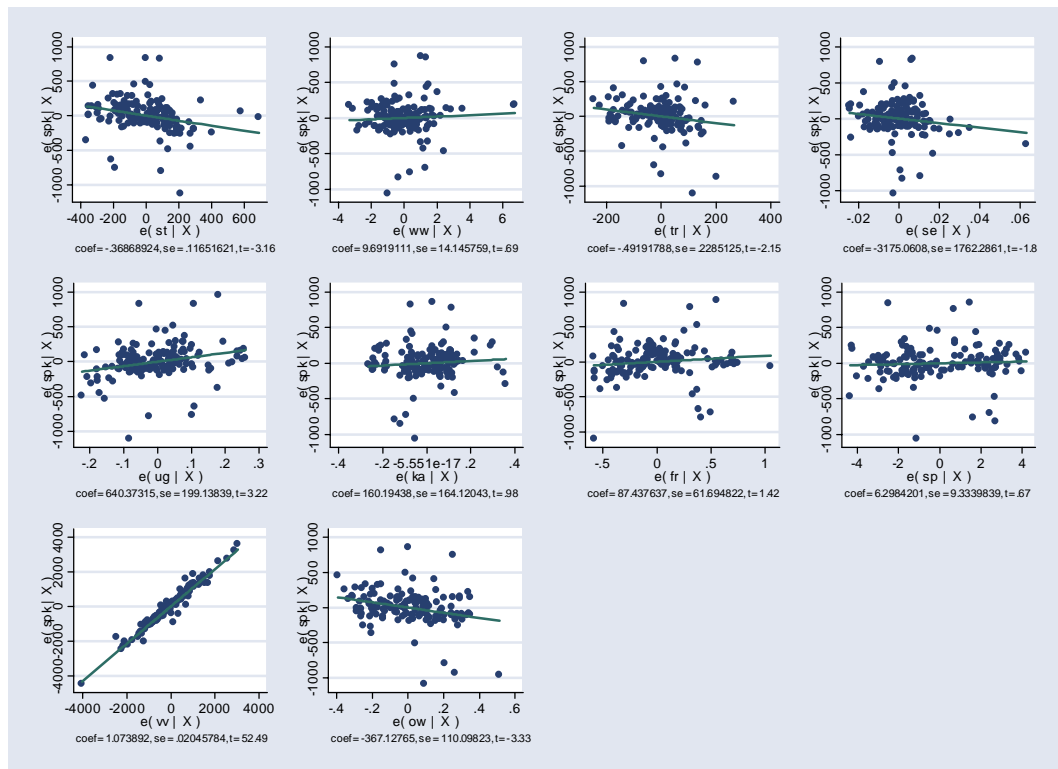
akzeptablen Bereich. Es kann demnach davon ausgegangen werden, dass keine Multikollinearität zwischen den unabhängigen Variablen vorliegt. Die berechneten partiellen Regressionsplots für eine lineare Regression zeigen darüber hinaus, dass die Annahme einer linearen Beziehung zwischen den unabhängigen und er abhängigen Variable gegeben ist. Die F-Statistik mit einem Signifikanzniveau unter 0,05 Prozent spricht ebenfalls für eine lineare Beziehung (Wagschal 1999:225). Eine Verzerrung der Koeffizienten kann somit aufgrund Multikollinearität und Nichlinearität ausgeschlossen werden.

Abbildung 11: Graphische Korrelationsmatrix der im Modell verwendeten Variablen



Quelle: eigene Berechnungen

Abbildung 12: Partielle Regressionsplots einer linearen Regression



11

Quelle: eigene Berechnungen

Eine Dimensionsreduktion ist darüber hinaus nicht möglich. Die durchgeführte Faktorenanalyse mit drei vorgegebenen Faktoren (ökonomisch/ sozio-ökonomisch/ politisch-institutionell) lässt eine Zusammenfassung nicht zu. Zum einen laden die Variablen nicht auf den vorgegebenen Faktoren, zum anderen legt ein Screeplot eher zwei Faktoren nahe.

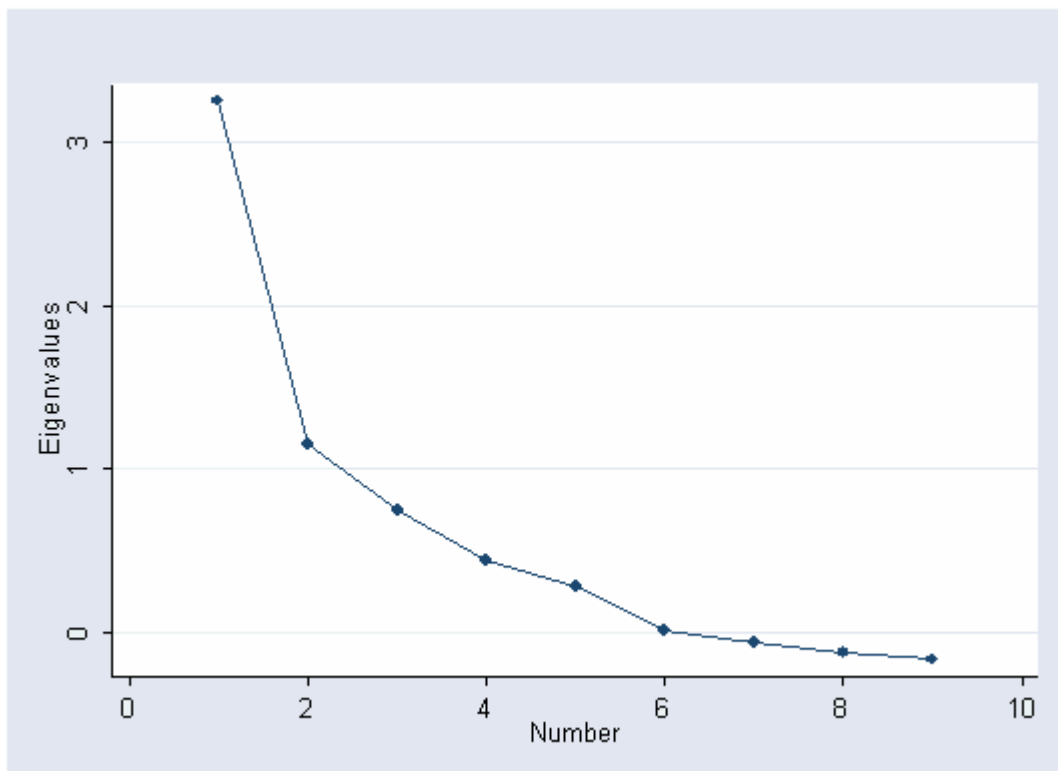
¹¹ Die Reihenfolge der Plots richtet sich nach Abbildung 11. Die Richtung der Effekte weicht im Vergleich zu dem endgültig spezifizierten Modell natürlicherweise durch die Nichtberücksichtigung der Zeit und der sechzehn Untersuchungseinheiten teilweise ab. Dies dürfte aber keinen Effekt auf die Linearität zeigen.

Tabelle 4: Faktorenanalyse (Varimax-Rotation/ drei vorgegebene Faktoren)

<i>Variable</i>	<i>Faktor (1)</i>	<i>Faktor (2)</i>	<i>Faktor (3)</i>
Steuereinnahmen pro Kopf	0.91	0.17	-0.07
Wirtschaftswachstum	-0.15	0.25	-0.08
Transferzahlungen pro Kopf	0.08	-0.89	-0.01
Seniorenquote	0.04	-0.03	0.66
Urbanisierungsgrad	0.86	-0.28	-0.10
Katholikenanteil	-0.14	0.49	0.19
Fragmentierung Parteiensystem	0.38	-0.47	-0.42
Position Regierung Sozialpolitik	-0.40	0.27	0.27
Verschuldung pro Kopf Vorjahr	0.77	-0.51	0.21

Quelle: eigene Berechnungen

Abbildung 13: Screeplot der Faktorenanalyse



Quelle: eigene Berechnungen

Tabelle 5: FEVD-Regression 1995-2004/ 1998-2004/ 1995-2001

Variable	Modell 1 1995-2004	Modell 2 1998-2004	Modell 3 1995-2001
Konstante	1707.515 (216.24)**	1189.714 (256.81)**	-420.475 (145.314)**
Eta	1.131 (0.36)***	1.040 (0.42)***	0.847 (0.29)***
Ökonomische Variablen			
Steuereinnahmen pro Kopf	-0.764 (0.69)	-0.994 (1.06)	-0.541 (0.57)
Wirtschaftswachstum	23.922 (53.83)	8.475 (44.26)	53.174 (51.48)
Transferzahlungen pro Kopf [i]	-1.384 (6288.60)	-1.636 (9924.59)	-0.729 (5321.90)
Ost-West- Dummy [i]	-819.867 (287.18)**	-595.796 (262.24)*	-654.114 (112.76)**
Sozio- ökonomische Variablen			
Seniorenquote	2057.441 (280.64)**	2059.469 (256.94)**	10707.591 (212.33)**
Urbanisierungsgrad [i]	1328.062 (42.82)**	1676.469 (32.98)**	1241.236 (28.88)**
Katholikenanteil [i]	354.795 (0.54)**	188.870 (0.50)**	186.079 (0.18)**
Politisch- institutionelle Variablen			
Fragmentierung des Parteiensystems	-151.295 (716.46)	33.553 (520.25)	43.746 (355.86)
Position Regierung Sozialpolitik	-35.256 (408.14)	-20.884 (383.49)	-41.272 (189.82)
Verschuldung pro Kopf Vorjahr [i]	1.114 (0.08)**	1.131 (0.07)**	1.008 (0.01)**
R ²	0.99	0.99	0.99
N	130	93	82
Durban-Watson	1.77	1.46	1.49

[i] = als invariant deklarierte Variablen. Aufgeführt sind die nicht standardisierten Regressionskoeffizienten. Signifikanzniveaus (zweiseitig) * = 5% ** = 1%. Standardfehler (in Klammern) sind folgendermaßen korrigiert: Heteroskedastizität: Panel Corrected Standard Errors; Autokorrelation: Prais- Winsten- Methode. Eta bezeichnet den nichtklärten Teil der unbeobachteten Effekte des Modells. Kursiv gestellte Koeffizienten weisen auf eine Richtungsänderung gegenüber dem Modell 1 hin.

Tabelle 6: FEVD-Regression Jackknife Modell 1

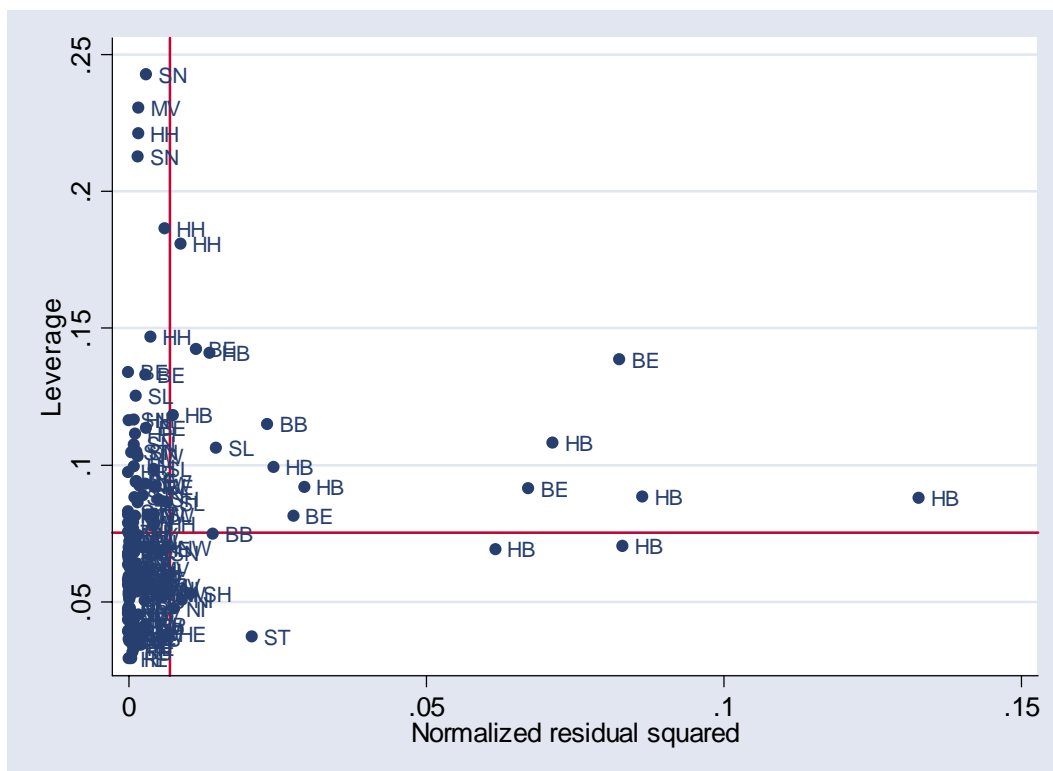
Variable	Minimum Koeffizient	Entferntes Bundesland	Modell 1 1995-2004	Maximum Koeffizient	Entferntes Bundesland
Ökonomische Variablen					
Steuereinnahmen pro Kopf	-0.815 (23.60)	BW	-0.764 (0.69)	-0.492 (0.47)	BE
Wirtschaftswachstum	-3.026 (42.99)	HB	23.922 (53.83)	30.239 (51.40)	HH
Transferzahlungen pro Kopf [i]	-1.619 (6694.69)	NI	-1.384 (6288.60)	-0.720 (5290.88)	HH
Ost-West- Dummy [i]	-995.399 (334.73)**	NI	-819.867 (287.18)**	-408.228 (210.48)	BE
Sozio- ökonomische Variablen					
Seniorenquote	-2983.652 (251.03)**	HB	2057.441 (280.64)**	7949.662 (236.85)**	BE
Urbanisierungsgrad [i]	719.591 (28.15)**	BE	1328.062 (42.82)**	1709.677 (44.97)**	NW
Katholikenanteil [i]	-173.603 (0.377)**	BE	354.795 (0.54)**	591.383 (0.55)**	NW
Politisch- institutionelle Variablen					
Fragmentierung des Parteiensystems	-195.853 (745.85)	SL	-151.295 (716.46)	-28.978 (620.04)	HB
Position Regierung Sozialpolitik	-46.291 (406.18)	BB	-35.256 (408.14)	-12.246 (286.92)	BE
Verschuldung pro Kopf Vorjahr [i]	1.064 (0.10)**	SN	1.114 (0.36)**	1.144 (0.72)**	HB

[i] = als invariant deklarierte Variablen. Aufgeführt sind die nicht standardisierten Regressionskoeffizienten.
 Signifikanzniveaus (zweiseitig) * = 5% ** = 1%. Standardfehler (in Klammern) sind folgendermaßen korrigiert:
 Heteroskedastizität: Panel Corrected Standard Errors; Autokorrelation: Prais- Winsten- Methode.
 Kursiv gestellte Koeffizienten weisen auf eine Richtungsänderung gegenüber dem Modell 1 hin.

Die durchgeführten Re-Schätzungen zeigen, dass die Richtungen der Effekte relativ stabil sind. Das Entfernen von Stadtstaaten dreht jedoch bei der Jackknife-Robustheitsanalyse die positive Richtung der ökonomischen Variablen Wirtschaftswachstum sowie der sozio- ökonomischen Variablen Seniorenquote und Katholikenanteil in eine negative. Dies könnte ein Hinweis auf die Sonderrolle der Stadtstaaten sein, vor allem da auch die meisten Minimum- bzw. Maximum-Koeffizienten durch das Entfernen eines Stadtstaates zustande kommen.

Ein L-R- Plot für das Modell einer linearen Regression scheint diese Vermutung aber nur teilweise zu bestätigen. Die Datenpunkte der hanseatischen Stadtstaaten Bremen (HB) und Hamburg (HH) sind auffällig. Hingegen handelt sich bei Berlin (BE) nicht um einen Extremfall.

Abbildung 14: L-R- Plot für lineare Regression



Quelle: Eigene Berechnungen

Die berechnete Durban- Watson- Statistik von 1.77 für das Modell 1 legt eine Abwesenheit von Autokorrelation nahe, sodass die ausgegebenen Signifikanzniveaus des endgültigen Modells als korrekt angenommen werden können (Wagschal 1996b:176/178). Bei der zeitlichen Re-Schätzung liegt der Wert zwar

etwas darunter, das Jackknife- Verfahren gibt aber durchgehend einen Wert von ca. 1.7 aus.

Die im Modell aufgenommenen ökonomischen Variablen erweisen sich zwar als relativ stabil hinsichtlich ihrer Richtung, weisen aber bis auf den Ost-West- Dummy keinen statistisch signifikanten Einfluss auf.

Die Variable Einnahmen aus Steuern senkt wie von der Theorie vorhergesagt die Bundesländerverschuldung. Die Richtungswirkung des Wirtschaftswachstums verhält sich entgegen der Annahme. Ein höheres Wachstum geht nach dem Modell zu urteilen mit einer höheren Verschuldung einher. Entfernt man aber die Untersuchungseinheit Hamburg aus der Analyse, stellt sich die theoretisch postulierte Richtung ein, dass ökonomisches Wachstum verschuldungsmidern wirkt (Wagschal 2006:75). Das Wirtschaftswachstum treibt in diesem Modell die Staatsverschuldung an. Ein Grund für die verschuldungsfördernde Wirkung des Wirtschaftswachstums kann sein, dass eine Regierung aus den daraus resultierenden steuerlichen Mehreinnahmen versucht kostenintensive Politikziele zu verwirklichen.

Ebenfalls konträr zur Theorie verhält sich das Ausmaß der Transferzahlungen an Bundesländer. Mehrzuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Ausgleichszahlungen wirken verschuldungssenkend und nicht verschuldungsfördernd.

Die Variable Inflation korreliert nicht signifikant mit der Pro-Kopf-Verschuldung. Dies kann als ein unterstützendes empirisches Indiz zu der Aussage von Wagschal (2006:75) gesehen werden, der der Inflation einen eher „moderaten Einfluss“ bescheinigt.

Der Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Bundesländer erweist sich als statistisch hoch signifikant und stabil. Die Richtung des Effekts bestätigt die Vermutung, dass sich ostdeutsche Länder stärker als westdeutsche Länder verschulden. Dies unterstreicht die deskriptive Sicht aus Kapitel 2.2.2.

Die hohe Erklärungskraft der sozio- ökonomischen Variablen überrascht nicht. Zwar findet sich in der Literatur die Aussage, dass die Aussagekraft bei Staaten sehr unterschiedlichen Entwicklungsstandes groß ist, bei Staaten mit gleichem Entwicklungsstand aber kaum erklärungskräftig ist (Schmidt 1993:372/381). Dagegen stehen aber die empirischen Befunde von Freitag/Vatter (2004), die in ihrer

Untersuchung für die Schweizer Kantone durchaus einen verschuldungsfördernden Einfluss sozio-demographischer Variablen feststellen. In dem hier verwendeten Modell weisen die Katholikenrate, die Seniorenquote und der Anteil der urbanen Bevölkerung einen statistisch hoch signifikanten positiven Einfluss auf die Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung auf. Damit wird der von Freitag/Vatter (2004) für den Urbanisierungsgrad und der Seniorenquote festgestellte Effekt auch für die deutschen Bundesländer im Zeitraum 1995-2004 bestätigt. Durch den signifikanten Einfluss dieser Variablen werden vorangegangene Studien zu Staatseinnahmen, Staatsausgaben und Staatsverschuldung erfolgreich repliziert, die ebenfalls sozio-ökonomischen Faktoren eine hohe Erklärungskraft zuschreiben (Wagschal 2006:82).

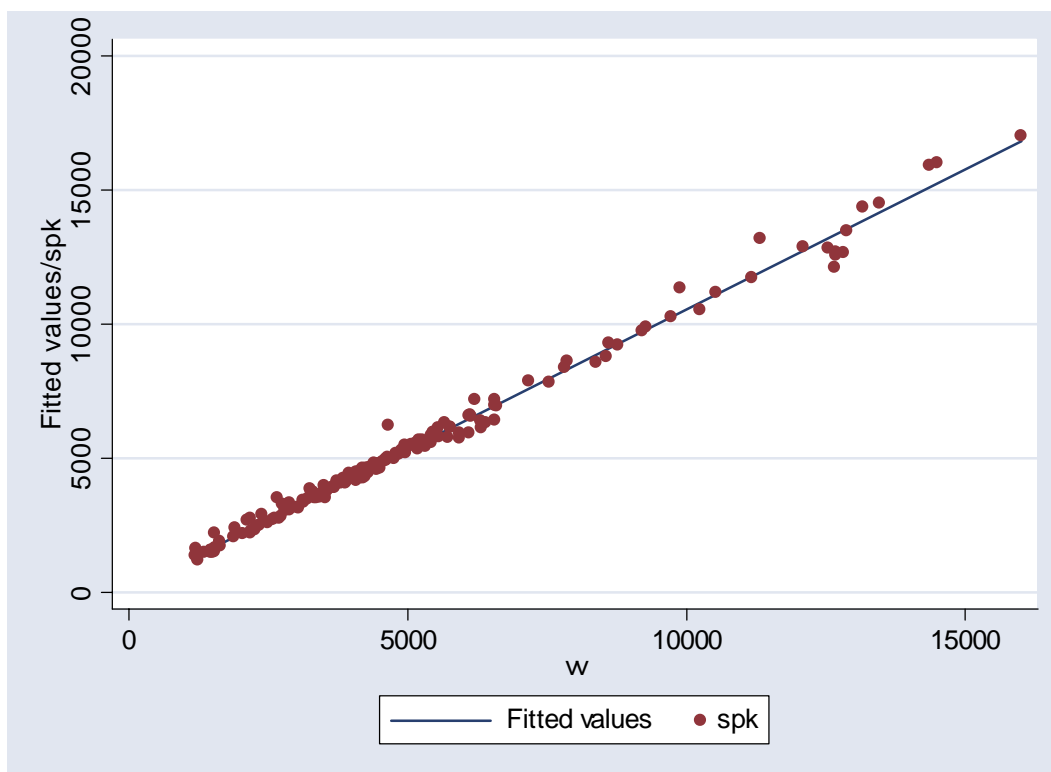
Insgesamt ist die Erklärungskraft politisch- institutioneller Variablen sehr gering. Durch die Berechnung bivariater Korrelationen entfällt der Großteil der politisch-institutionelle Variablen schon im Vorfeld. Die Polarisierung des Parteiensystem in den maßgeblichen Politikfeldern Wirtschafts- und Sozialpolitik hat keinen signifikanten Einfluss. Ein anderes Bild ergibt sich bei der Position der Regierung. Die wirtschaftspolitische Regierungshaltung entfällt durch die bivariate Analyse. Die sozialpolitische Position hingegen erweist sich in ihrem negativen Einfluss auf die Verschuldung über die Bundesländer und über die Zeit hinweg als stabil, aber als statistisch nicht signifikant. Eine sozialpolitisch rechts stehende Regierung wird demnach eher die Schulden senken als eine linksstehende Regierung. Der Grund mag darin liegen, dass eine linke soziale Regierungsposition einhergeht mit staatlich finanzierten Eingriffen in die Gesellschaftsordnung, die *ceter paribus* die Verschuldung erhöhen.

Beide Variablen des Machtressourcenansatzes werden schon im Vorfeld aus dem Modell ausgeschlossen. Die These des Einflusses organisierter Interessen von Bürokratie und Gewerkschaften wird somit abgelehnt. Angesichts der doch starken theoretischen Argumente ein überraschender Befund.

Die nichtsignifikante bivariate Korrelation des Wahltermins kann als Bestätigung der Ergebnisse von de Hahn/Dick (1993:303) und Jochimsen/Nuscheler (2005:23) gesehen werden. De Hahn/Dick finden nur eine schwache Evidenz eines politischen Zyklus auf Bundesebene, Jochimsen/Nuscheler keine Evidenz auf Länderebene im Zeitraum 1960 bis 2000.

Als einzige politisch-institutionelle Variable weist die Verschuldung des Vorjahres einen signifikanten Effekt auf. Die positive Richtung des Koeffizienten lässt auf eine Bestätigung der Politikerbe-Theorie schließen. Diese Interpretation kann aber als statistisches Artefakt aufgefasst werden, da dieser Zusammenhang in einer gewissen Weise voraussetzbar ist. Die Verschuldung wird sich nicht sprunghaft von Jahr zu Jahr verändern. Der graphische Zusammenhang verdeutlicht aber die sehr enge Beziehung. Die theoretische Herleitung und die empirische Evidenz lassen die Vermutung zu, dass es sich trotz der „Trägheit“ finanzpolitischer Kennzahlen um kein reines statistisches Artefakt handelt.

Abbildung 15: Plot Schulden pro Kopf - Verschuldung Vorjahr



Quelle: eigene Berechnungen

Die Erklärungskraft des Politikerbes stimmt sowohl mit der theoretischen Vermutung von Kittel (2003) als auch mit dem häufig von Politikern beklagten Automatismus der wachsenden Staatsschulden überein.

Bei den Ergebnissen fällt die Unrobustheit der Variable Fragmentierung des Parteiensystems auf. Als einziger Erklärungsfaktor dreht die Richtung des Effekts bei der zeitlichen Re-Schätzung. Der ansonsten zwar statistisch nichtsignifikante negative Effekt bleibt räumlich aber stabil. Der Grund hierfür kann theoretisch nicht

erklärt werden und unterstreicht die oben genannte Behauptung der Instabilität quantitativer Ergebnisse.

6. Schlussfolgerungen

Aufgrund der berichteten Ergebnisse lassen sich weiterreichende Schlussfolgerungen treffen.

Die Richtung der Effekte verhält sich außer bei zwei ökonomischen Variablen gemäss den theoretischen Annahmen. Dies spricht summa summarum für eine fundierte Theorieentwicklung, jedoch scheint sich von den hier aufgeführten Theoriesträngen vor allem die politisch- institutionelle und die ökonomische Theorie in ihrer Erklärungskraft für die subnationalen Einheiten Bundesländer als nicht erklärungskräftig herauszustellen.

Dies legt nahe, dass das Politikfeld Staatsverschuldung eine derjenigen Ausnahmen bildet, indem es nicht zutrifft, dass diese beiden Gruppen von Einflussfaktoren ausschlaggebend sind (Schmidt 1980:130). Die Nullhypothese der ökonomischen und sozio- ökonomischen Theorie, dass Politik keinen Einfluss auf die Staatstätigkeit besitzt kann aufgrund der Ergebnisse weder bestätigt noch verworfen werden. Im Vergleich zu den aufgenommenen sozio- ökonomischen Variablen ist die Aussagekraft der politischen Variablen zwar gering, dennoch zeigen sich die sozialpolitische Position und die Verschuldung des Vorjahres als stabiler Einfluss.

Geht man einen Schritt weiter, kann man im Lichte der Ergebnisse einem der Theorie sozio- ökonomischer Determination vielfach gemachten Vorwurf begegnen. Der Vorwurf des Ignorierens politischer Variablen trifft nach den Ergebnissen zumindest auf dem Feld der Bundesländerverschuldung 1995-2004 nur bedingt zu. Lediglich die politisch- institutionelle Variable Verschuldung pro Kopf Vorjahr leistet einen signifikanten Erklärungsbeitrag zur Verschuldung. Insofern könnte man vermuten, dass die Regierung als „black box“ tatsächlich in ihrer Verschuldungsneigung von Umwelteinflüssen determiniert ist. Somit könnte die strukturfunktionalistische Theorie des Staates von Parsons (1975) für die deutschen Bundesländer zutreffend sein.

Da sich der theoretisch postulierte sozio- ökonomische Druck empirisch bestätigt, können die Bundesländer also als eine Art „Selbstregelungsautomat“ betrachtet werden, der gesellschaftlich auftretende Probleme löst. Die auftretenden Probleme in diesem Fall bedingt durch ein Ansteigen der Seniorenzahl und der Verstärkung

werden durch eine stärkere Verschuldungsneigung und damit ceter paribus durch erhöhte Ausgaben beantwortet. Der Input einer katholisch geprägten Systemumwelt, die in diesem Falle eine Präferenz zur Staatsverschuldung besitzt, wird im politischen System durch den Output Erhöhung der Staatsverschuldung umgesetzt.

Die Aussagekraft der Parteiendifferenzhypothese stellt sich auf dem Politikfeld Bundesländerverschuldung als gering heraus. Damit können die früheren Befunde von Seitz (2000) und Jochimsen/Nuscheler (2005:24) für die deutschen Bundesländer im Zeitraum 1960 bis 2000, die keinen Effekt der ideologischen Zusammensetzung der Regierung auf die Verschuldung feststellen, trotz einer anderen Operationalisierung annähernd repliziert werden. Gleichzeitig liefert dieses Ergebnis einen Beleg für Wagschals Vermutung, dass die Erklärungskraft von Parteeffekten auf niedrigeren gebietskörperschaftlichen Einheiten abnimmt (Wagschal 1996a:4).

Zusammenfassend liegt die Stärke der vorliegenden Arbeit in einer stringenten Hypothesengenerierung, der Operationalisierung besonders in bezug der Parteiendifferenzhypothese und der Auswahl des empirischen Modells, dass die Datenstruktur berücksichtigt. Die Diskussion um Korrekturmechanismen und Diagnostikverfahren bei gepoolten Zeitreihen ist keinesfalls abgeschlossen. Replikationen der vorliegenden Studie sollten deshalb neuere Entwicklungen berücksichtigen und versuchen, dass an dieser Stelle teilweise eingesetzte Hilfsmittel der linearen Regression durch spezifischere Techniken zu ersetzen.

Eine Ausweitung des Untersuchungszeitraumes bietet sich an. Zum einen um die Stabilität der Ergebnisse besser einschätzen zu können, zum anderen um die Frage nach theoretisch abgeleiteten Strukturbrüchen - wie etwa die deutsche Wiedervereinigung (Jeffery 1999, Detterbeck/Renzsch 2003) - mithilfe des Chow-Tests zu beantworten.

Um die Ergebnisse in den Kontext der Frage um die Wirkung des Föderalismus auf die Verschuldung zu stellen, empfiehlt sich eine Replizierung der Studie auf andere föderale Systeme. Die hier erfolgte Einteilung der Variablen in drei Gruppen sollte dabei auch angesichts der Faktorenanalyse nochmals kritisch reflektiert werden.

Abschließend in tabellarischer Form eine Übersicht der empirischen Ergebnisse.

Tabelle 7: Übersicht empirische Ergebnisse

Variable	Erwarteter Zusammenhang	Variable fließt in das Modell 1 ein	Zusammenhang in Modell 1	Robuster Zusammenhang
Ökonomische Variablen				
Steuereinnahmen pro Kopf	-	x	-	x
Wirtschaftswachstum	-	x	+	
Inflationsrate	-			
Transferzahlungen pro Kopf	+	x	-	x
Ost- West-Dummy	-	x	-	x
Sozio- ökonomische Variablen				
Seniorenquote	+	x	+	
Potential Workforce	-			
Arbeitslosenquote	+			
Urbanisierungsgrad	+	x	+	x
Katholikenanteil	+	x	+	
Politisch- institutionelle Variablen				
Fragmentierung Parteiensystem	+	x	-	
Polarisation Wirtschaftspolitik	+			
Polarisation Sozialpolitik	+			
Position Regierung Wirtschaftspolitik	-			
Position Regierung Sozialpolitik	-	x	-	x
Stärke der Regierung	-			
Wahljahr-Dummy	+			
Anteil gewerkschaftlich org. Beschäftigter	+			
Anteil öffentlicher Beschäftigter	+			
Verschuldung pro Kopf Vorjahr	+	x	+	x

x = fließt in das Modell ein/ liegt vor.

Literaturverzeichnis**Bücher, Buch- und Zeitschriftenbeiträge**

- Alesina, Alberto und Allan Drazen, 1991: Why are Stabilizations Delayed?. *The American Economic Review* 81(5): 1170-1188.
- Alesina, Alberto und Roberto Perotti, 1995: The Political Economy of Budget Deficits. *IMF Staff Papers* 42 (1): 1–31.
- Alesina, Alberto und Guido Tabellini, 1990: A Positive Theory of Fiscal Deficits and Government Debt. *Review of Economic Studies* 57: 403-414.
- Andel, Norbert, 1986: Changing Concepts of Public Debt in the History of Economic Thought, in: Bernard P. Herber (Hg.): *Public Finance and Public Debt*. Detroit: Wayne State University Press. 1-13.
- Aristoteles, 1966: *Oeconomica*, in: William D. Ross (Hg.): *The Works of Aristotle*, Volume X. Oxford: University Press. 1343-1353.
- Bajohr, Stefan, 2006: *Grundriss staatliche Finanzpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Barro, Robert J. 1979: On the Determination of Public Debt, *Journal of Political Economy* 87. 940 - 971.
- Barth, Hans J., 1979: Potentialorientierte Verschuldung, in: Ewald Nowotny (Hg.): *Öffentliche Verschuldung*. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag. 56-65.
- Beck, Nathaniel, 2001: Time-Series-Cross-Section Data: What Have We Learned in the Past Few Years? *Annual Review of Political Science* 4: 271-293.
- Beck, Nathaniel und Jonathan N. Katz, 1995: What to do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data. *The American Political Science Review* 98 (3). 634-647
- Benoit, Kenneth und Michael Laver, 2006: *Party Policy in Modern Democracies*. London, New York: Routledge.
- Bernholz, Peter und Friedrich Breyer, 1994: *Grundlagen der Politischen Ökonomie*. Band 2: *Ökonomische Theorie der Politik*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Bohn, Henning und Robert P. Inman, 1996: Balanced-Budget Rules and Public Deficits: Evidence from the U.S. States. *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy* 45.13-76.

- Borcherding, Thomas E., 1977 (Hg.): Budgets and Bureaucrats: The Sources of Government Growth. Durham: Duke University Press.
- Bräuning, Thomas und Marc Debus, 2007: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (in Vorbereitung)
- Breyer, Friedrich, 1994: The political economy of intergenerational redistribution. *European Journal of Political Economy* 10: 61-84.
- Buchanan, James M. und Richard E. Wagner, 1977: Democracy in Deficit. The Political Legacy of Lord Keynes. New York: Academic Press.
- Castles, Francis G., 1998: Comparative Public Policy. Patterns of Post-war Transformation. Cheltenham: Edward Elgar.
- Cicero, 1956: Über den Staat. Stuttgart: Reclam.
- Coate, Stephen, 1995: Altruism, the Samaritan's Dilemma, and Government Transfer Policy. *American Economic Review* 85 (1): 46-57.
- Dahl, Robert A. und Charles E. Lindblom, 1953: Politics, Economics and Welfare. Chicago: The University of Chicago Press.
- Debus, Marc, 2007: Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern zwischen 1994 und 2006, in: Uwe Jun, Oskar Niedermayer und Melanie Haas (Hg.): Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (in Vorbereitung)
- De Hahn, Jakob und Dick Zelhorst, 1993: Positive theories of public debt: some evidence for Germany, in: Harrie A.A. Verbon, und Frans A.A.M. Van Winden: The Political Economy of Public Debt. Amsterdam: North Holland. 295-307.
- Detterbeck, Klaus und Wolfgang Renzsch, 2003: Multi-level electoral competition: The German case. *European Urban and Regional Studies* 10 (3): 257-269.
- Deutscher Bundestag (Hg.): Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Domar, Evsey D., 1944: The "Burden of the Debt" and the National Income. *American Economic Review* 34: 798-825.
- Emmy Noether Junior Research Group "Comparative Legislation", 2007: Datensatz zu politischen, ökonomischen und sozialen Variablen der deutschen Bundesländer. Universität Konstanz. (zur Verfügung gestellt von Marc Debus)
- Ernst- Pörksen, Michael, 1983: Staatsschuldentheorien. Berlin: Verlag Michael Ernst-Pörksen.

- Esping- Andersen, Gøsta, 1990: *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fehr, Hans und Gitte Halder, 2005: *Alternde Bevölkerung und intergenerative Wohlfahrt*, in: Bernd Genser (Hg.): *Haushaltspolitik und öffentliche Verschuldung*. Schriften des Vereins für Socialpolitik 307. Berlin: Duncker & Humblot, 11-53.
- Fester, Thomas und Helmut Seitz, 2005: *Öffentliche Infrastruktur und kommunale Finanzen*. ifo Dresden berichtet 2.
- Flick, Martina, 2005: *Fragmentierung in den deutschen Bundesländern*. Diplomarbeit: Universität Konstanz.
- Forschungsprojekt „Demokratiemuster in den deutschen Bundesländern und ihre politischen, gesellschaftlichen und sozioökonomischen Auswirkungen“, 2007: *Datensatz zur Urbanisierung der deutschen Bundesländer*.
- Franzese, Robert J. Jr., 2002: *Macroeconomic Policies of Developed Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Freitag, Markus, 2006: *Bowling the state back in: Political institutions and the creation of social capital*. *European Journal of Political Research* 45: 123–152.
- Freitag, Markus und Adrian Vatter, 2004: *Föderalismus und staatliche Verschuldung. Ein makro-quantitativer Vergleich*. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (2): 175–190.
- Frey, Rene, 1990: *Städtewachstum – Städtewandel*. Basel und Frankfurt a.M.: Helbing&Lichtenhahn.
- Gantner, Manfred, 1979: *Formen und Entwicklung der öffentlichen Verschuldung*, in: Ewald Nowotny (Hg.): *Öffentliche Verschuldung*. Stuttgart/New York: Gustav Fischer Verlag.
- Grewe, Oliver, 1990: *Probleme der Abgrenzung unterschiedlicher staatlicher Defizitarten*. Reihe Wirtschaftswissenschaften Universität Freiburg i. Br. Band 64. Pfaffenweiler: Centaurus Verlagsgesellschaft.
- Heimann, Siegfried, 1993: *Die Sozialdemokratie: Forschungsstand und offene Fragen*, in: Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag. 147-187.

- Henke, Klaus-Dirk, 1979: Kreditaufnahme und Besteuerung als Alternativen der Infrastrukturfinanzierung, in: Ewald Nowotny (Hg.): Öffentliche Verschuldung. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag. 125-138.
- Hering, Achim, 1998: Die Kreditfinanzierung des Bundes über Nebenhaushalte. Frankfurt a.M.: Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Hibbs, Douglas, 1977: Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review* 71: 1467-1487.
- Hibbs, Douglas, 1987: *The American Political Economy: Electoral Policy and Macroeconomics in Contemporary America*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Hicks, Alexander M. und Duane H. Swank, 1992: Politics, Institutions and Welfare Spending in Industrialized Democracies 1960-1982. *American Political Science Review* 86: 658-674.
- Hines, James R. und Richard H. Thaler, 1995: Anomalies: The Flypaper Effect. *Journal of Economic Perspectives* 9: 217-226.
- Jeffery, Charlie, 1999: From Cooperative Federalism to a "Sinatra Doctrine" of the Länder?, in: Charlie Jeffery (Hg.): *Recasting German Federalism. The Legacies of the Unification*. London: Pinter. 329-342.
- Jochimsen, Beate und Robert Nuscheler, 2005: *The Political Economy of the German Länder Deficits*. Diskussionspapier des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin.
- Kittel, Bernhard und Hannes Winner, 2005: How reliable is pooled analysis in political economy? The globalization - welfare state nexus revisited. *European Journal of Political Research* 44: 269-93.
- Kittel, Bernhard, 2003: Perspektiven und Potentiale der vergleichenden Politischen Ökonomie, in: Herbert Obinger, Uwe Wagschal und Bernhard Kittel (Hg.): *Politische Ökonomie*. Opladen: Leske & Buderich. 385-414.
- Kirchheimer, Otto, 1965: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. *Politische Vierteljahresschrift* 6 (1): 120-41.
- Kyrer, Alfred, 2005: *Neue Politische Ökonomie*. München: Oldenbourg.
- Laakso, Marku und Rein Taagepera, 1979: „Effective“ Number of Parties: A Measure with Application to West Europe. *Comparative Political Studies* 12: 3-27.

- Laver, Michael, Kenneth Benoit und John Garry, 2003: Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data. *American Political Science Review* 97: 311-331.
- Lehmbruch, Gerhard, 2000: Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. 3. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lehmbruch, Gerhard, 1985: Sozialpartnerschaft in der vergleichenden Politikforschung. *Journal für Sozialforschung* 25: 285-303.
- Lijphart, Arend, 1975: The comparable-cases strategy in comparative research. *Comparative Political Studies* 8: 222-229.
- Lingelbach, Gerhard, 2000 (Hg.), : Staatsfinanzen- Staatsverschuldung- Staatsbankrotte in der europäischen Staaten- und Rechtsgeschichte. Köln: Böhlau Verlag.
- Lucas, Robert E. und Nancy L.. Stockey, 1983: Optimal Fiscal and Monetary Policy in an Economy without Capital. *Journal of Monetary Economics* 12: 55-93.
- Mayntz, Renate, 1997: Soziologie der öffentlichen Verwaltung. 4. Auflage. Heidelberg: C. F. Müller.
- Mueller, Dennis C., 2003: *Public Choice III*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mueller, Dennis C., 1997 (Hg.): *Perspectives on Public Choice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Musgrave, Richard A., Musgrave, Peggy B. und Lore Kullmer, 1994: *Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis*. 1 Band. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Musgrave, Richard A., 1959: *The Theory of Public Finance*. New York: McGraw-Hill.
- Neck, Reinhard, 2005: Staatsverschuldung aus politisch-ökonomischer Sicht, in: Bernd Genser (Hg.): *Haushaltspolitik und öffentliche Verschuldung*. Schriften des Vereins für Socialpolitik 307. Berlin: Duncker & Humblot. 95-131.
- Niskanen, William A., 1971: *Bureaucracy and Representative Government*. Chicago: Aldine-Atherton.
- Nordhaus, William D., 1975: The Political Business Cycle: *Review of Economic Studies* 42: 169-190.
- Nowotny, Ewald, 1979: Zur politischen Ökonomie der öffentlichen Verschuldung - eine Einführung, in: Ewald Nowotny (Hg.): *Öffentliche Verschuldung*. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag. 1-27.

- Nullmeier, Frank, 1993: Wissen und Policy- Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell, in: Adrienne Heritier (Hg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. PVS- Sonderheft 34 (24): 175-196.
- Pappi, Franz U. und Susumu Shikano, 2004: Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002. MZES Working Papers Nr. 76. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Parsons, Talcott, 1975: Gesellschaften. Evolutionäre und komparative Perspektiven. Frankfurt: Suhrkamp.
- Perschau, Oliver D., 1999: Positive Theorien der öffentlichen Verschuldung unter rationalen Erwartungen. Berlin: Duncker & Humblot.
- Pierson, Paul, 2000: Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. *American Political Science Review* 94: 251-267.
- Plümper, Thomas und Vera Tröger, 2006: Efficient Estimation of Time-Invariant and Rarely Changing Variables in Finite Sample Panel Analyses with Unit Fixed Effects. Arbeitspapier. University of Essex.
- Plümper, Thomas, 2003: Die positive Politische Ökonomie demokratisch verfasster Staaten, in: Herbert Obinger, Uwe Wagschal und Bernhard Kittel (Hg.): Politische Ökonomie. Opladen: Leske & Buderich. 9-45.
- Przeworski, Adam und Henry Teune, 1970: *The Logic of Comparative Social Inquiry*. New York: Wiley Interscience.
- Rose, Richard und Phillip L. Davies, 1994: *Inheritance in Public Policy - Change Without Choice in Britain*. New Haven: Yale University Press.
- Roubini, Nouriel und Jeffrey Sachs, 1988: Political and Economic Determinants of Budget Deficits in the Industrial Democracies. Cambridge Mass: NBER Working Paper No. 2682.
- Roubini, Nouriel und Jeffrey Sachs, 1989: Government Spending and Budget Deficits in the Industrial Countries. *Economic Policy* 8: 100-132.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, 2002: Jahresgutachten 2001/ 2002. Bundestagsdrucksache 14/7569.
- Scharpf, Fritz W., 1988: *Crisis and choice in European social democracy*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Scharpf, Fritz W., 1987: *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt a.M.: Campus.

- Scharpf, Fritz W., Reissert, Bernd und Fritz Schnabel, 1976: Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. Kronberg, Taunus: Athenäum.
- Schlesinger, Helmut, Manfred Weber und Gerhard Ziebarth, 1993: Staatsverschuldung - ohne Ende? Zur Rationalität und Problematik des öffentlichen Kredits. Darmstadt
- Schmid, Josef, und Susanne Blancke, 2001: Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer. Berlin: edition sigma.
- Schmidt, Manfred G., 2001: Parteien und Staatstätigkeit. ZeS- Arbeitspapier 2/ 2001. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.
- Schmidt, Manfred G., 1996: When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy. European Journal of Political Research 30: 155-183.
- Schmidt, Manfred G., 1993: Theorien der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, in: Adrienne Heritier (Hg.): Policy - Analyse. Kritik und Neuorientierung. PVS- Sonderheft 34 (24). Opladen: Westdeutscher Verlag. 371-393.
- Schmidt, Manfred G., 1992: Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske & Budrich.
- Schmidt Manfred G., 1988: Einführung, in: Manfred G. Schmidt (Hg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen. PVS- Sonderheft 19. Opladen: Westdeutscher Vergleich, 1-35.
- Schmidt, Manfred G., 1980: CDU und SPD an der Regierung: Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern. Frankfurt a. M.: Campus - Verlag.
- Schneider, Volker und Frank Janning, 2007: Politikfeldanalyse. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schnell, Rainer, 1994: Graphisch gestützte Datenanalyse. München: Oldenbourg.
- Schniewind, Aline, 2005: Die öffentlichen Bildungsausgaben der Bundesländer im Vergleich. Eine Analyse verschiedener Erklärungsansätze. Diplomarbeit: Universität Konstanz.
- Seidel, Bernhard und Dieter Vesper, 2000: Anlagevermögen der ostdeutschen Länder und Gemeinden - noch erheblicher Nachholbedarf. DIW Wochenbericht 24.

- Seitz, Helmut, 2000: Fiscal Policy, Deficits and Politics of Subnational Governments: The Case of the German Laender. *Public Choice* 102 (3): 183-218.
- Shalev, Michael, 2007: Limits and alternatives to multiple regression in comparative research. *Comparative Social Research* 24: 259–308.
- Shughart, William F. und Robert D. Tollison, 1987: The Vote Motive and the Debt: A Contingent Liability Approach, in: James M. Buchanan, Charles K. Rowley und Robert D. Tollison (Hg.): *Deficits*. Oxford: Basil Blackwell. 218-235.
- Smith, Adam, 1993: *Der Wohlstand der Nationen*. München: dtv.
- Smolny, Werner, 2003: Produktivitätsanpassung in Ostdeutschland. Bestandsaufnahme und Ansatzpunkte einer Erklärung. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 223 (2): 239-254.
- Stadler, Inge, 1997: *Staatsverschuldung in der Demokratie. Eine polit-ökonomische Analyse*. Frankfurt a.M.: Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Sturm, Roland, 1999: *Die Industriepolitik der Bundesländer und die europäische Integration. Unternehmen und Verwaltungen im erweiterten Binnenmarkt*. Baden-Baden: Nomos.
- Sturm, Roland, 1993: *Staatsverschuldung. Ursachen, Wirkungen und Grenzen staatlicher Verschuldungspolitik*. Opladen: Leske & Buderich.
- Tannenbaum, Frank, 1951: *A Philosophy of Labor*. New York: Alfred A. Knopf.
- Tufte, Edward R., 1978: *The political control of the economy*. Princeton: Princeton University Press.
- Van Velthoven, Ben, Harrie Verbon und Frans van Winden, 1993: The Political Economy of Government Debt: A Survey, in: Harrie Verbon, und Frans van Winden (Hg.): *The Political Economy of Government Debt*. Amsterdam: Elsevier. 3-37.
- Van Velthoven, Ben und Frans van Winden, 1990: A Behavioural Model of Government Budget Deficits. *Public Finance* 45: 128-161.
- Vatter, Adrian, 1998: Politische Fragmentierung in den Schweizer Kantonen. Folge sozialer Heterogenität oder institutioneller Hürden? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 666-684.
- Velasco, A. (1995). *The Common Property Approach to Fiscal Policy*. New York: New York University Press.

- Wagschal, Uwe, 2006: Entwicklung, Determinanten und Vergleich der Staatsfinanzen, in: Manfred G. Schmidt und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. 57-87.
- Wagschal, Uwe, 2003: Wer ist schuld an den Schulden?, in: Herbert Obinger, Uwe Wagschal, und Bernhard Kittel (Hg.): Politische Ökonomie. Opladen: Leske & Buderich. 289-320.
- Wagschal, Uwe, 1999: Statistik für Politikwissenschaftler. München: Oldenbourg.
- Wagschal, Uwe, 1998: Politische und Institutionelle Determinanten der Staatsverschuldung. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 47: 220-243.
- Wagschal, Uwe, 1996a: Der Einfluss von Parteien und Wahlen auf die Staatsverschuldung. Swiss Political Science Review 2(4): 1-27.
- Wagschal, Uwe, 1996b: Staatsverschuldung. Ursachen im internationalen Vergleich. Opladen: Leske & Buderich.
- Wehling, Hans-Georg, 2004: Politische Kultur, in: Michael Eilfort (Hg.): Parteien in Baden- Württemberg. Stuttgart: Kohlhammer. 201-218.
- Wellisch, Dietmar, 2000: Finanzwissenschaft III – Staatsverschuldung. München: Franz Vahlen.
- Wooldridge, Jeffrey M., 2003: Introductory Econometrics: A modern approach. 2. Auflage. Mason: Thomson South Western.
- Zohlnhöfer, Reimut 2003: Der Einfluss von Parteien und Institutionen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Herbert Obinger, Uwe Wagschal und Bernhard Kittel (Hg.): Politische Ökonomie. Opladen: Leske & Buderich. 47-80.

Elektronische Ressourcen

- Brandenburg-Preußen- Museum Wustrau, 2007: mit Preußen gegen die Arbeitslosigkeit.
<http://www.brandenburg-preussen-museum.de/index.php?page_id=60&PHPSESSID=c06b03e297cae77c997fba55>, am 16.03.2007
- Bundesministerium der Finanzen, 2006a: Verschuldung der Länder 1970 bis 2005.
<http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_de/DE/Service/Downloads/Abt_V/Verschuldung_20und_20Nettokreditaufnahme_20der_20L_C3_A4nder_20seit_201970,templateld=raw,property=publicationFile.pdf>, am 09.03.2007

- Bundesministerium der Finanzen, 2006b: Bund- Länder- Finanzbeziehungen auf der Grundlage der geltenden Finanzverfassungsordnung.
<http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_de/DE/Service/Broschueren__Bestellservice/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/40148,templateId=raw,property=publicationFile.pdf>, am 02.02.2007
- Bundesministerium der Finanzen, 2007: Daten zur horizontalen Umsatzsteuer- verteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen von 1995 bis 2006.
<http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_DE/DE/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Foederale__Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/LFA_20ab_201995,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/LFA%20ab%201995>, am 02.02. 2007
- Deutsche Bundesbank, 2007: Monatsbericht 02/2007.
<http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2007/200702mb_bbk.pdf>, am 02.02.2007
- Ostheim, Tobias und Manfred G. Schmidt, 2007: Theorien Wohlfahrtsstaatlicher Politik: Die Lehre vom Politik-Erbe in: Schmidt, Manfred G., Siegel, Nico A. und Ostheim, Tobias (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Politik: Theorien und Methoden.
<http://www.politikon.org/inhalt/le1/off_course18st475.htm>, am 21.03.2007
- Pappi, Franz U. und Susumu Shikano, 2006: Wahl- und Wählerforschung. Theorien und Forschungsstand. (unveröffentlichtes Manuskript).
<<http://www.sowi.uni-mannheim.de/lehrstuehle/lspol1/>>, am 25.01.2007.
- Rodden, Jonathan, 2005: Achieving Fiscal Discipline in Federations: Germany and the EMU.
<<http://web.mit.edu/jrodde/www/materials/brussels.rodde.final.01.20.05.pdf>>, am 25.01.2007.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2007: Staatsverschuldung wirksam begrenzen. Download der Tabellen im Anhang.
<<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>>, am 13.04.2007.

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2006: Auszug aus dem Jahresgutachten 2006/07 - Artikel 115 GG schärfen und ergänzen.
<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/ziffer/z390_408j06.pdf>, am 06.03.2007.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2004: Jahresgutachten 2004/05 - Erfolge im Ausland - Herausforderungen im Inland. Kapitel 5.
<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/gutachten/04_v.pdf>, am 06.03.2007.
- Seitz, Helmut und Gerhard Kempkes, 2005: Fiscal Federalism and Demography.
<<http://rcswww.urz.tu-dresden.de/~wpeconom/seiten/pdf/2005/DDPE200510.pdf>>, 30.01.2007.
- Seitz, Helmut, Ole Wintermann und Thieß Petersen, 2006: Haushaltspolitische Lage und Perspektive des Landes Schleswig-Holstein
<[http://www.tudresden.de/wwwlemp/inhaber/publications/SeitzEtAl\(2006\)_StudieLandesHHVonSH.pdf](http://www.tudresden.de/wwwlemp/inhaber/publications/SeitzEtAl(2006)_StudieLandesHHVonSH.pdf)>, am 21.03.2007.
<<http://www.politikon.org/inhalt/le1/summary.htm>>, am 20.03.2007
- Statistische Ämter der Länder, 2005: Erwerbstätigenrechnung. Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991-2005.
<<http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/publ.asp#Erwerbstätigenrechnung>>, am 30.01.2007
- Statistisches Bundesamt, 2007: Genesis -Tabelle 12411-0011.
Zugang über: <<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>>
Per E-Mail nach telefonischer Anfrage zur Verfügung gestellt.
- Statistisches Bundesamt, 2006: Preise. Verbraucherpreisindizes für Deutschland. Revisionsbericht.
<<https://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,Warenkorb.csp>>,am 14.03.2007.
- Zohlnhöfer, Reimut, 2006 : Stand und Perspektiven der vergleichenden Staats-tätigkeitsforschung
<<http://www.dvpw.de/dummy/fileadmin/docs/2006xZohln.pdf>>, am 30.01.2070.

Anhang 1: Variablen, Operationalisierungen und Datenquellen

Tabelle 8: Variablen und Operationalisierungen

<i>Variable</i>	<i>Variablen- name im Datensatz</i>	<i>Operationalisierung</i>	<i>Erwarteter Zusammenhang</i>
Schulden pro Kopf	spk	Quotient Schuldenstand/ Einwohnerzahl	-
Steuereinnahmen pro Kopf	st	Steuereinnahmen eines Bundeslandes pro Kopf	Je höher die Steuereinnahmen, desto geringer die Staatsverschuldung
Wirtschaftswachstum	ww	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. Prozentuale Veränderung gegenüber Vorjahr	Je höher das Wirtschaftswachstum, desto geringer die Verschuldung.
Inflation	inf	Verbraucherpreisindizes der Bundesländer	Je höher die Inflationsrate, desto geringer die Verschuldung.
Transferquote	tr	Transferzahlungen (Länderfinanzausgleich + Bundesergänzungszuweisungen) in Euro pro Kopf	Je höher die Transferzahlungen, desto höher die Verschuldung
Ost-West- Dummy	ow	Dummy-Variable	Ostdeutsche Bundesländer verschulden sich höher als westdeutsche Bundesländer.
Seniorenquote	se	Prozentualer Anteil der über 65-jährigen an der Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes	Je höher die Seniorenquote, desto höher die Verschuldung.
Potential Labour Force	pl	Prozentualer Anteil der 15-64 jährigen an der Bevölkerung	Je höher die Potential Workforce, desto geringer die Verschuldung.
Anteil Arbeitslose	al	Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an allen abhängigen zivilen Erwerbspersonen	Je höher der Anteil der Arbeitslosen, desto höher die Verschuldung.
Urbanisierungsgrad	ug	Prozentualer Anteil der Bevölkerung, der in Städten mit mindestens 50.000 Einwohnern lebt	Je höher der Urbanisierungsgrad, desto höher die Verschuldung.
Katholikenanteil	ka	Prozentualer Anteil der Bevölkerung katholischen Glaubens	Je höher der Katholikenanteil, desto höher die Verschuldung.
Fragmentierung des Parteiensystems	fr	Index der effektiven Parteienszahl von Laakso/Taagepera (1979)	Je fragmentierter das Parteiensystem, desto höher die Verschuldung.

Polarisierung des Parteiensystems	pw ps	Position der am linkensten positionierten Partei - Position der am rechtensten positionierten Partei in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik	Je polarisierter das Parteiensystem, desto höher die Verschuldung.
Position der Regierung	wp sp	Position der Regierung in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik	Je rechter die Position der Regierung, desto niedriger die Verschuldung.
Stärke der Regierung	sr	Index bestehend aus Anzahl Regierungsparteien, Anzahl Ministerämter und Stimmenanteil der Opposition	Je stärker eine Regierung, desto geringer die Verschuldung.
Wahljahr	wa	Dummy- Variable	Landesregierungen verschulden sich in Wahljahren höher als in Nichtwahljahren.
Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer	gm	Anteil Gewerkschaftsmitglieder an Gesamtbeschäftigte	Je höher der Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer, desto höher die Verschuldung.
Anteil öffentlicher Beschäftigter an Gesamtbeschäftigte	oe	Anteil öffentlicher Beschäftigter an Gesamtbeschäftigte	Je höher der Anteil öffentlicher Beschäftigter, desto höher die Verschuldung.
Verschuldung Vorjahr	vv	Verschuldung pro Kopf des Vorjahres	Je höher die Verschuldung des Vorjahres, desto höher die Verschuldung.

Tabelle 9: Datenquellen

<i>Variable</i>	<i>Variablen- name im Datensatz</i>	<i>Datenquelle</i>
Schulden pro Kopf	spk	Emmy Noether Junior Research Group "Comparative Legislation", 2007.
Steuereinnahmen pro Kopf	st	Bundesministerium der Finanzen, 2007.
Wirtschaftswachstum	ww	Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, 2006.
Inflation	inf	Statistisches Bundesamt, 2006. Basis Jahr 2000=100. Eigene Berechnungen.
Transferquote	tr	Bundesministerium der Finanzen, 2007. Eigene Berechnungen.
Ost-West- Dummy	ow	Codierung: Ostdeutsche Länder (inkl. Berlin) = 0 Westdeutscher Länder = 1.
Seniorenquote	se	Statistisches Bundesamt, 2007. Eigene Berechnungen.
Potential Labour Force	pl	Statistisches Bundesamt, 2007. Eigene Berechnungen.
Anteil Arbeitslose	al	Emmy Noether Junior Research Group "Comparative Legislation", 2007.
Urbanisierungsgrad	ug	Forschungsprojekt „Demokratiemuster in den deutschen Bundesländern und ihre politischen, gesellschaftlichen und sozioökonomischen Auswirkungen“, 2007.
Katholikenanteil	ka	Emmy Noether Junior Research Group "Comparative Legislation", 2007.
Fragmentierung des Parteiensystems	fr	Emmy Noether Junior Research Group "Comparative Legislation", 2007.
Polarisierung des Parteiensystems	pw ps	Bräuninger/ Debus, 2007.
Position der Regierung	wp sp	Bräuninger/ Debus, 2007.
Stärke der Regierung	sr	Emmy Noether Junior Research Group "Comparative Legislation", 2007. Index: eigene Berechnung. Indexbildung mittels Z-Transformation
Wahljahr	wa	Emmy Noether Junior Research Group "Comparative Legislation", 2007.
Verschuldung Vorjahr	vv	Emmy Noether Junior Research Group "Comparative Legislation", 2007.
Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer	gm	Variable zur Verfügung gestellt von Aline Schniewind - Universität Konstanz. Variable erhoben im Rahmen von Schniewind, 2005.
Anteil öffentlicher Beschäftigter an Gesamtbeschäftigte	oe	Statistische Ämter der Länder, 2005. Eigene Berechnung.

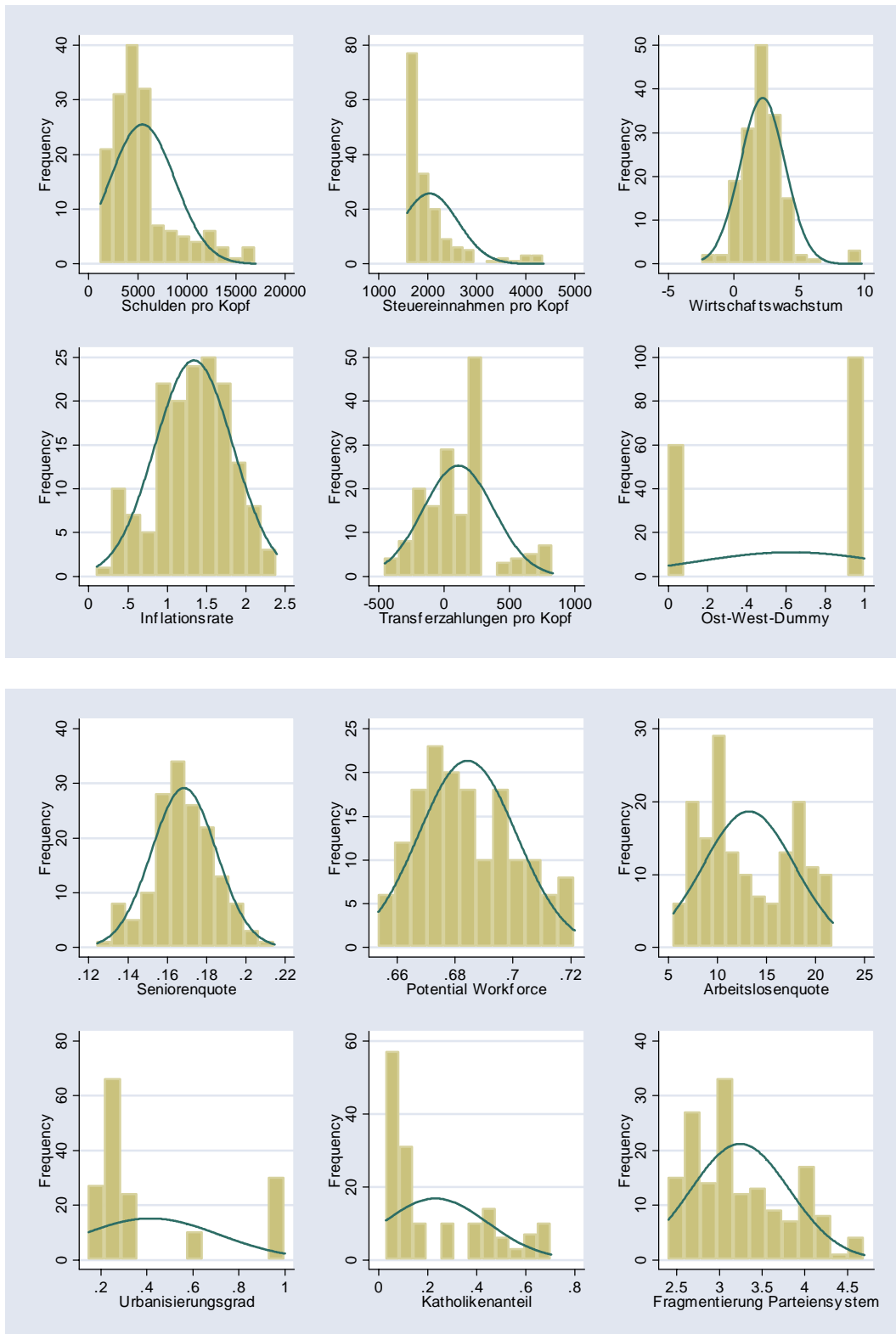
Tabelle 10: Vorgehen bei Imputation

<i>Variable</i>	<i>Name im Datensatz</i>	<i>Fehlende Jahre</i>	<i>Imputiert durch</i>
Inflation	in	1995 HH 1995-2004 HB 1995-2004 SH 1995-2004	Durchschnitt 1996-2004 Durchschnitt Bundesländer 1995-2004 Durchschnitt Bundesländer 1995-2004 Durchschnitt Bundesländer 1995-2004
Anteil urbane Bevölkerung	ug	2003, 2004	Wert von 2002
Anteil Gewerkschaftsmitglieder	gm	2004 BB 1995-2004 BE 2000-2003	2003 Durchschnitt BB 2003-2004 Durchschnitt BE 2000-2003
Polarisierung Wirtschaft Polarisierung Sozial Position Wirtschaft Position Sozial	pw ps wp sp	jeweils: BB 1995-1998 BW 1995 BY 1995-1997 HH 1995-1996 MV 1995-1997 NI 1995-1997 RP 1995 SH 1995 SL 1995-1998 SN 1995-1998 ST 1995-1997 TH 1995-1998	- Durchschnitt BW 1996-2004 Durchschnitt BY 1998-2004 - Durchschnitt MV 1998-2004 NI 1998 Durchschnitt RP 1996-2004 SH 1996 - 1999 1998 -

Bei der Imputation der parteienbezogenen Variablen (pw,ps,wp,sp) wird darauf geachtet, welche Regierungszusammensetzung bei den fraglichen Jahren bestanden hat. Bei den nicht ersetzten Jahren ist ein Schätzung aufgrund der Änderung der Regierungszusammensetzung nicht möglich.

Anhang 2: Verteilungseigenschaften Variablen/ FEVD-Regression Modellvarianten

Abbildung 16: Histogramme der Variablen



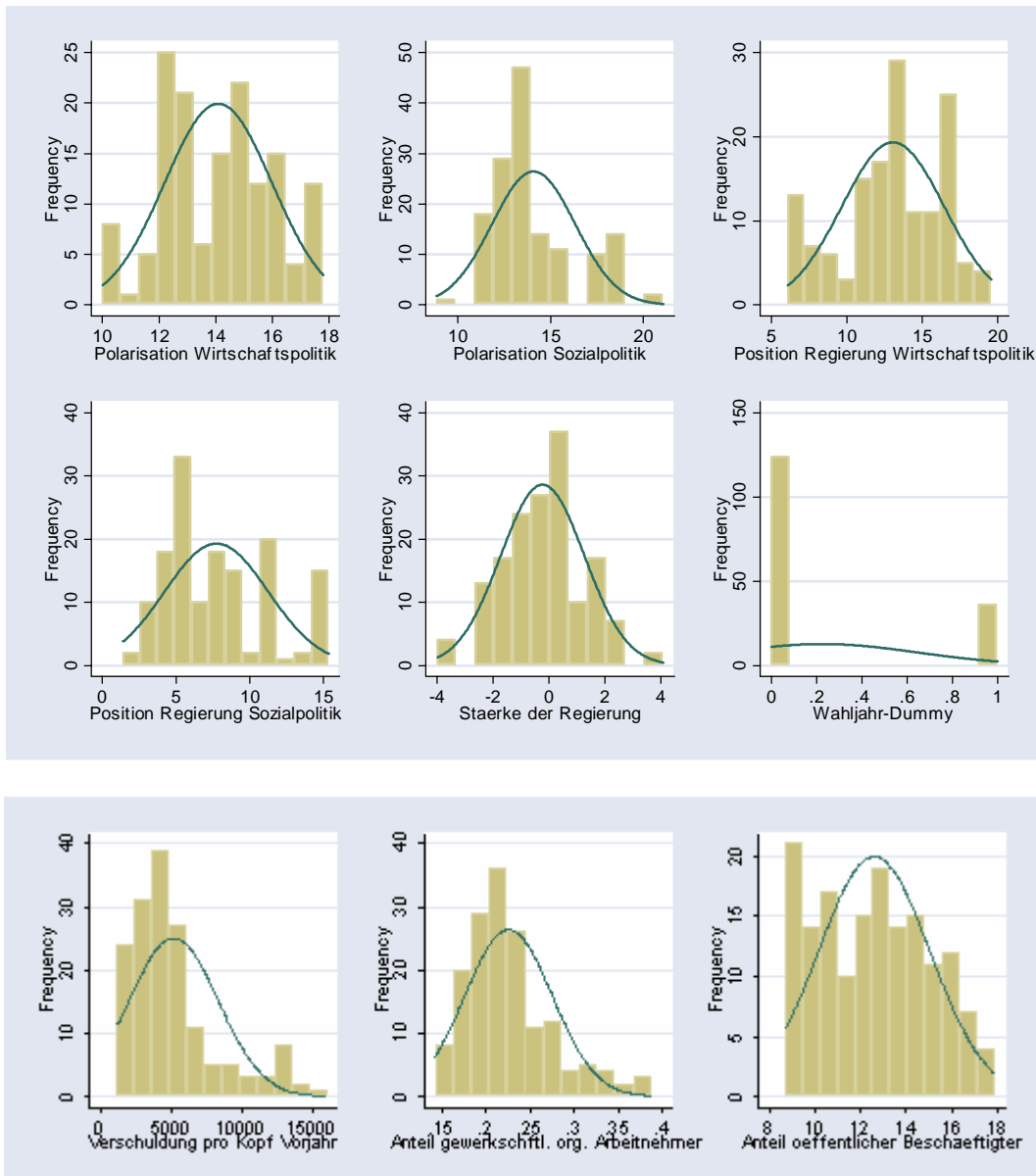


Tabelle 11: Verteilungseigenschaften der Variablen

<i>Variable</i>	<i>Obs</i>	<i>Mean</i>	<i>Std. Dev.</i>	<i>Min</i>	<i>Max</i>
spk	160	5472.60	3297.83	1196.17	17013.00
st	160	2043.08	575.10	1581	4368
ww	160	2.21	1.71	-2.4	9.8
inf	160	1.34	0.49	0.1	2.4
tr	160	111.40	269.79	-451	832
ow	160	./.	./.	0	1
se	160	0.16	0.01	0.12	0.21
pl	160	0.68	0.01	0.65	0.72
al	160	13.22	4.64	5.5	21.8
ug	160	0.41	0.29	0.14	1
ka	160	0.23	0.21	0.03	0.70
fr	160	3.24	0.57	2.4	4.7
pw	146	14.09	1.89	10.01	17.8
ps	146	14.07	2.24	8.86	21.07
wp	146	13.06	3.38	6.12	19.59
sp	146	7.74	3.51	1.41	15.38
sr	160	-0.22	1.49	-3.97	4.08
wa	160	./.	./.	0	1
gm	160	0.22	0.04	0.14	0.38
oe	160	12.58	2.45	8.70	17.90
vv	160	5148.17	3140.86	1196.17	16003.00

Tabelle 12: FEVD-Regression Modellvarianten

Variable	Modell 1 1995-2004 AR 1 PCSE	Modell 1a 1995-2004 AR 1	Modell 1b 1995-2004 PCSE	Modell 1c 1995-2004
Konstante	1707.515 (216.24)**	1707.515 (44.49)**	1804.205 (234.98)**	1804.205 (46.05)**
Eta	1.131 (0.36)***	1.131 (0.08)***	1.000 (0.30)**	1.000 (0.07)**
Ökonomische Variablen				
Steuereinnahmen pro Kopf	-0.764 (0.69)	-0.764 (0.18)**	-0.632 (0.61)	-0.632 (0.18)**
Wirtschaftswachstum	23.922 (53.83)	23.922 (15.42)	32.586 (38.62)	32.586 (13.14)*
Transferzahlungen pro Kopf [i]	-1.384 (6288.60)	-1.384 (1783.94)	-1.143 (6285.77)	-1.143 (1909.49)
Ost-West (Dummy) [i]	-819.867 (287.18)**	-819.867 (75.42)**	-834.408 (302.32)**	-834.408 (82.19)**
Sozio- ökonomische Variablen				
Seniorenquote	2057.441 (280.64)**	2057.441 (70.88)**	2014.119 (283.86)**	2014.119 (77.93)**
Urbanisierungsgrad [i]	1328.062 (42.82)**	1328.062 (13.58)**	1238.794 (45.52)**	1238.794 (15.08)**
Katholikenanteil [i]	354.795 (0.54)**	354.795 (0.11)**	318.968 (0.57)**	318.968 (0.12)**
Politisch- institutionelle Variablen				
Fragmentierung des Parteiensystems	-151.295 (716.46)	-151.295 (101.53)	-233.324 (741.06)	-233.324 (106.10)**
Position Regierung Sozialpolitik	-35.256 (408.14)	-35.256 (127.64)	-36.439 (424.90)	-36.439 (137.84)
Verschuldung pro Kopf Vorjahr [i]	1.114 (0.08)**	1.114 (0.08)**	1.100 (0.08)**	1.100 (0.01)**
R ²	0.99	0.99	0.99	0.99
N	130	130	146	146

[i] = als invariant deklarierte Variablen. Aufgeführt sind die nicht standardisierten Regressionskoeffizienten. Signifikanzniveaus (zweiseitig) * = 5% ** = 1%. Standardfehler (in Klammern). Je nach Modell wird folgendermaßen korrigiert: Heteroskedastizität: Panel Corrected Standard Errors (PCSE); Autokorrelation (AR 1): Prais- Winsten- Methode. Eta bezeichnet den nicht erklärten Teil der unbeobachteten Effekte des Modells. Kursiv gestellte Koeffizienten weisen auf eine Richtungsänderung gegenüber dem Modell 1 hin.